

30. Sitzung

Freitag, den 30. August 2002

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 14/1362 – 2026

*Auf Antrag der Fraktion der CDU findet zu der Mündlichen Anfrage Nummer 9
gemäß § 99 der Geschäftsordnung des Landtags eine Aussprache statt.*..... 2040

AKTUELLE STUNDE

**"Die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Rheinland-Pfalz
im Sommer 2002"**

auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 14/1353 – 2054

**"World Summit 2002 in Johannesburg, zehn Jahre nach Rio:
nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz?"**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/1361 – 2064

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

*Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung
des Landtags statt.*

**Für eine lebendige europäische Verfassung – Ziele des Konvents zur
Zukunft der Europäischen Union aus rheinland-pfälzischer Sicht –
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP**

– Drucksache 14/1356 –

dazu: Die europäische Integration durch eine Verfassung für Europa vorantreiben:

Für eine demokratische, solidarische und handlungsfähige Europäische Union

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/1368 – 2072

*Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 14/1356 – und der
Alternativantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1368 –*

werden an den Ausschuss für Europafragen überwiesen...... 2072

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landes Rheinland-Pfalz
in den Ausschuss der Regionen****Unterrichtung durch die Landesregierung**

– Drucksache 14/1369 – 2072

*Auf Vorschlag der Landesregierung (vgl. Drucksache 14/1369) wird der
Abgeordnete Dr. Dieter Schiffmann mit Mehrheit zum stellvertretenden
Mitglied des Ausschusses der Regionen für Rheinland-Pfalz gewählt.....* 2072

Weinmarktförderung in Rheinland-Pfalz**Besprechung der Großen Anfrage der Abgeordneten Christine Baumann,
Friederike Ebli, Petra Elsner, Monika Fink, Jochen Hartloff, Gerd Itzek,
Joachim Mertes, Anne Spurzem, Heike Raab und Hiltrun Siegrist (SPD)****und der Antwort der Landesregierung****auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksachen 14/1022/1152/1340 – 2072

*Die Drucksachen 14/1022/1152/1340 werden an den Ausschuss für Landwirtschaft
und Weinbau überwiesen.* 2072

Die **Punkte 21, 23 und 25** der Tagesordnung werden abgesetzt..... 2072

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Friederike Ebli, Heinz-Hermann Schnabel, Hedi Thelen.

Rednerverzeichnis:

Abg. Bischel, CDU:	2032, 2033
Abg. Böhr, CDU:	2045
Abg. Creutzmann, FDP:	2042, 2049, 2053, 2058, 2062
Abg. Dr. Altherr, CDU:	2033, 2038, 2039
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2047, 2057, 2063
Abg. Dr. Gölder, CDU:	2061
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	2027
Abg. Dröscher, SPD:	2029
Abg. Frau Baumann, SPD:	2036
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2039
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:	2054
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	2032
Abg. Frau Mohr, SPD:	2031
Abg. Frau Spurzem, SPD:	2028
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2026, 2027, 2037, 2038, 2064, 2069
Abg. Hohn, FDP:	2066
Abg. Jullien, CDU:	2039
Abg. Lewentz, SPD:	2034
Abg. Licht, CDU:	2066, 2071
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2034, 2035
Abg. Nink, SPD:	2040
Abg. Puchtler, SPD:	2055, 2056, 2057
Abg. Schwarz, SPD:	2046, 2051, 2061
Abg. Stretz, SPD:	2065, 2070
Abg. Weiner, CDU:	2031, 2034, 2040, 2050
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2041, 2052
Abg. Wirz, CDU:	2030
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	2026, 2027, 2030, 2031 2043, 2050, 2059
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:	2028
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:	2037, 2038, 2039, 2067
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	2029, 2034, 2035, 2060
Mittler, Minister der Finanzen:	2063
Präsident Grimm:	2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2045, 2046 2047, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055
Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:	2032, 2033, 2034
Vizepräsident Dr. Schmidt:	2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2065, 2066 2067, 2069, 2070, 2071, 2072
Zuber, Minister des Innern und für Sport:	2036

30. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 30. August 2002

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Matthias Lammert und Dieter Klöckner, der auch die Rednerliste führt.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Friederike Ebli, Hedi Thelen und Heinz-Hermann Schnabel.

Ich freue mich, auch in Ihrem Namen Herrn Professor Dr. Hofmann-Göttig zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren zu können. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung möchte ich den Hinweis geben, dass mit der Besprechung des Berichts über die Arbeit und die Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen die Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landes Rheinland-Pfalz in den Ausschuss der Regionen erfolgen soll. Wenn sich dagegen kein Widerspruch erhebt, wollen wir so verfahren. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

Wir beginnen mit **Punkt 1** der Tagesordnung:

Fragestunde

– Drucksache 14/1362 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ise Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Kriterien für die Verleihung der Wirtschaftsmedaille durch den Wirtschaftsminister** - Nummer 6 der Drucksache 14/1362 - betreffend, auf.

Bitte schön, Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank.

Ich frage die Landesregierung:

1. War der Landesregierung bekannt oder hätte bekannt sein können, dass Herr N. wegen Bestechung und Betruges 1992 verurteilt worden ist?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Verleihung der Medaille wegen der Begehung der Straftaten wenig angemessen ist und die Anerkennung für besondere Verdienste in der Wirtschaft entwertet?

3. Was war der Anlass, genau zum jetzigen Zeitpunkt die Auszeichnung an einen Dachdeckermeister, dessen Betrieb zum Mittelstand zählt und der in Mainz sehr bekannt ist, zu vergeben?

4. Gibt es eine Liste, auf der Unternehmenspersönlichkeiten stehen, denen die Verleihung der Medaille angetragen werden soll?

Präsident Grimm:

Es antwortet Herr Wirtschaftsminister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Thomas beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1: Die Verurteilung war nicht bekannt. Nach der bisherigen Praxis werden bei Vorschlägen für die Wirtschaftsmedaille, insbesondere dann, wenn sie von öffentlich-rechtlichen Körperschaften ausgehen, keine Vorstrafenanfragen beim Bundeszentralregister durchgeführt.

Zu Frage 2: Der Betroffene wird die Wirtschaftsmedaille wieder zurück geben. Das ist zwischenzeitlich geschehen. Damit ist die Frage gegenstandslos.

Ich möchte allerdings nicht verhehlen, dass ich bedaure, dass die Angelegenheit in dieser Form mit Namensnennung öffentlich diskutiert wird.

(Beifall der FDP, der SPD
und bei der CDU)

Wäre es um die Lösung des Problems gegangen, hätte man durch einen Anruf im Wirtschaftsministerium die Sache regeln können. Meine Damen und Herren, damit stellt man diesen Mann zum zweiten Mal an den Pranger und verurteilt ihn gleich zweimal. Unser Rechtssystem sieht so etwas nicht vor. In unserem Rechtssystem gibt es immer die Buße und die Sühne, und wenn das erledigt ist, ist es in Ordnung. Aber gleichwohl muss man sagen, er hätte die Wirtschaftsmedaille eigentlich nicht erhalten sollen, wenn ich das gewusst hätte.

Zu Frage 3: Die Handwerkskammer Mainz hat im Hinblick auf das besondere ehrenamtliche Engagement des Betroffenen die Verleihung der Wirtschaftsmedaille angeregt.

Zu Frage 4: Nein.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? – Frau Abgeordnete Thomas, bitte.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, sind Sie mit mir der Meinung, dass aus gebotener Zurückhaltung während der Zeit des Wahlkampfes die Zahl der Auszeichnungen und die Verleihung von Medaillen gegen diese gebotene Zurückhaltung verstößt, vor allen Dingen dann, wenn sie in einer Form zelebriert wird, wie Sie dies getan haben?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich bin nicht Ihrer Meinung.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich habe bisher noch nicht die Phantasie entwickelt, die Ehrung eines Menschen mit Wahlen in Verbindung zu bringen. Auf diese Idee werde ich auch nicht kommen.

Weiterhin muss man in aller Klarheit sagen, die Vorschläge kamen von der Handwerkskammer Rheinhesen, und es wird eine zeitnahe Verleihung erwartet. Es hat mit Terminen also nicht zu tun. Es geht schlicht und einfach darum, wann vorgeschlagen wird und wer vorschlägt. Dieser Mann hat nicht nur das eine Vorkommnis gehabt. Die Medaille wird verliehen, und dies hat nichts mit Weihnachten, Ostern oder Pfingsten zu tun.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Minister, sind Sie mit mir der Meinung,

(Kramer, CDU: Nein!)

dass das Rechts- und Moralempfinden in diesem Fall im Vergleich zum Rechts- und Moralempfinden gegenüber Verfehlungen des deutschen Außenministers, der sich in der Rhein-Main-Intifada einen Namen gemacht hatte, eigentümlich anmutet?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich bin kein Obermoralist. Deshalb beantworte ich die Frage nicht. Ich bitte um Verständnis.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thomas.

(Dr. Schmitz, FDP: Lächerlich!)

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wer verurteilte Steuerhinterzieher als Ehrenvorsitzende hat, der sollte in diesem Fall ganz den Mund halten.

(Dr. Schmitz, FDP: Frau Thomas,
von Ihnen lasse ich mir den
Mund nicht verbieten!)

Ich frage nun den Minister: Teilen Sie die Auffassung, die Herr Wirges, der Präsident der Handwerkskammer in Mainz geäußert hat? -Er ist in der „Mainzer Rhein-Zeitung“ zitiert und sagt zu dem Dachdeckermeister: „Er ist vor zehn Jahren ins Fettnäpfchen getreten und dafür bestraft worden.“

Sind Sie der Auffassung, dass man Korruptionstatbestände – – –

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich habe eine eigene Auffassung, und die habe ich Ihnen dargelegt.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielleicht könnten Sie sie darstellen.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich habe eine eigene Auffassung, die ich Ihnen bereits dargestellt habe. Wenn ich gewusst hätte, dass der Mann eine Verfehlung begangen hat und rechtskräftig verurteilt war, hätten wir diese Verleihung nicht vorgenommen. Ich interpretiere nicht die Aussagen von anderen.

Ich halte auch das Niveau, das hier einkehrt, nicht für gut, wenn man wie Sie insgesamt nachfragt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das hat schon eine bestimmte Qualität. Ich hatte eigentlich erwartet, Sie hätten die Anfrage heute, nachdem Herr Neger die Medaille zurückgegeben hat, zurückgezogen. Auch dies wäre eine Größe gewesen, die Sie aber nicht besitzen.

(Beifall der FDP und der SPD –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach ja, ach ja! Seien Sie einmal
nicht so empfindlich!)

Präsident Grimm:

Gibt es weitere Fragen? - Das sehe ich nicht. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

Wir kommen nun zu der **Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Anne Spurzem (SPD), Ganztagsangebote im Kindertagesstättenbereich** – Nummer 7 der Drucksache 14/1362 – betreffend.

Abg. Frau Spurzem, SPD:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Entwicklung des Angebotes an Ganztagsplätzen im Kindergartenbereich nach In-Kraft-Treten der Neufassung des Kindertagesstättengesetzes vor, mit der zum 1. August 2002 eine finanzielle Entlastung der freien und kommunalen Träger bei den Personalkosten vorgenommen wurde?
2. Sind Steigerungsraten für den Krippenbereich absehbar?
3. Wie gestaltet sich die Situation bei den Hortplätzen?

Präsident Grimm:

Es antwortet Frau Staatsministerin Doris Ahnen.

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen mehr Ganztagsplätze in Kindergärten und mehr Krippen- und Hortplätze entsprechend den Änderungen des Kindertagesstättengesetzes schaffen. Hinsichtlich der Entwicklung im Ganztagsangebot der Kindergärten sowie bei Plätzen für Klein- und Schulkinder aufgrund der Gesetzesänderungen, die zum 1. August 2002 in Kraft getreten sind, liegen uns bisher Angaben des Bistums Trier und Rückmeldungen des Landesjugendamts vor. Die kommunalen Spitzenverbände, das Evangelische und das Katholische Büro sind ebenfalls um Datenmaterial gebeten worden. Von diesen Einrichtungen konnten jedoch bisher noch keine Rückmeldungen gegeben werden.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Einzelfragen wie folgt:

Zu Frage 1: Das Bistum Trier geht bei seinen Einrichtungen von einem absoluten Zuwachs seit Beginn des Jahres 2002 im Ganztagsbereich von 518 Plätzen aus. So ist in den ersten sieben Monaten dieses Jahres in der Diözese Trier die Zahl der genehmigten neuen Ganztagsplätze um mehr als 9,7 % auf rund 2600 Plätze geklettert. Allein in den vier Wochen seit dem In-Kraft-Treten der jüngsten Neuregelungen seien die Antragszahlen erneut um mehr als 12 % gegenüber der Antragszahl Ende Juli gestiegen, sodass in den katholischen Einrichtungen im Bistum Trier bald rund 2900 Ganztagsplätze zur Verfügung stehen werden.

Damit sind annähernd 10 % der 30.917 Plätze des Bistums Trier Ganztagsplätze. An der Gesamtheit der

rheinland-pfälzischen Kindertagesstättenplätze trägt das Bistum Trier gut ein Fünftel, um eine Größenordnung deutlich zu machen.

Um den Blick etwas über das Bistum Trier hinaus zu weiten, haben wir aktuelle Rückmeldungen des Landesjugendamts eingeholt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort sehen eine deutlich wahrnehmbare Tendenz, zusätzliche Ganztagsplätze zu schaffen. Dies zeigt sich auch darin, dass verstärkt Anträge auf Änderung der Betriebserlaubnis eingehen und ein hoher Beratungsbedarf vor Ort besteht.

Eine vermehrte Nachfrage nach Ganztagsplätzen ist auch im ländlichen Bereich feststellbar und widerspricht damit der in der Vergangenheit oftmals von Trägern und Bedarfsplanern vertretenen Ansicht der fehlenden Erforderlichkeit. Hier zeichnet sich nun offensichtlich deutlicher Bedarf der Eltern ab.

Eine detaillierte zahlenmäßige Dokumentation ist leider zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, wie oben ausgeführt.

Zu den Fragen 2 und 3: Das Bistum Trier geht bei seinen Einrichtungen von einem Zuwachs im Hortbereich innerhalb dieses Jahres von knapp 6 % aus. Im Krippenbereich erwartet man eine Steigerung um 20 %. Es handelt sich hier um absolut eher geringe Zahlen, aber die prozentualen Steigerungen sind bemerkenswert, zumal es sich um einen Träger handelt, bei dem die Anzahl der Krippen- und Hortplätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt eher unterrepräsentiert war. Gezählt sind hier nur reine Krippen- und Hortplätze.

Die vorliegenden Steigerungsraten bringen das verstärkte Engagement in diesem Betreuungsbereich somit deutlich zum Ausdruck. Diese Entwicklung deckt sich auch mit den Feststellungen des Landesjugendamts, dass sich die Änderungen im Krippen- und Hortbereich tendenziell positiv ausgewirkt haben. Das Landesjugendamt erwartet in diesem Bereich ebenfalls eine erhebliche Steigerung.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich aus meiner Sicht sagen, dass die gesetzliche Neuregelung die gewünschten Anreize zur weiteren Verbesserung des Kindertagesstättenangebots in Rheinland-Pfalz bietet.

So weit die Antwort der Landesregierung.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet. Vielen Dank.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Peter Wilhelm Dröscher, Friederike Ebli und Ruth Leppla (SPD), Der private Pflegeheimbetreiber Pro Seniore GmbH** – Nummer 8 der Drucksache 14/1362 – betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Dröscher.

Abg. Dröscher, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen bezüglich der wirtschaftlichen Lage der Pro Seniore GmbH vor?
2. Sind Auswirkungen für die stationäre Versorgung in Rheinland-Pfalz zu erwarten?
3. Welche Lösungen werden angestrebt, um die Interessen von Heimbewohnerinnen und -bewohnern sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu wahren?

Präsident Grimm:

Es antwortet Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt die Landesregierung, wie wahrscheinlich jeder andere hier im Land auch, die Entwicklungen bei der Unternehmensgruppe Pro Seniore GmbH. Für die Landesregierung steht im Vordergrund, dass die Versorgung und Betreuung von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern entsprechend den einschlägigen Vorschriften und den Standards gesichert bleibt.

Inzwischen hat die Heimaufsicht Pro Seniore aufgefordert, bis zum 6. September 2002 zu den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen, insbesondere zu der Frage der Forderung des Finanzamts und zu möglichen Liquiditätsproblemen Stellung zu nehmen. Die Heimaufsicht ist gehalten, die wirtschaftliche Zuverlässigkeit des Trägers und die Versorgungssicherheit in den Heimen zu prüfen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Landesregierung ist bekannt, dass gegen die Pro Seniore Gesundheitsdienste gemeinnützige GmbH – diese ist ein Teil der Pro Seniore Unternehmensgruppe mit Sitz in Worms – staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung laufen. Nach Presseberichten soll es sich um 17 Millionen Euro handeln, die nicht korrekt abgeführt worden sind.

Die stationären Pflegeeinrichtungen der Pro Seniore Unternehmensgruppe stehen seit Monaten unter besonderer Beobachtung durch die jeweils zuständigen Dienststellen der Heimaufsicht, weil es in der Vergangenheit Hinweise auf wirtschaftliche Engpässe gegeben hat.

Beim letzten Heimaufsichtstreffen im Juli dieses Jahres deutete sich allerdings in den Berichten eine Entspannung an. Neue Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage des Trägers und

eventuellen Auswirkungen auf die Betreuungs- und Versorgungssituation liegen nicht vor. Auch wir leben zurzeit mehr oder weniger von den Gerüchten. Konkrete Aussagen erwarten wir uns aus dem Bericht, der bis zum 6. September 2002 vorgelegt werden soll.

In einzelnen Einrichtungen hat die Heimaufsicht in der Vergangenheit Qualitätsmängel festgestellt, die allerdings unabhängig von den aktuellen Entwicklungen gesehen werden müssen.

Zu Frage 2: Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu erkennen, ob und welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die stationäre Versorgung in Rheinland-Pfalz haben wird. Die Pro Seniore Unternehmensgruppe ist in Rheinland-Pfalz immerhin Trägerin von 22 Einrichtungen an 19 verschiedenen Standorten mit insgesamt 3.319 Betten. Bei drohender Insolvenz geht es immer darum, Einrichtungen in eine neue Trägerschaft zu überführen. Das ist in ähnlich gelagerten Fällen in der Vergangenheit in der Regel auch gelungen. Zurzeit ist das allerdings noch nicht abzusehen.

Die Gefahr, dass insgesamt eine Angebotslücke von Dauer bestehen könnte, besteht aus unserer Sicht nicht.

Zu Frage 3: Ziel aller Bemühungen ist immer, den Heimbetrieb aufrechtzuerhalten. Während des laufenden Betriebs wird seitens der Heimaufsicht die Versorgungssicherheit der Bewohner und Bewohnerinnen kontinuierlich überwacht. Wenn ein Fortbestand der Einrichtung nicht möglich sein sollte, so unterstützt die Heimaufsicht die Pflegekassen bei der Umsetzung ihres Sicherstellungsauftrags. Mittelbar kommen die oben genannten Maßnahmen auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen zugute.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Grimm:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Dröscher das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, wenn es aufgrund von Verzögerungen bei Zahlung der Gehälter oder aufgrund von Nichtlieferung von Materialien durch Zulieferer zu Engpässen in der Versorgung der Heimbewohner und Heimbewohnerinnen kommen wird?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Abgeordneter Dröscher, das ist derzeit für uns nicht erkennbar. Die Heimaufsicht ist sozusagen täglich in Verbindung mit dem Träger, aber auch mit der Mitarbeiterschaft der jeweiligen Einrichtungen. Wenn sich solche Vorkommnisse andeuten, werden wir als Heimaufsicht gefordert sein, gemeinsam mit den Pflegekassen auch einzuschreiten.

Präsident Grimm:

Weitere Fragen liegen nicht vor. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hedi Thelen und Walter Wirz (CDU), Ausbildungsplatzsituation in Rheinland-Pfalz und ihre Ursachen** – Nummer 9 der Drucksache 14/1362 – betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Wirz.

Abg. Wirz, CDU:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich in Rheinland-Pfalz zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Verhältnis von Nachfrage und Angebot nach Ausbildungsplätzen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt?
2. Wie haben sich seit dem Vorjahreszeitraum die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, die Zahl der Unternehmensgründungen mit Beschäftigung von Mitarbeitern und die Tendenz der Ertragslage der Unternehmen in Rheinland-Pfalz entwickelt?
3. Hat die Landesregierung im Sinne der öffentlichen Äußerungen des Ministerpräsidenten Anlass zu der Annahme, dass die Betriebe des Landes ohne Not die Zahl ihrer Ausbildungsplätze verringern?
4. Welche durchschnittlichen betrieblichen Kosten entstehen in den Unternehmen des Landes für einen Ausbildungsplatz?

Präsident Grimm:

Es antwortet Herr Wirtschaftsminister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der gesamte deutsche Ausbildungsmarkt stellt sich im Sommer 2002 tendenziell etwas ungünstiger dar als im Sommer des Vorjahres. Die allgemeine Wirtschaftslage spiegelt sich auch im Ausbildungsmarkt wider.

Wenn man im laufenden Ausbildungsjahr eine exakte Zwischenbilanz ziehen möchte, so steht hierfür nur die Geschäftsstatistik der Arbeitsverwaltung zur Verfügung; denn nur diese Statistik hält die notwendigen Monatsdaten bereit. Sie kann aber nur Ausbildungsplatznachfragen und Ausbildungsplatzangebote erfassen, die ihr gemeldet werden. Aus der Statistik der Arbeitsverwaltung lassen sich daher ohne Zweifel sehr gute Tendenzen ablesen, aber die genaue Bilanz des Ausbildungsmarkts wird am Ende des Ausbildungsjahres anhand der abgeschlossenen Lehrverträge gezogen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Wie in nahezu allen Bundesländern hat sich auch in Rheinland-Pfalz im Zeitraum Ende Juli 2002 das Verhältnis von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage negativ entwickelt.

Während aber die Relation zwischen Angebot und Nachfrage in einigen Bundesländern geradezu drastische Einbrüche zu verzeichnen hat, ist diese in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Juli 2002 nur geringfügig gesunken. So kamen in Rheinland-Pfalz Ende Juli dieses Jahres auf 100 Lehrstellenbewerber rechnerisch 95 Ausbildungsplätze. Im Juli des Vorjahres standen für 100 Lehrstellenbewerber rechnerisch 96 Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Ein beachtlicher Teil der Betriebe meldete seine Ausbildungsstellen relativ spät, sodass noch eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage – wie übrigens in jedem Jahr – zu erwarten ist. Im Vorjahr zum Beispiel hatte sich zwischen Ende Juli und dem Ende des Ausbildungsjahres im September das Verhältnis von Angebot und Nachfrage so verbessert, dass rechnerisch mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung standen, als Bewerber vorhanden waren: 96 auf 100, dann rechnerisch mehr. In diesem Jahr sind es 95 auf 100. Das ist also bedeutend bei der schwierigen Lage.

Zu Frage 2: Im Jahr 2001 stieg im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz um 17,8 % auf 1.281 Insolvenzen an. In anderen Bundesländern wie zum Beispiel Bayern, Niedersachsen oder Hamburg fiel dieser Zuwachs mit weit über 20 % und zum Teil sogar 30 % noch deutlicher aus. Im ersten Jahresdrittel 2002 stieg die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen abermals um 17,7 % auf 505 an. Neuere Daten liegen nicht vor.

Die Zahl der Unternehmensgründungen ist im ersten Jahresdrittel in Rheinland-Pfalz um 0,7 % gesunken. Rheinland-Pfalz schneidet somit im Bundesvergleich deutlich besser ab. Im Bundesdurchschnitt sind im ersten Jahresdrittel rund 2 % weniger Neugründungen zu verzeichnen.

Inwieweit bei den Neugründungen Mitarbeiter beschäftigt wurden, ist der Landesregierung nicht bekannt; denn dieses Kriterium wird von den Meldepflichtigen oft nicht angegeben, weil zum Zeitpunkt der Anmeldung noch keine Klarheit über die künftige Betriebsgröße besteht.

In Bezug auf die tendenzielle Ertragslage der rheinland-pfälzischen Unternehmen können derzeit nur Angaben zur Umsatzentwicklung gemacht werden. Dies war im ersten Halbjahr 2002 rückläufig und nahm im verarbeitenden Gewerbe sowie im Einzelhandel zwischen 2 % und 2,5 % im Vergleich zum Vorjahr ab. Im Gastgewerbe waren Umsatzrückgänge von 6 % zu verzeichnen.

Zu Fragen 3 und 4: Die Bereitstellung von betrieblichen Ausbildungsplätzen ist zunächst einmal eine ökonomische Frage, die im Wesentlichen durch folgende Faktoren beeinflusst wird: die momentane sowie die zu erwartende Ertragslage der Unternehmen, die konjunkturu-

relle Entwicklung, also der Auslastungsgrad der Unternehmen, und nicht zuletzt die Kosten des Ausbildungsplatzes selbst. – Im Jahr 2002 lag die durchschnittliche tarifliche Ausbildungsvergütung in den alten Bundesländern bei 582 Euro pro Monat. Unter Berücksichtigung eines Anteils von rund 36 %, den die Ausbildungsvergütung an den Gesamtkosten der Ausbildung ausmacht, kommt man im Durchschnitt auf betriebliche Kosten je Ausbildungsplatz von rund 21.000 Euro pro Jahr.

Diesen Kosten stehen schätzungsweise 40 % produktive Leistungen gegenüber, die durch die Tätigkeit der Auszubildenden erwirtschaftet werden, sodass ein betrieblicher Ausbildungsplatz die Unternehmen etwa 13.000 Euro kosten dürfte. Diese Zahlen müssen als ungefähre Zahlen und Größenordnungen angesehen werden, da sie auf der Grundlage bereits älterer Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung hochgerechnet wurden.

So weit die Beantwortung der Fragen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Weiner.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Minister, Sie erwähnten, dass 95 bzw. 96 Plätze auf 100 Bewerber vorhanden seien. Man geht aber davon aus, dass 120 Plätze für 100 Bewerber notwendig sind – dazu bitte ich um Ihre Stellungnahme –, um von einem ausgeglichenen Ausbildungsmarkt zu sprechen, weil nicht in allen Berufsbildern und in allen Regionen des Landes für die 15- bis 17-jährigen jungen Leute die gleiche Quote vorhanden ist. Können Sie die Zahlen bestätigen, dass 120 Ausbildungsplätze für 100 Bewerber notwendig sind, um von einem ausgeglichenen Ausbildungsmarkt zu sprechen?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Es ist immer schwierig, mit Durchschnittszahlen zu operieren. Manchmal hat man keine andere Möglichkeit. Man geht davon aus, dass diese Größe von 120 sehr abstrakt ist.

Wir haben ein ganz anderes Problem. Wir haben einmal das Problem, dass bestimmte Berufe nicht nachgefragt werden, wie beispielsweise der Beruf, den der Mann gelernt hat, der vor Ihnen steht. Es gibt 200 Angebote und knapp 60 Nachfragen.

Wir haben ein zweites Problem. Das ist ein regionales Problem. Durchschnitt ist immer ein Problem. Durchschnitt ist wie mit einem Bein auf der Herdplatte, mit dem anderem im Kühlschrank zu stehen. Dann ist es in der Mitte nicht zu warm und nicht zu kalt. Trotzdem ist es problematisch und kann unangenehm sein.

Das mache ich nachher bei Ihnen noch einmal privat, Herr Kollege.

Man muss sehen, wir haben ein regionales Problem. Es gibt Regionen, in denen wir eine gute Versorgung und keine Probleme haben. Es gibt Regionen, in denen ist das Verhältnis noch etwas ungünstiger, als der Durchschnitt es darstellt. Das ist in Wahrheit das Problem. Deshalb kann man nicht sagen, 120, 150 oder 130. Man muss genauer hinsehen, an welcher Stelle welches Problem ist, wie das Klientel ist, welche Voraussetzungen es mit sich bringt. Das tun wir eigentlich jedesmal mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern am runden bzw. ovalen Tisch zusammen. Dieser tagt in jedem Jahr öfter, um auszuloten, welches Problem es in welcher Region gibt. Teilweise auch noch einmal mit schriftlichen Bemühungen der Kammern und Verbände haben wir es immer erreichen können, ein größeres Angebot zu erhalten.

Rheinland-Pfalz ist im Bundesvergleich mit guten Zahlen dabei. Das hat nichts damit zu tun, dass es für denjenigen ein Problem ist, der einen Ausbildungsplatz sucht; denn es ist nichts so schlimm, als wenn man nach der Schulentlassung in die Arbeitslosigkeit entlassen wird.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Mohr.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Minister, ich habe eine Frage. In immer mehr Betrieben wird die noch nicht geregelte Unternehmensnachfolge zu einem großen Problem. Ich habe feststellen müssen, dass dieses Nichtlösen des Problems auch zu Insolvenzen führen kann. Haben Sie einen Überblick, inwiefern Abhängigkeiten größer werden und die Tendenz dahin geht, dass immer mehr solche Unternehmen in die Insolvenz gehen?

Präsident Grimm:

Es geht um die Ausbildungssituation.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Das kann ich Ihnen so nicht sagen. Wenn ich darüber Zahlen habe, teile ich Ihnen das gern mit.

Präsident Grimm:

Gut, dann hat sich das erledigt.

(Frau Mohr, CDU: Das war zu Frage 2!)

– Aber das geht doch etwas über das Thema hinaus.

Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder der Karnevalsvereine Neuhofen und Böhl-Iggelheim, Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Thomas-Morus-Gymnasiums Daun sowie Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 der Realschule Kusel. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros, Tätigkeit des früheren Vorstandssprechers von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** – Nummer 10 der Drucksache 14/1362 – betreffend, auf.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass Herr M. J.-G. Mitarbeiter der Landesregierung für den Bereich internationale Hochschulkooperationen ist?
2. Ist es zutreffend, dass Herr M. J.-G. im Landesverband der SPD Maßnahmen zur Integration von Ausländern vorbereitet?
3. Hat er hierzu eine Nebentätigkeitsgenehmigung der Landesregierung?
4. Ist ausgeschlossen, dass diese Nebentätigkeit Einfluss auf seine dienstlichen Aufgaben hat?

Präsident Grimm:

Es antwortet Herr Professor Dr. Zöllner.

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu Frage 1: Ja, unter anderem.

Zu Frage 2: Nach Auskunft von Herrn M. J.-G. engagiert er sich in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter anderem im Bereich der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Zu Frage 3: Für ehrenamtliches Engagement in einer politischen Partei bedarf es keiner Nebentätigkeitsgenehmigung.

Zu Frage 4: Ja.

Gestatten Sie mir aber noch drei Bemerkungen:

1. Gerade Politiker wie wir, bei denen aus guten und, wie ich hoffe, akzeptierten Gründen berufliche Tätigkeit und manchmal ehrenamtliches Engagement in einem gewissen Zusammenhang miteinander stehen, sollten es uns gut überlegen, welche Maßstäbe wir bei Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmern anlegen wollen, deren Beruf nicht Politik ist.

(Beifall der SPD und Beifall bei der FDP)

2. Dem gemeinsamen – so bin zumindest ich davon ausgegangen – Ziel von Landesregierung und Landtag, das Ehrenamt zu stärken und zu fördern, erweisen wir keinen Dienst, wenn diejenigen, die sich engagieren, damit rechnen müssen, sich in dieser Art und Weise öffentlich rechtfertigen zu müssen.

(Starker Beifall der SPD)

Wir sollten die Bürgerinnen und Bürger zur Partizipation motivieren und nicht abschrecken.

(Beifall der SPD und des Abg. Creutzmann, FDP)

3. Mir ganz persönlich ist es peinlich, in eine Situation gebracht zu werden, Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter über ihre ehrenamtliche Tätigkeit, insbesondere im politischen Bereich, befragen zu müssen. Ich habe übrigens genügend Fantasie, mir vorzustellen, wie die Fragestellerin reagieren würde, wenn ich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach ihrem ehrenamtlichen Engagement in der CDU befragen würde.

(Starker Beifall der SPD und vereinzelt Beifall bei der FDP)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bischel.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Staatsminister, darf ich Sie fragen, ob das der neue Stil der Landesregierung ist, auf Fragen zu antworten, die nicht gestellt sind, während andere Fragen, die in Kleinen und Mündlichen Anfragen gestellt werden, überhaupt nicht beantwortet werden?

(Beifall der CDU –
Itzek, SPD: Was habt Ihr für ein
Demokratieverständnis? –
Lelle, CDU: Wir brauchen keine
Belehrungen! –
Kramer, CDU: Auf Belehrungen
können wir verzichten! –
Itzek, SPD: Schämt euch!)

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Ich habe nicht den Eindruck, dass ich die Fragen nicht beantwortet habe. Wenn es Stil in diesem Parlament ist, dass ein Minister nicht noch eine Anmerkung machen kann, dann nehme ich das zur Kenntnis.

(Beifall der SPD –
Kramer, CDU: Sie geben Antworten
auf Fragen, die nicht gestellt
wurden!)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bischel.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Staatsminister, geben Sie zu, dass Ihre Ausführungen und Bemerkungen, die ich nicht kritisiere, darauf angelegt waren, Fragesteller zu belehren, und die Dinge den Fragestellern allen bekannt waren?

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Itzek, SPD: Wenn man so blöd ist,
gehören einem auch so
blöde Antworten! –
Zurufe von der CDU –
Zurufe von der SPD –
Glocke des Präsidenten –
Jullien, CDU: Der sollte wirklich
den Mund halten! Gerade
der Itzek! –
Itzek, SPD: Ja der Jullien! –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Grimm:

Der Herr Minister hat das Wort.

**Prof. Dr. Zöllner, Minister für
Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:**

Ich bin bisher davon ausgegangen, dass es Sinn ist, Fragen zu stellen, um eine Information zu erhalten. Dass das dann mit einem Zusatzgewinn an Information und Wissen verbunden ist, ist nicht zu vermeiden.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Altherr.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Minister, sind Sie mit mir der Meinung, dass es nicht Ihre Aufgabe sein kann, Fragestellungen der Opposition moralisch zu bewerten?

(Ministerpräsident Beck: Natürlich ist
das seine Meinung! Darf er das
nicht? Er muss sich vor seine
Mitarbeiter stellen!)

**Prof. Dr. Zöllner, Minister für
Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:**

Ich stimme Ihnen zu 100 % zu, und ich habe nicht den Eindruck, das getan zu haben. Ich halte es aber auch für meine Pflicht, im Verhältnis zu meinen Mitarbeitern einen Stil zu pflegen, der sich nicht zwischen denen unterscheidet, die sich in einer Partei A oder in einer Partei B engagieren.

(Beifall der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass Sie in der Lage wären, sich bei Personen, die Sie kennen, auch davon zu überzeugen, dass das korrekt ist.

Präsident Grimm:

Zunächst einen Hinweis für die Tribüne: Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen sind nach unserer Geschäftsordnung unseren Gästen im Landtag nicht gestattet!

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bischel.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Staatsminister, wurde der genannte Herr oder die genannte Person oder die betreffende Person zu einem Zeitpunkt in den Landesdienst eingestellt, als er noch Mitglied der GRÜNEN war oder als er Mitglied der SPD war?

(Frau Spurzem, SPD: Jetzt geht's
aber los! Wo sind wir denn hier?)

Das darf doch wohl nicht
wahr sein! –

Weitere Zurufe von der SPD –
Ministerpräsident Beck: Dem können
wir aber nachgehen! –

Jullien, CDU: Ja, gehen Sie einmal nach! –
Mertes, SPD: Gesinnungs-TÜV –
Frau Spurzem, SPD: McCarthy!)

Präsident Grimm:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Zöllner, Minister für
Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:**

Ich gerate in die Gefahr, wenn ich diese Frage beantworte, wieder vorgeworfen zu bekommen, dass ich moralische Beurteilungen mache, weil ich die Frage nur beantworten kann, indem ich ein solches potenzielles Verhalten von mir selbst beurteilen würde. Ich versuche, sie so zu beantworten, dass ich selbst bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem engeren Umfeld – sprich: im Ministerbüro – nicht weiß, welcher Partei Sie angehören.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das heißt, ich werde – – –

(Anheuser, CDU: Die Fassenachter
sind da! –

Mertes, SPD: Das ist eure Denkweise!
Das war bei euch immer so! –
Schwarz, SPD: Jetzt haben
wir euch ertappt! –
Glocke des Präsidenten)

Wenn ich jetzt darauf hinweise, dass das ein möglicher Unterschied zwischen unserem Politikverständnis ist, ist das nicht als moralische Kategorisierung zu verstehen.

(Starker Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Lewentz.

Abg. Lewentz, SPD:

Herr Staatsminister, halten Sie es nicht jetzt auch für an der Zeit, dass dieser von der CDU initiierte peinliche, unmoralische und menschlich nicht zumutbare Auftritt auch von der CDU langsam durch eine Entschuldigung beendet werden könnte?

(Beifall der FDP –
Anheuser, CDU: Dummes
Gequatsche!)

**Prof. Dr. Zöllner, Minister für
Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:**

Ich habe in dieser Diskussion gelernt, dass ich mit meinen persönlichen Einstellungen und Beurteilungen noch zurückhaltender sein muss, als ich es schon bin.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Weiner.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung auch die Verbraucherschutzbeauftragte als ehrenamtlich tätig bezeichnet hat, frage ich, ob es sich um eine vergütete oder um eine unvergütete ehrenamtliche Tätigkeit handelt.

(Schweitzer, SPD: Der hat doch im
Ministerium gar keine ehren-
amtliche Tätigkeit!)

**Prof. Dr. Zöllner, Minister für
Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:**

Mir ist von einer vergüteten ehrenamtlichen Tätigkeit von Herrn M. J.-G. nichts bekannt.

Präsident Grimm:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall bei der SPD –
Itzek, SPD: Ich würde mich
unter den Tisch setzen!)

Nach Feststellung des Präsidenten ist die Mündliche Anfrage hinreichend beantwortet.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Rainer Marz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorlage eines Landesgleichstellungsgesetzes** – Nummer 11 der Drucksache 14/1362 – betreffend, auf.

Herr Marz, bitte schön.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum war die Landesregierung trotz des eng bis 10. Juni befristeten Termins für Stellungnahmen der Verbände zum Referentenentwurf noch nicht in der Lage, in diesem Plenum den Entwurf des Landesgleichstellungsgesetzes vorzulegen?
2. Trifft es zu, dass es Schwierigkeiten in der internen Abstimmung zwischen den Ministerien gibt?
3. Wann wird die Landesregierung den Gesetzentwurf nach heutigem Wissen dem Landtag vorlegen?

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Marz beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung hat am 30. April 2002 und damit an dem Tag der Verkündung des Bundesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen im Bundesgesetzblatt den Entwurf des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen im Grundsatz gebilligt und anschließend das Anhörverfahren eingeleitet.

Auf Bitten verschiedener Verbände wurde die ursprünglich gesetzte Frist zur Stellungnahme, der 7. Juni 2002, mehrfach verlängert.

Nach Abschluss der Anhörung fand eine Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen und eine entsprechende Überarbeitung des Gesetzentwurfs statt.

Der Entwurf wurde anschließend dem Ministerium der Justiz zur abschließenden Prüfung in rechtlicher und gesetzestechnischer Hinsicht zugeleitet.

Angesichts des Umfangs des Gesetzentwurfs, der in der derzeitigen Fassung 77 Artikel umfasst, ist es nachvollziehbar, dass dem Ministerium der Justiz ausreichend Zeit für die Prüfung zur Verfügung stehen muss.

Nach meiner Meinung sind wir voll im Zeitplan. Die einzige Verzögerung hat sich an der Stelle ergeben, dass wir die Frist für das Anhörverfahren verlängert haben.

Zu Frage 2: Nein. Die Abstimmung zwischen den Ministerien fand im Vorfeld der Grundsatzbilligung des Gesetzentwurfs durch den Ministerrat am 30. April 2002 statt.

Zu Frage 3: Die Landesregierung wird den Gesetzentwurf nach Beendigung der rechtsförmlichen Prüfung durch das Ministerium der Justiz möglichst bald beim Landtag einbringen.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, wenn man sich nicht nur die jüngste Geschichte des Gesetzentwurfs anschaut, sondern die Historie seit einem Jahr, als wir unseren Gesetzentwurf eingebracht haben, frage ich Sie: Können Sie nachvollziehen, dass Ihr Hinweis, die Landesregierung würde möglichst bald ihren Gesetzentwurf vorlegen, mir etwas zu vage ist?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Ein Gesetzentwurf hat bestimmte Verfahrensvoraussetzungen. Wir waren ein Stück weit davon abhängig, wann das Bundesgleichstellungsgesetz verabschiedet wird. Daraufhin sind wir sofort in Aktion getreten.

Ich denke, es ist unzulässig, von mir eine Frist der Vorlage im Plenum zu verlangen. Die Aussage war immer die, dass wir nach der Sommerpause vorlegen. Wir sind durch das Anhörungsverfahren etwas in Verzug geraten. Aber es wird in Kürze im Plenum vorgelegt werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, natürlich ist mir bekannt, dass man Gesetze nicht von heute auf morgen machen kann.

Sowohl die Mündliche Anfrage als auch die Nachfragen resultieren nicht aus meinen Illusionen hinsichtlich eines Gesetzgebungsverfahrens, sondern beruhen allein auf Aussagen, die von der Landesregierung bzw. aus ihrem Ministerium kommen. Im letzten Jahr wurde von Fristen gesprochen, dass man Anfang des Jahres, im Frühjahr

des Jahres, im Sommer des Jahres usw. vorlegen will. Diese Fristen haben Sie selbst gesetzt.

Präsident Grimm:

Herr Marz, Sie müssen langsam zur Frage kommen.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Von daher will nicht nur ich wissen, sondern man will auch in der Öffentlichkeit wissen, wann damit zu rechnen ist. Nennen Sie doch bitte einen spätesten Zeitpunkt, den Sie sich vorstellen können.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Abgeordneter Marz, ich muss Sie leider korrigieren. Es gab meines Wissens nie eine Aussage, dass das Gesetz Anfang dieses Jahres eingebracht wird.

Wir haben eigentlich immer vorgesehen gehabt, nach Verabschiedung des Bundesgesetzes das Landesgesetz sozusagen in Arbeit zu geben, die Verfahren entsprechend durchzuführen und dann möglichst schnell den Gesetzentwurf im Plenum einzubringen.

Unser Ziel war ursprünglich – deshalb haben wir die Anhörungsfrist auch so gesetzt -, den Gesetzentwurf zum heutigen Plenum einbringen zu können. Durch die Verzögerung der Anhörungsfrist mussten wir diesen Termin verschieben. Nichtsdestotrotz ist es absehbar, dass sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf beschäftigen wird.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass Ihr Vorgänger, Herr Gerster, bei der Einbringung unseres Gesetzentwurfs im Plenum sinngemäß gesagt hat, die Landesregierung arbeite bereits an einem eigenen Entwurf, der dann, wenn er fertig ist, eingebracht würde? Sehen Sie darin nicht einen gewissen Widerspruch zu Ihrer Aussage, die Arbeiten zum Gesetzentwurf hätten nach Verabschiedung des Bundesgleichstellungsgesetzes begonnen?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Marz, nein. Ich gehe davon aus, dass auch damals jeder wie Florian Gerster davon ausgegangen ist, dass das Bundesgesetz schneller auf den Weg kommt. Natürlich wurden Vorarbeiten am Landesgesetz gemacht. Aber es war immer die Vereinbarung, das Bundesgesetz abzuwarten, weil

wir im Grunde viele Bereiche des Bundesgesetzes auf landesrechtlicher Ebene übernehmen und deshalb die Abhängigkeit zwischen den beiden Gesetzeswerken besteht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Die Mündliche Anfrage ist erschöpfend beantwortet.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich freue mich ganz besonders, heute einen ehemaligen Kollegen, Herrn Landtagspräsidenten a.D. von Thürigen, Herrn Dr. Gottfried Müller, und seine Gattin im Landtag begrüßen zu können. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Herr Dr. Müller bereitet einen Besuch der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten des Thüringer Landtags vor. Er ist Vorsitzender dieser Vereinigung. Wir freuen uns auf diesen Besuch.

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Christine Baumann, Margit Mohr, Ruth Leppla und Dieter Burgard (SPD), Fluglärmbelastung durch militärische Übungs- und Transportflüge** – Nummer 12 der Drucksache 14/1362 – betreffend, auf.

Wer trägt vor?

Frau Abgeordnete Baumann, bitte schön.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitige Fluglärmbelastung in Rheinland-Pfalz durch militärische Übungs- und Transportflüge?
2. Welche Ursachen sind für die derzeitige Fluglärmbelastung verantwortlich und in welchem Umfang ist die Landesregierung durch die verantwortlichen Stellen hierüber informiert?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Fluglärmbelastung zu reduzieren?

Präsident Grimm:

Es antwortet Herr Innenminister Walter Zuber.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Christine Baumann, Margit Mohr, Ruth Leppla und Dieter Burgard wie folgt beantworten:

Die Landesverteidigung und damit verbundene Probleme wie die Belästigung der Bevölkerung durch Fluglärm fallen nach dem Grundgesetz in die alleinige Zuständigkeit des Bundes. Die Landesregierung verfügt, abgesehen von der fehlenden Kompetenz, auch nicht über eigene Informationen bzw. Kenntnisse, die es ihr ermöglichen würden, sachgerechte und nachgeprüfte Aussagen zu dieser Thematik zu machen. Sie ist dazu auf Informationen des Bundesverteidigungsministeriums, diesem nachgeordneter Behörden, beispielsweise des Luftwaffenamtes in Köln, bzw. auskunftsbereiter US-Luftwaffe angewiesen.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Einzelfragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung ist der Auffassung, dass mit den in den letzten Wochen in der Südpfalz stattfindenden Luftübungen die zumutbare Belastungsgrenze der Bevölkerung überschritten wurde. Sie ist daher auch gegenüber dem Bundesminister der Verteidigung und den US-Luftstreitkräften aktiv geworden.

Zu Frage 2: Zu den Ursachen, unterstellt die Belästigung durch militärischen Fluglärm habe allgemein und signifikant gegenüber den Vorjahren zugenommen, gehört vermutlich die Reaktion der NATO auf die Ereignisse des 11. September 2001, die möglicherweise einen erhöhten Übungsbedarf und einen Anstieg von Transportflügen nach sich gezogen haben.

Die Landesregierung ist darüber hinaus bisher vom Bund aber nicht rechtzeitig und im Einzelnen anhand konkreter Daten und Zahlen informiert worden. Dazu ist der Bund zwar rechtlich nicht verpflichtet. In der Vergangenheit haben der Bund und die US-Luftwaffe dennoch häufig über derartige Vorhaben im Voraus ausführlich informiert.

Zu Frage 3: Die Landesregierung verfügt aber – wie bereits dargestellt – nicht über die Kompetenz, militärischen Fluglärm über Rheinland-Pfalz zu reduzieren bzw. zu unterbinden.

Ungeachtet dessen hat sie sich in Schreiben an den Bundesminister der Verteidigung und die US-Luftwaffe immer wieder – wie Sie wissen – für eine Reduzierung der Belästigung der davon betroffenen Bevölkerung eingesetzt, zuletzt aufgrund der verstärkten Luftbewegungen im Süden unseres Landes am 15. August an den Befehlshaber der US-Luftstreitkräfte in Europa und den Bundesminister der Verteidigung wegen Fluglärm in der Südpfalz, insbesondere auch über der Stadt Annweiler.

Wir haben in unseren Briefen nachdrücklich gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass Luftkampfübungen und sonstige Lärm verursachende Manöver rechtzeitig bei den zivilen deutschen Behörden angemeldet werden, damit diese die Bevölkerung vorher informieren können. Außerdem sollten die Luftwaffenübungen räumlich besser verteilt und nicht nur auf einen eng begrenzten Raum konzentriert werden, um so die Lärmbelastung auf ein unvermeidliches Maß zu reduzieren.

Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Interessen der Bevölkerung gebührend berücksichtigt werden und eine für sie akzeptable Lösung gefunden wird.

So weit meine Antwort.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet. Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Elke Kiltz und Ise Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Haltung der Landesregierung zur Novelle des Fluglärmsgesetzes vor dem Hintergrund steigender Belastungen der Bevölkerung durch militärischen Luftlärm** – Nummer 13 der Drucksache 14/1362 – betreffend, auf.

Frau Abgeordnete Thomas, stellen Sie bitte Ihre Fragen.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welchen Änderungsbedarf bundes- und landesrechtlicher Bestimmungen sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund der absehbar wachsenden Fluglärmbelastung insbesondere in der Westpfalz und in der Eifel vor dem Hintergrund der künftigen Belastungen rund um Ramstein bzw. Spangdahlem einerseits und der anstehenden Reform des Fluglärmsgesetzes andererseits?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Widerstände gegen eine verstärkte Einbeziehung des militärischen Fluglärms in die Fluglärmsgesetznovelle vor dem Hintergrund der genannten Verlagerungen nicht sachgerecht sind?
3. Wie sollte nach Auffassung der Landesregierung der Schutz der Bevölkerung vor militärischem Fluglärm geregelt werden, und welche diesbezüglichen Initiativen hat die Landesregierung gestartet, um den Schutz der Bevölkerung vor militärischem Fluglärm zu verbessern?
4. Wann werden die zur Überprüfung der jeweiligen Lärmschutzbereiche gemäß § 4 Fluglärmsgesetz notwendigen detaillierten Angaben über die künftigen Flugstrecken und exakten Prognosen der künftigen Flugbewegungszahlen für die Flugplätze Ramstein und Spangdahlem vorliegen?

Präsident Grimm:

Es antwortet Frau Umweltministerin Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seitens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Kiltz und der Frau Abgeordneten Thomas wie folgt:

Zu Frage 1: Seit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm im Jahr 1971 hat der Flugverkehr erheblich zugenommen, sodass inzwischen jeder siebte Bundesbürger hohen Lärmbelastungen ausgesetzt ist. Dieses Gesetz muss zweifellos novelliert werden. Trotz positiver Entwicklungen insbesondere bei der technischen Lärminderung an den Luftfahrzeugen selbst sowie durch organisatorische und betriebliche Maßnahmen zugunsten des Lärmschutzes im Bereich des Luftverkehrs hat sich die Belastung der Bevölkerung durch Fluglärm nicht in gleichem Ausmaß verringert. Die Ursachen hierfür liegen einerseits in der ständigen Zunahme der Luftbewegungen, im Fehlen der früher vorhandenen Flugpausen, im Heranrücken der Wohnbebauung an die Flugplatzgrenzen und andererseits im höheren Umweltbewusstsein und der höheren Sensibilität der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund sieht die Landesregierung folgenden Handlungsbedarf: Das heutige Fluglärmsgesetz ist im Wesentlichen ein Planungs- und Entschädigungsgesetz. Dieses regelt im Grunde die Bauplanungsgrenzen bei zivilen und militärischen Flugplätzen. Auch diese Schwellen müssen sicherlich an die neuen Erkenntnisse und Entwicklungen angepasst werden. Sinnvoll wäre aus unserer Sicht eine Fluglärmschutzverordnung, die ähnlich wie die 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung als Verkehrslärmschutzverordnung die planerische Zumutbarkeitsschwelle einheitlich definiert. Darin müssen die Grenzwerte für die Schallschutzbereiche auf der Grundlage der modernen Erkenntnisse der Fluglärmforschung festgelegt werden.

Diese medizinischen Erkenntnisse haben in den vergangenen Jahren bereits an vielen Flugplätzen Eingang in die Rechtsprechung gefunden. Wenn man sich die beiden luftverkehrsrechtlichen Genehmigungsverfahren in Ramstein und Spangdahlem vor Augen führt, dann können wir festhalten, dass bei der Änderung eines Militärflugplatzes erstmals eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurde wie bei der Änderung eines Zivilflugplatzes. Die im Rahmen dieser Genehmigungsverfahren vorgelegten medizinischen Gutachten beurteilen die Tag- und Nachtflugbelastungen auf der Basis der aktuellen Lärmwirkungsforschung und unabhängig davon, ob es militärische oder zivile Transportflugzeuge sind. Fluglärm ist in diesem Fall Fluglärm.

Es werden damit seitens der Gutachter Kriterien zur Anwendung gebracht, die den Beurteilungsfaktoren an zivilen Flugplätzen gleich kommen. In der Praxis ist man auch bei der Änderung von Militärflugplätzen unabhängig von dem zu novellierenden Fluglärmsgesetz auf dem Stand der aktuellen Fluglärmdiskussion angekommen.

Aus unserer Sicht sind jedoch vom Gesetzgeber dringend verbindliche Grenzwerte zum Beispiel für Tag- und Nachtflugbelastungen festzulegen, um für alle Beteiligten, ob Flugplatzbetreiber oder betroffene Anwohner,

verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies kann natürlich in ein novelliertes Fluglärngesetz eingearbeitet werden, besser wäre aus unserer Sicht aber eine Fluglärmschutzverordnung.

Zu Frage 2: Die Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes oder die Schaffung einer ergänzenden Fluglärmschutzverordnung ist unabhängig von der Verlagerung der US-amerikanischen Militäreinrichtungen in Ramstein oder Spangdahlem zu sehen. In Ramstein und Spangdahlem werden die Belange der betroffenen Bevölkerung wie an anderen Flugplätzen über das luftverkehrsrechtliche Genehmigungsverfahren sichergestellt. Dieses Verfahren ist in einem hohen Maß transparent. Darüber hinaus sind die Abwägungsentscheidungen der Genehmigungsbehörden letztlich nachprüfbar.

Zu Frage 3: Nach Auffassung der Landesregierung ist der Schutz der Bevölkerung vor militärischem Fluglärm bei der Novellierung oder Schaffung der entsprechenden Gesetze zu berücksichtigen. Wie bereits von Staatsminister Zuber in der Beantwortung der Mündlichen Anfrage zur Fluglärmbelastung durch militärische Übungs- und Transportflüge ausgeführt hat, fallen die Landesverteidigung und die damit verbundenen Probleme – unter anderem die Belästigung der Bevölkerung durch militärischen Fluglärm – nach dem Grundgesetz in die Zuständigkeit des Bundes.

Die Landesregierung verfügt deshalb nicht über die Kompetenz, militärischen Fluglärm über Rheinland-Pfalz zu reduzieren oder gar zu unterbinden. Ungeachtet dessen hat sie sich in der Vergangenheit immer wieder gegenüber der Bundesregierung und den alliierten Streitkräften, die über Rheinland-Pfalz fliegen und üben, für eine Reduzierung der Belästigung eingesetzt. Dies hat Herr Staatsminister Zuber in der Beantwortung der vorherigen Frage ausführlich dargestellt.

Zu Frage 4: In dem luftverkehrsrechtlichen Änderungsverfahren für Ramstein und Spangdahlem werden vor dem Hintergrund der Ausbauplanungen vom Antragsteller der Oberfinanzdirektion Koblenz – hierbei handelt es sich um den Geschäftsbereich des Bundesbaus für die US-Streitkräfte – die aktuellen Flugverkehrsprognosen sowie die An- und Abflugverfahren für Ramstein und Spangdahlem offen gelegt sowie die Änderungen, die sich hieraus bezogen auf die Lärmschutzzonen 1 und 2 nach dem Fluglärngesetz ergeben.

Abgesehen davon wurden von medizinischen Gutachtern aufgrund aktueller Lärmkriterien Empfehlungen für Schallschutzmaßnahmen ausgesprochen, sofern diese nicht bereits zur Bewältigung der Vorbelastung realisiert worden sind. Über diesen Änderungsgenehmigungsantrag hat das Bundesministerium der Verteidigung in beiden Fällen noch zu entscheiden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, als Medizinerin sind Ihnen die gesundheitlichen Gefahren von Verkehrslärm bekannt. Unabhängig von der Form, wie man Grenzwerte festsetzt und den gesundheitlichen Gefährdungen anpasst, ob man dies in Form einer Schutzverordnung oder eines Gesetzes macht, frage ich Sie, ob Sie die Argumentation, die insbesondere vom Bundesministerium der Verteidigung und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vertreten wird, die die Kostenverursachung in den Vordergrund stellt, diese Argumentation gegen die Reduzierung der Grenzwerte und für Verbesserungen des Lärmschutzes für gerechtfertigt halten?

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Frau Abgeordnete, mir persönlich sind solche Argumentationen nicht bekannt. Das heißt nicht, dass sie nicht vielleicht irgendwo geführt werden. Wichtig ist aber das, was ich gesagt habe, nämlich dass wir sehr wohl der Meinung sind, dass man zum einen sowohl für zivile als auch für militärische Flugbewegungen Lärmschutzgrenzen festlegen sollte. Zum anderen ist für Äußerungen zu spezifischen Lärmschwellen oder Grenzwerten der Zeitpunkt zu früh. Ungeachtet der Tatsache, dass ich Medizinerin bin und natürlich weiß, dass Lärm auch krank machen kann, würde ich mich gern, bevor wir uns auf Details festlegen, mit den Sachverständigen in Bezug auf die Fluglärmgutachten auseinandersetzen. Dann haben wir meiner Meinung nach ungeachtet anderer möglicher Interessenlagen bei dieser Debatte eine Grundlage für eine sachliche Diskussion.

Präsident Grimm:

Gibt es weitere Zusatzfragen? – Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Altherr zu einer Zusatzfrage das Wort.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Frau Ministerin, Sie haben gesagt, dass die Genehmigungsbehörden in einem Abwägungsverfahren die einzelnen Maßnahmen festlegen. Im Ramstein läuft eine Diskussion um die passiven Lärmschutzmaßnahmen in Bezug auf den Bodenlärm. Den Fluglärm muss man ertragen, da er vorgegeben ist, aber beim Bodenlärm kann man einige Dinge passiv verändern. Daher frage ich Sie: Inwieweit sehen Sie Einwirkungsmöglichkeiten der Landesregierung auf die Genehmigungsbehörden, bei den Genehmigungsverfahren darauf zu drängen, dass die Aufnahme von Lärmschutzauflagen für den Flughafen Ramstein in dem Genehmigungsverfahren zwingend vorgeschrieben wird?

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Abgeordneter!

1. Wir sind nicht der Meinung, dass Fluglärmbewegungen in der Luft einfach zu ertragen sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das habe ich meiner Meinung nach auch durch meine Antwort deutlich gemacht.

2. Genau das wird im Genehmigungsverfahren inklusive der Auswertung von medizinischen Gutachten, die bei der Genehmigung in die Abwägungen mit einzubeziehen sind, berücksichtigt.

3. Die Landesregierung ist sehr wohl an der Entwicklung dieser beiden Flughäfen beteiligt, weil neben dem Bodenschall und dem Luftlärm zum Beispiel andere immissionsschutzrechtliche Fragen, aber auch viele andere Fragen zur Diskussion stehen. Deshalb werden wir in Bezug auf die immissionsschutzrechtliche Seite darauf drängen, dass dort die Grenzwerte eingehalten werden.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Frau Ministerin, ich muss etwas klarstellen: Ich habe mit meiner Frage nicht ausgesagt, dass ich mit dem Fluglärm einverstanden bin. Der militärische Fluglärm ist aber vorbestimmt durch flugphysikalische und militärische Notwendigkeiten. Das habe ich damit gemeint. Dort können wir aber am wenigsten ändern. Eingreifen können wir bei den passiven Maßnahmen. Das war damit gemeint.

Präsident Grimm:

Eine Frage haben Sie aber jetzt nicht gestellt.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Präsident, auch eine Klarstellung – – –

Präsident Grimm:

Nein, das ist nach der Geschäftsordnung nicht vorgesehen.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Präsident, dann verweise ich darauf, dass Sie vorhin beim Herrn Minister auch eine Erklärung mit langen Ausführungen geduldet haben.

Präsident Grimm:

Ich weiß, dass ich mich mit Ihnen ständig über Geschäftsordnungsfragen streiten könnte. Ich habe das aber nicht vor.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Das ist auch besser so!

Präsident Grimm:

Ja, für wen?

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Grützmaker.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Conrad, in Anbetracht dessen, dass Sie sehr richtig sagen, dass Fluglärm nicht sozusagen gottgegeben in dieser Region sein muss, frage ich Sie noch einmal: Es wird jetzt das Fluglärmgesetz novelliert. Es gibt Widerstand, den militärischen Fluglärm einzubeziehen. Gerade Rheinland-Pfalz ist aber vom militärischen Fluglärm besonders stark betroffen. Es ist sicher sehr viel stärker davon betroffen als manch andere Bundesländer. Wir kennen noch den etwas unglückseligen Ausdruck des ehemaligen Ministerpräsidenten, Rheinland-Pfalz sei der Flugzeugträger Deutschlands. Will die Landesregierung sich vor diesem Hintergrund besonders dafür einsetzen, dass der militärische Fluglärm einbezogen wird, und wie wird sie das machen?

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Frau Abgeordnete, das habe ich meiner Meinung nach in meiner Antwort zu Frage 1 deutlich gemacht.

1. Zur Ergänzung sage ich noch einmal: Es gibt derzeit offiziell noch nicht einmal einen Referentenentwurf von einem Bundesministerium zur Novelle des Fluglärmgesetzes. Mir sind Diskussionen zumindest schon seit dem Jahr 2000 hierzu sehr wohl bekannt.

2. Ich habe deutlich gemacht, wie wir uns eine Regelung vorstellen könnten, und ich habe bewußt auf die Möglichkeit der Einbeziehung einer Fluglärmregelung in das Bundesimmissionsschutzrecht hingewiesen und einen Vorschlag gemacht, dies gegebenenfalls über eine Fluglärmschutzordnung regeln zu können, weil das eine Anpassung an andere Verordnungen nach der 16. BImSchV wäre. Ich bin der Meinung, dass das zielführend sein könnte.

Präsident Grimm:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Mündliche Anfrage ist damit beantwortet.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir sind damit am Ende der Fragestunde angekommen.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien zur Geschäftsordnung das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Hedi Thelen und Walter Wirz (CDU), Ausbildungsplatzsituation in Rheinland-

Pfalz und ihre Ursachen, beantragt die CDU-Fraktion eine Aussprache.

Präsident Grimm:

Dann rufe ich die Aussprache zur **Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Hedi Thelen und Walter Wirz (CDU), Ausbildungsplatzsituation in Rheinland-Pfalz und ihre Ursachen** – Nummer 9 der Drucksache 14/1362 – betreffend, auf.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weiner das Wort.

Abg. Weiner, CDU:

98 % der rheinland-pfälzischen Wirtschaft bestehen aus mittelständischen Firmen. Diese Feststellung stammt aus Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Geht es dem Mittelstand in Rheinland-Pfalz gut, geht es auch dem Land gut. Wenn es dem Mittelstand gut geht, geht es auch den Jugendlichen gut, die eine Lehrstelle in unserem Land suchen.

95 Plätze auf 100 Bewerber – das haben wir vorhin gehört – ist zu wenig. Durch falsche Entscheidungen in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik hat die Regierung Schröder die Großindustrie begünstigt, aber den Mittelstand und die kleinen Leute benachteiligt.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Ihre Landesregierung ist im Bundesrat diesen falschen Weg mitgegangen. Daher sind Sie auch mitschuldig an der schlechten Wirtschaftslage und am Lehrstellenmangel.

(Ministerpräsident Beck:
Alleinschuldig!)

Es ist doch nicht die Wirtschaft, die aus einer Laune heraus, wie Sie dies Anfang dieses Monats den Leuten weismachen wollten, nicht mehr ausbilden will. Entweder ist das ein Ablenkungsmanöver oder es fehlt Ihnen an elementaren Kenntnissen über wirtschaftliche Zusammenhänge.

(Beifall der CDU)

Ich werde ein bisschen nachhelfen: Da wurden die kleinen Leute mit der Abschaffung der 630-Mark-Jobs ihres kleinen finanziellen Spielraums beraubt. Da wird durch die Öko-Steuer das Busfahren, das Tanken und das Wohnen verteuert. Die Menschen sind durch eine falsche Gesundheits- und Rentenpolitik zutiefst verunsichert. Die Riester-Rente ist so kompliziert, dass noch nicht einmal die Stiftung Warentest einen Überblick gewinnen konnte.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, die Folge ist, dass die Politik der Regierung Schröder die Menschen so verunsichert hat, dass sie weniger Geld ausgeben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Das stimmt!)

Deshalb sind die Umsätze im Einzelhandel gesunken. Sie sind um 20 % bei einem Backwarenfachhändler gesunken, mit dem ich kürzlich gesprochen habe. Sie sind um mehr als 30 % im Schuheinzelhandel gesunken. In manchen Branchen sind sie um noch mehr Prozent gesunken. Eine Rekordzahl an Insolvenzen ist die Folge. Allein dadurch sind schon viele Lehrstellen weggefallen.

Längst hat diese Rezessionswelle auch die Dämme des Zwischen- und Großhandels überspült und ist beim produzierenden Gewerbe angekommen. Ich habe gestern Abend mit einer Mitarbeiterin einer Schuhfabrik gesprochen. Die Lage in diesen Firmen ist dramatisch. Vielen Betrieben – um in diesem Bild zu bleiben – steht das Wasser bis Oberkante Unterlippe.

Angesichts dieser Situation ist es eine Unverschämtheit sondergleichen, wenn diejenigen, die den Schaden angerichtet haben oder dafür verantwortlich sind, die mittelständischen Ausbildungsbetriebe beschimpfen und den Eindruck erwecken wollen, als wäre es nur eine Schikane, dass nicht mehr Lehrstellen angeboten werden.

Herr Ministerpräsident, Sie behaupten – so steht es in Ihrer Presseerklärung vom 3. August 2002 –, die Betriebe würden sich verweigern. Sie wollen damit nur von Ihrer eigenen Mitschuld ablenken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, einen solchen Schuss in den Rücken haben die Ausbildungsbetriebe, die um ihr Überleben kämpfenden Firmen, nicht verdient.

(Hartloff, SPD: Es lebe der
heilige Wahlkampf!)

– Die Wahrheiten werden dadurch nicht anders. Es sind doch die Verbraucher, die mit ihrem Konsumverhalten über das abstimmen, was die Regierung vorgibt. Nur durch ein Ende der rotgrünen Steuerpolitik, dieser Reglementierungspolitik, gewinnen die Betriebe wieder mehr Spielräume für die Ausbildung. Mehr davon in der zweiten Runde.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Manfred Nink.

Abg. Nink, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe erwartet, dass heute die

CDU das fortsetzen will, was sie gestern getan hat, nämlich die Mittelstandsdiskussion weiterführen, obwohl sie gestern mit relativ langen Ohren den Saal verlassen musste.

(Beifall der SPD)

Das Einzige, was sie zu einem der wichtigsten Themen in der heutigen Zeit, der Ausbildungsplatzsituation, gesagt hat, war der Hinweis auf eine Statistik. Hier hat der Minister mit Recht darauf hingewiesen, dass Statistiken immer ihre Risiken bergen.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

– Herr Wirz, Sie haben doch gestern Abend genug Flurschaden angerichtet. Lassen Sie doch die Sache sein. Legen wir einmal Ihre Statistik von 100 zu 120 zugrunde. Es wird nie dazu kommen – das weiß jeder im Saal –, dass wir regional so weit sind, dass jeder den Ausbildungsplatz erhält, den er gern hätte. Das ist nun einmal so. Das wird sich nie ändern.

Wir wissen alle, dass es gerade im Handwerk Problemberufe gibt, die heute nicht im Trend der Jugendlichen liegen. Es gibt jährlich wechselnde Interessen, die berücksichtigt werden müssen. Der neuen Liste der Berufsausbildungsverträge bei der Handwerkskammer Trier ist zu entnehmen, dass beispielsweise die Berufe, die in den vergangenen Jahren relativ schlecht angenommen wurden, wie Maurer, Fliesenleger oder Maler und Lackierer, in diesem Jahr einen positiven Trend zu verzeichnen haben, während der Beruf der letzten Jahre, beispielsweise des Tischlers, einen drastischen Einbruch erleben wird.

Auch die Entwicklung der beruflichen Ausbildung ist wechselhaft. Während es im Vorjahr noch eine Steigerung der Ausbildungsplätze im Kammerbezirk Trier von rund 4,9 % gegeben hat, belegen die diesjährigen Zahlen, dass ein Rückgang von 6,6 % in Rheinland-Pfalz und bundesweit von 5,9 % zu verzeichnen ist. Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen.

Die Industrie- und Handelskammer Trier sagt dazu, dass das noch im Januar 2002 registrierte Defizit an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 39 % bis Juli 2002 auf 19 % und Ende August auf 12,4 % abgesenkt werden konnte.

Der Ausbildungsmarkt ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt – das Schreiben ist von heute Morgen – noch in Bewegung, sodass eine endgültige Aussage über das Ausbildungsplatzangebot erst im November oder Dezember 2002 getroffen werden kann. Das ist auch ein Beleg dafür, dass Ihre Aussagen nur dem Wahlkampf dienen.

Bezogen auf die Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen lassen die Zahlen dennoch durchaus den Rückschluss zu, dass das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage trotz des rückläufigen Ausbildungsplatzangebots im Jahr 2002 nahezu ausgeglichen bleiben dürfte – Zitat IHK Trier.

Ich will nicht die Augen vor Problemen verschließen. Es gibt nach wie vor freie Ausbildungsstellen, die aufgrund

mangelnder Ausbildungsinteressenten nicht besetzt werden können. Im IHK-Bezirk Koblenz waren es im Juli noch 16 %. Die Zahl der noch suchenden Unternehmer hat um 12 % zugenommen. Hier gilt es, weiterhin dafür zu sorgen, attraktive Ausbildungsplätze zu schaffen.

Sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung haben in Rheinland-Pfalz ein gutes Zeichen gesetzt. Ich darf Sie alle einmal nach Kenn einladen, wo ich herkomme. Dort ist kürzlich ein Ausbildungszentrum der Handwerkskammer Trier eröffnet worden. Die Gesamtkosten betragen 12 Millionen DM. Davon haben der Bund rund 6,5 Millionen DM und das Land rund 3 Millionen DM übernommen. Das ist Ausbildungsplatzförderung, wie sie das Land Rheinland-Pfalz macht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die gestrigen Anträge zum Mittelstand und die heutige Anfrage – das belegt die etwas unorthodoxe Fragestellung, die von der Ausbildung über Insolvenzen alle Bereiche abdecken will – erinnern mich sehr an die Echternacher Springprozeession.

(Glocke des Präsidenten)

In Echternach geht man zwei Schritte nach vorn und einen zurück. Sie gehen immer einen nach vorn und zwei zurück. Deswegen werden Sie in Mainz und in Berlin nie ankommen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Wiechmann.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, Sie haben gestern Abend vergeblich versucht und werden auch heute wieder vergeblich versuchen, Ihre undurchdachten Vorstellungen zur Mittelstandspolitik – heute vor Publikum – klarzumachen. Dies wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen das an einem Punkt deutlich machen. Genau an diesem kommen Sie nicht vorbei, wenn Sie zum Beispiel die grünrote Steuerreform sehen, die – Herr Weiner, Sie haben das angesprochen – angeblich den Mittelstand so stark belastet hätte. Der Mittelstand ist um 9 Milliarden Euro durch die grünrote Steuerreform in den letzten vier Jahren entlastet worden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Politik der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bereich der beruflichen Ausbildung im dualen System ist seit ihrem Bestehen im Landtag geradlinig und immer konsequent gewesen. Herr Minister Bauckhage hat

damit schon leidlich Erfahrungen gemacht. Alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz, die das möchten, haben nach dem Abschluss der allgemein bildenden Schule ein Recht auf berufliche Ausbildung. Die Partner im dualen System der beruflichen Ausbildung, die Wirtschaft und die öffentliche Hand, sind gemäß ihrer Aufgabenteilung verpflichtet, den jungen Menschen eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen anzubieten und den Unterricht in berufsbildenden Schulen zu gewährleisten.

Das Besondere des dualen Systems besteht darin, dass sich die Partner und – das sage ich deutlich – insbesondere die Wirtschaft verpflichtet haben, genügend Ausbildungsplätze zu gewährleisten, was sie auch noch einmal im Bündnis für Arbeit der jetzigen Bundesregierung bekräftigt und versprochen haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung dazu festgestellt, dass allein der zahlenmäßige Ausgleich zwischen Bewerberinnen und Bewerbern und Angeboten kein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot darstellt. Hier ist insbesondere die Industrie gefragt. Wir wissen, dass das Handwerk und der Mittelstand mit Abstand die größte Last an der Ausbildung tragen.

(Abg. Kuhn: Das ist keine Last!)

– Herr Kuhn, es ist keine Last. Sie haben Recht. Sie übernehmen die größte Verantwortung im Bereich der Ausbildung.

Wenn das, was ich eben gerade gesagt habe, richtig ist, dann kann und darf sich das Angebot an Ausbildungsplätzen nicht an Konjunkturzyklen orientieren. Ein System, das jährlich mehr als die Hälfte der Schulabgängerinnen und abgänger aufnimmt, ist darauf angelegt, dass es zuverlässig jedes Jahr genügend Ausbildungsangebote anbietet. Das müssen die Partner gemeinsam gewährleisten. Darauf haben die jungen Menschen einen Anspruch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb kommt es auch in politisch und konjunkturell schwierigen Zeiten regelmäßig und meiner Meinung nach auch berechtigt zu der Forderung, dass die Unternehmen über ihren gegenwärtigen Bedarf hinaus ausbilden sollen. Das Land kann auch nicht sagen: Die Steuereinnahmen gehen bei uns in diesem Jahr zurück, also können wir nicht alle Schülerinnen und Schüler in unseren allgemein bildenden Schulen aufnehmen.

Meine Damen und Herren, unserer Meinung nach hat das duale System dann eine Existenzberechtigung, wenn es ihm gelingt, eine berufliche Erstausbildung zu gewährleisten. Es kann nicht angehen, dass sich einige Unternehmen zurücklehnen, ihren Verpflichtungen in diesem Zusammenhang nicht nachkommen und sich dann danach über die angeblich so schlecht ausgebildeten jungen Menschen beschweren. Die jetzige Situation auf dem Ausbildungsplatzmarkt in Rheinland-Pfalz ist allerdings – das muss ich auch dazu sagen – bereits seit Jahren vorhersehbar gewesen. Sie ist auch nicht zu beschönigen. Ohne das Zwei-Milliarden-Programm der Bundesregierung, nämlich Jump, wären die Steige-

rungsleistungen bei den Ausbildungsverträgen seit 1998 gar nicht mehr möglich gewesen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben schon sehr früh auf den bevorstehenden Mangel an Ausbildungsplätzen hingewiesen,

(Glocke des Präsidenten)

zu einem Zeitpunkt, als der Wirtschaftsminister noch meinte, einen Ausbildungsrekord melden zu müssen, nämlich Ende 2000, als es schon sehr deutlich geworden war, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen bei gleichzeitig absehbarer Steigerung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nicht mehr gewachsen war. Wir können uns jetzt nicht mehr auf gute Worte verlassen, Taten müssen folgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde Ihnen nachher erläutern, welche Vorschläge wir auch hier im Landtag schon gemacht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern Abend vor leerem, heute vor vollem Haus, die CDU macht Wahlkampf, aber wie sie es macht, das ist ein Graus.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause – Zurufe von der CDU)

Herr Böhr, für Sie probiere ich schon einmal eine Fortsetzung, vielleicht begeistert Sie das auch.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

– Hören Sie doch einmal zu, Herr Altherr.

Mit viel Polemik und wenig Sachverstand will sie begeistern die Leute in unserem Land. Doch ich bin sicher, das ist sonnenklar, mit bloßer Polemik gewinnt man keine neue Wählerschar.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Meine Damen und Herren, so wie die Union das hier macht, so kann man das schlicht und einfach nicht machen.

Zum Kollegen Wiechmann komme ich später.

Meine Damen und Herren, es wäre einmal ganz gut, wenn man ab und zu das lesen würde, wovon Sie, Herr Kollege Jullien, denken, dass Ihre Wähler herkommen, nämlich die Handwerkszeitung vom 19./20. August. Herr Präsident, mit Ihrer Zustimmung möchte ich zitieren:

„Betriebe suchen noch Lehrlinge. In einer breiten Palette von Berufen sind noch zahlreiche Ausbildungsplätze frei.“ Meine Damen und Herren, ich zitiere das einmal, um ein bisschen Klarheit in diesem Hause zu schaffen.

„Bis Ende Juni registrierten die vier rheinland-pfälzischen Handwerkskammern knapp 10 % weniger Lehrverträge als im Vorjahr. Dabei gibt es im Handwerk landesweit noch viele freie Stellen. Insgesamt wurden bislang rund 6.300 neue Auszubildende abgeschlossen, so die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern. Ein Drittel der in diesem Jahr erwarteten Lehrverträge stehen allerdings noch aus, sodass endgültige Prognosen noch verfrüht seien. Erfahrungsgemäß sei gerade im Handwerk der Ausbildungsmarkt im Schlussspurt zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres noch stark in Bewegung. Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds ist die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe weiter recht hoch. In fast allen Regionen und Branchen gibt es noch zahlreiche freie Ausbildungsplätze, sodass auch unversorgte Bewerber reelle Chancen auf eine Lehrstelle haben. In den Nahrungshandwerken und in einigen Metallberufen werden zum Teil noch händelnd“ – – –

(Kramer, CDU: Halten Sie jetzt eine Vorlesung?)

– Ihnen fehlt das Sachwissen. Das ist mein Beitrag, Ihnen endlich einmal das Sachwissen beizubringen, damit Sie nicht immer dieses Zeug hier verbreiten, das überhaupt nicht stimmt.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie ertragen.

Ich bin noch nicht fertig.

(Dr. Weiland, CDU: Entspannen Sie sich, Ihre Redezeit ist gleich vorbei!)

– Herr Dr. Weiland, es geht weiter: „Nachdrücklich weisen daher die rheinland-pfälzischen Kammern Behauptungen zurück, Betriebe würden sich beim Lehrstellenangebot im Hinblick auf den Wahltermin zurückhalten. Ausbildung sei vielmehr geradezu der Lebensnerv für das Handwerk, das wie kaum ein anderer Wirtschaftsbereich auf qualifizierte Fachkräfte auch in der Zukunft angewiesen sei.“

Meine Damen und Herren, man muss immer wissen, von was man redet, bevor man groß herumpolemisiert.

(Dr. Weiland, CDU: Genau!)

Nun erzähle ich Ihnen einmal, wie das in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft teilweise geht. Ich erzähle Ihnen einmal aus meiner Praxis, Herr Kollege Jullien. Wir – ich meine hiermit die BASF – haben festgestellt, dass wir immer mehr junge Menschen ausbilden, als wir theoretisch benötigen. Wir haben dann mit den Gewerkschaften gemeinsam vereinbart: Jeder, der besser als 2,49 mit den Noten im Durchschnitt abgeschlossen hat, bekommt einen Arbeitsplatz nach seiner Ausbildung.–

Jetzt waren wir völlig überrascht, dass es nicht nur ein Drittel – das ist in etwa der Bedarf –, sondern zwei Drittel waren, die besser als mit 2,49 Notendurchschnitt ihre Lehre beendet haben. Dann muss man mit den Betroffenen einmal reden. Wir bilden in meiner Abteilung auch jemanden aus.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

– Herr Kollege Jullien, wir haben uns dann gefragt, woran das liegt. Es ging das Gerücht um, man hätte nicht so stark geprüft. Wir haben jedoch wieder einen Verdrängungswettbewerb festgestellt. Es gibt immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten, die in den Ausbildungsberuf gehen, die natürlich mit ihren Abschlüssen besser abschneiden und dann leider Realschüler und Hauptschüler verdrängen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich will nachher noch auf den Kollegen Wiechmann eingehen. Das nur einmal zur Sachkenntnis, Herr Dr. Weiland.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Jugendliche aus der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, ist das schlimm. Das gibt dann bittere Erfahrungen. Wenn man hier vor Jugendlichen, die auf der Zuschauertribüne sitzen, diskutiert, so weiß ich nicht, was sie denken sollen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Das ist auch ein Stück Verantwortung, die man haben muss, wie man den Dialog führt und wie man miteinander umgeht.

(Böhr, CDU: Zu wem sagen Sie das?)

– Herr Böhr, das kann man nicht nur technokratisch beurteilen. Gleichwohl will ich auf zwei Dinge aufmerksam machen, die mir dabei wichtig sind. Einmal kann man sagen – ich habe vorhin die Zahlen im statistischen Mittel genannt –, dass die Ausbildungsplatzsituation in Rheinland-Pfalz zwar schwierig, aber nicht dramatisch ist. Ferner – das ist eine Zahl, die stimmt – ist die Jugendarbeitslosigkeit der bis 20-Jährigen, man höre und staune, von 5,9 % im Jahr 2001 auf jetzt 5,6 % gesunken. Vor diesem Hintergrund muss man eine solche Diskussion führen.

Des Weiteren muss man sagen, dass man einmal die gemeldeten Stellen hat, die die Arbeitsverwaltung zur Verfügung hat, und des Weiteren kann man die Fakten

und Zahlen nicht wissen, weil vieles daran vorbeiläuft und andere Lehrstellen abgeschlossen werden.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

– Herr Kollege Kramer, das ist so. Das kann man spätestens im September/Oktober sehen, wie viele Lehrverträge abgeschlossen worden sind. Natürlich haben wir um die 30.000; seit Anfang der 90er-Jahre hatten wir einen ständigen Anstieg.

Die Wirtschaft ist ihrer Verantwortung immer gerecht geworden und hat mit sehr viel Engagement, zum Beispiel durch Lehrstellenlotsen usw., eine ganze Menge getan.

In der Stadt Mainz wird beispielsweise von den Kammern viel getan. Es gibt dort sogenannte Lehrstellenlotsen, die dies mit großem Erfolg machen. Sie gehen in die Betriebe hinein und bitten Sie, das eine oder andere noch zu machen.

Wir haben allerdings in der beruflichen Ausbildung ein zweites Problem. Das muss man auch sehen. Wir haben das Problem, dass das Image bestimmter Berufe einfach schwierig oder schlecht ist.

Ich habe es vorhin schon einmal von meinem Beruf gesagt. Es gibt noch 200 Angebote. Im Juli 2002 gibt es 60 Nachfrager. Das gilt für das gesamte Nahrungsmittelhandwerk und ähnlich auch für das Hotel- und Gaststättengewerbe und beispielsweise in der Metallindustrie.

Es ist eine ganze Menge offener Lehrstellen vorhanden, die nicht besetzt werden können. Es geht schon in einen Bereich hinein, der ein Datum darstellt.

Deshalb hätten wir eigentlich den Auftrag, ein besseres Klima für die berufliche Ausbildung zu schaffen.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zuruf von der FDP: Jawohl!)

Es kann nicht sein, dass die universitäre Ausbildung und die Fachhochschulausbildung in der Gesellschaft einen anderen Stellenwert haben als die berufliche Ausbildung.

(Beifall der FDP und der SPD –
Creutzmann, FDP: Leider!)

Das hat natürlicherweise unterschiedliche Ursachen. Das hat seine Ursache nicht nur in der Politik, das hat auch unterschiedliche Ursachen in der Gesamtgesellschaft. Es ist eigentlich ein Problem der Gesamtgesellschaft.

Deshalb sind wir aufgerufen, als Verantwortungsträger auch verantwortlich damit umzugehen und zu versuchen, dieses Image zu heben.

Sie konnten mit vielen Handwerksverbänden reden. Ich habe neulich ein Gespräch gehabt mit einer Gruppe, die mir sagte, also gut, wenn Sie das sagen mit dem Bäcker und dem Metzger; die Berufe haben aber keine Per-

spektive. Wenn sich so etwas in den Köpfen festsetzt, darf man sich nicht wundern.

(Schmitt, CDU: So ist es!)

Deshalb sind wir aufgerufen, ein besseres Klima zu schaffen. Ich glaube, dass dann insgesamt die berufliche Ausbildung wieder von mehr Qualifizierten nachgefragt würde und insgesamt das Lehrstellenverhältnis besser wird, meine Damen und Herren.

Nun kann ich sagen, wir hatten im Durchschnitt im vorigen Jahr einen Versorgungsgrad von rund 101 %. Es ist das Problem mit dem Durchschnitt; das habe ich vorhin schon einmal erläutert.

Deshalb sollten wir alle gemeinsam die Schritte unternehmen, die wir in der Vergangenheit unternommen haben und sollten im Gespräch mit Verbänden und Akteuren versuchen, die Lehrstellensituation wieder zu verbessern.

Wir haben jetzt eine Unterversorgung – wenn man es einmal nachrechnet – so um die 700 im Juli 2002. Die Zahl wird noch um eine ganze Menge reduziert werden können, wenn die Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen werden; das zeigt die Erfahrung.

Deshalb muss man dieses Problem natürlicherweise sehr seriös diskutieren. Man muss aber auch diskutieren dürfen – das sage ich auch einmal –, ob wir nicht modulare Ausbildungssysteme dual machen sollten. Ich halte am dualen Ausbildungssystem fest – das ist keine Frage – auch wegen der Qualifizierung der Menschen, um sie nachzuqualifizieren. Wir werden in der Zukunft das Problem haben, dass wir eine ständige Weiterqualifizierung brauchen.

Nun liegt dies auf der Seite der Tarifpartner. Mit denen habe ich in Berlin ein Gespräch geführt, welches schon sehr merkwürdig war. Als ich den Begriff „Modulausbildung“ nannte, wurden beide Seiten sehr nervös. Es muss also etwas Richtiges daran sein. Der eine wurde es aus den einen, der andere aus anderen Gründen. So kann man jedoch kein Problem lösen.

Ich will damit sagen, wir sollten alles dafür tun, die Rahmenbedingungen anzugehen. Natürlich hat es etwas mit Rahmenbedingungen zu tun. Natürlich hat es auch etwas mit der Konjunktur zu tun. Wenn die Konjunktur nicht läuft, dann wird auch weniger ausgebildet.

Das können wir feststellen. Wir hatten ein Minus von rund 1.000 Ausbildungsabschlüssen insgesamt im Vorjahr.

Wir sind aufgerufen, das zu machen, was man verantwortlich machen muss, um das Image zu verbessern und den Berufen wieder eine Perspektive, auch öffentlich, zu geben, die händierend um Nachwuchs besorgt und bemüht sind.

Meine Damen und Herren, in der nächsten Runde werde ich noch etwas dazu sagen, aber ich wollte dies noch

einmal in den Vordergrund stellen, weil man das nicht einfach schwarz-weiß diskutieren kann.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Böhr.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister hat es gesagt, wenn auch in einer etwas versteckten Schlußbemerkung am Ende seiner Ausführungen: Ich denke, wir können über dieses Thema nicht diskutieren, wenn wir es nicht als ein Problem der Konjunkturlage und als ein Problem unserer gesamtwirtschaftlichen Lage diskutieren.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich spreche sicher für meine ganze Fraktion, wenn ich jetzt einmal sage: Ich kenne kein Thema, das mehr Ernst verdient hätte als diese Frage nach den Sorgen junger Menschen im Hinblick auf ein Auszubildungsverhältnis, das sie anstreben, und die Sorgen von Erwachsenen, die arbeitslos werden oder Angst haben, dass Sie arbeitslos werden könnten.

Herr Kollege Nink, ich sage das deshalb, weil Ihnen dies Thema für ein paar blöde Witzchen wirklich zu ernst und zu schade sein sollte.

(Beifall der CDU)

So kann man es auch diskutieren. Sie haben das getan, das spricht für sich. Ich will es nicht weiter kommentieren.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Ich will das aufnehmen, was der Wirtschaftsminister vorgetragen hat; denn ich finde, dass wir in der Tat eine sehr differenzierte Betrachtung dieses Problems brauchen.

Ich glaube, zu einer differenzierten Betrachtung dieses Problems gehört, dass wir erst einmal ganz nüchtern zur Kenntnis nehmen – das können Sie nicht mit dem Argument, das ist Wahlkampfhilfe, aus der Welt schaffen: die Menschen lesen es in der Zeitung, ob Sie es leugnen oder nicht, das wird überhaupt keinen beeindruckenden, verehrter Herr Kollege Nink –: Wir haben in den letzten Wochen und Monaten eine Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt, wie wir sie mindestens seit einem Vierteljahrhundert in Deutschland zu Sommerzeiten noch nie erlebt haben. Das ist das Faktum.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Redmer)

In Abhängigkeit von der Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt – ja, die Zahlen sind um 700 besser geworden mit der Augustzahl, das muss man sich einmal vorstellen.

Sie fangen an, Jubelfeuer zu entbrennen, dazu kann ich nur sagen, meine Güte, haben wir eine Verschärfung der Zahlen auf dem Lehrstellenmarkt.

Jetzt stellt sich die Frage, was zu tun ist. Es ist eine landespolitische Auseinandersetzung, weil wir erstens über diese Frage im Parlament schon häufiger gestritten haben und zweitens die Landesregierung Schlussfolgerungen zieht, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Eine davon finde ich besonders bemerkenswert, zumal es nicht das erste Mal ist, dass sie vom Regierungschef gezogen wurde – der Kollege Weiner hat dies am Anfang vorgetragen. Er sagt, ich zitiere ihn wörtlich: Er habe kein Verständnis dafür, dass nun in der Wahlkampfzeit einige ideologische Fronten aufmachen wollen und sich verweigern bei der Ausbildung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Punkt.

(Zuruf von der SPD)

– Jetzt seien Sie einmal ruhig. Ihre Beiträge zu diesem Thema sind sowieso so abgeschmackt, dass Sie am besten den Mund halten.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Nur ein bisschen
Polemik!)

Jetzt ist die entscheidende Frage: Könnte es sein, dass der Herr Ministerpräsident Recht hat und es wirklich eine bössartige Verweigerung der mittelständischen Wirtschaft ist, wie der Kollege Creutzmann vorhin seitenweise vorgelesen hat, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Wenn das die Meinung des Herrn Ministerpräsidenten ist, dann halte ich das für so bemerkenswert, dass wir darüber diskutieren müssen; denn ich glaube, er irrt in diesem Punkt.

(Beifall der CDU)

Ich stehe mit dieser Meinung nicht allein. Ich habe vorhin schon gesagt, es ist nicht das erste Mal, dass er diese Meinung vertritt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich so blind auf dieses Problem reagiere und mir überhaupt nicht vor Augen führe, dass katastrophale Fehlentscheidungen in der Steuerpolitik, in der Mittelstandspolitik, bei den kleinen Beschäftigungsverhältnissen, in der Arbeitsmarktpolitik und vieles mehr, gerade zwingend dazu führen, dass wir diesen Einbruch auf Arbeitsmarkt und Ausbildungsmarkt erlebt haben und erleben mussten, dann ist es schon aller Rede wert, es hier festzustellen und zu diskutieren.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen werden wir über die Ausbildungssituation in Rheinland-Pfalz diskutieren. Dann diskutieren wir natürlich über Mittelstandspolitik, über Steuerpolitik, über Arbeitsmarktpolitik, über die jetzige Lage und die Frage, wie es dazu kam.

Ich habe doch meinen Ohren nicht getraut, als Herr Hartz vor 14 Tagen vor laufenden Fernsehkameras mir und anderen erzählt hat, wenn seine Vorschläge umgesetzt werden – sie werden umgesetzt, wenn die SPD die Bundestagswahl gewinnt; im Verhältnis 1 zu 1 hat der Bundeskanzler gesagt –, dann ist er in der Lage, mit seinen Vorschlägen innerhalb von drei Jahren die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu halbieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ein schlimmeres Testat über die Politik der letzten vier Jahre kann es doch gar nicht mehr geben.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der CDU)

Das zeigt doch, dass in den letzten vier Jahren sozusagen das Gegenteil der Hartz'schen Vorschläge mit dem Ergebnis gemacht wurde, dass die Arbeitslosigkeit gestiegen ist.

(Zurufe von der CDU: So ist es! –
Hartloff, SPD: Von 4,8 Millionen
auf 4 gestiegen!)

Jetzt ist Wahlkampf oder nicht, das tut doch nichts zur Sache, darüber muss man doch diskutieren im Interesse der 4 Millionen Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen. Wir können doch nicht bis zum 23. September warten.

(Beifall der CDU –
Dr. Weiland, CDU: Ja, eben! –
Zuruf des Abg. Hartloff)

Herr Kollege Creutzmann, ich habe viel von Ihnen gelernt. Wenn ich wirklich nicht weiß, was ich reden soll, dann lese ich auch irgendeinen Zeitungsartikel vor,

(Heiterkeit bei der CDU)

weil das natürlich eine höchst unangenehme Diskussion ist. Ich führe diese Diskussion nicht so, dass es für Sie unangenehm ist.

(Glocke des Präsidenten)

Ich habe in meiner Mappe auch alle Widersprüche zwischen Bauckhage, Brüderle, Creutzmann und vielen anderen, die sozialdemokratische Politik in Rheinland-Pfalz und in Berlin kommentieren. Ich habe sie alle dabei, aber ich nenne sie gar nicht. Aber wir müssen uns politisch endlich einmal entscheiden, welchen Weg wir gehen. Wir können nicht immer nur im Zickzack laufen wie ein Slalomläufer, sondern müssen uns einmal grundlegend entscheiden, ob wir den Weg der staatlich mitfinanzierten Kombimodelle unterstützen oder ob wir endlich eine Steuer- und Mittelstandspolitik betreiben, die den Mittelstand in die Lage versetzt, wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist doch die Entscheidung, über die wir reden müssen, Herr Kollege Creutzmann.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Franz Schwarz.

(Böhr, CDU: Oje! –
Kramer, CDU: Es bleibt uns
nichts erspart!)

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn auf diese am Thema vorbei gehende Diskussion hinweisen, die den Jugendlichen, die dort oben sitzen, und den Jugendlichen in unseren Regionen überhaupt nicht weiterhilft.

(Heiterkeit bei der CDU –
Lelle, CDU: So blöd sind die nicht! –
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Herr Weiner, Sie haben darauf hingewiesen, in welcher schwierigen Situation – Sie haben sie nicht als schwierig, sondern als schlecht bezeichnet – sich dieses Land befindet. Ich habe eine Broschüre Ihres Parteifreundes Matteis. Ich zitiere nur zwei Punkte daraus:

„Die Wirtschaftskraft der Unternehmen hat sich seit 1999 deutlich erhöht.“

„Die Arbeitslosenquote ist von 15 % im März 1997 auf 10,4 % im März 2002 gesunken.“

(Zurufe der Abg. Böhr, Jullien
und Dr. Weiland, CDU:
Wo? Wo denn?)

So schlecht kann die Mittelstandspolitik im Land Rheinland-Pfalz und damit für Ihre Region Pirmasens doch nicht gewesen sein, wenn sie diese Erfolge vorweisen kann.

(Beifall bei der SPD -
Zurufe von der CDU: Wo? Wo denn? –
Hartloff, SPD: Hören Sie doch zu! –
Dr. Weiland, CDU: Wo ist sie
denn gesunken?)

– Sie können es im Protokoll nachlesen, dann wissen Sie es!

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir diese Diskussion so führen, dass wir immer nur die Bilanz im Ganzen schildern, aber uns niemals – das haben weder Herr Weiner noch Herr Böhr getan – darüber klar werden, dass wir in den Regionen Lösungen brauchen, die wir seit vielen Jahren diskutieren, – – –

(Zurufe der Abg. Kramer und Dr. Weiland:
Macht es doch! Macht es doch!)

– Herr Kramer, ich nehme für mich in Anspruch, dass ich seit 1995 im Kreis Altenkirchen einen runden Tisch mit allen Beteiligten führe.

(Dr. Weiland, CDU: Ach, einen runden Tisch! –
Dr. Altherr, CDU: Und was kommt dabei herum?)

Dort sind die Schulen, die Betriebe und auch die Kommunalpolitik vertreten. Wir haben ein sehr erfolgreiches Programm aufgelegt, mit dem es uns gelungen ist, mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen.

(Böhr, CDU: Mit ruhiger Hand!)

Es sind nämlich mitunter nicht die großen Hemmnisse. Es sind mitunter ganz kleine Schritte, die einen Handwerksmeister, der im Vorjahr schon einen Mitarbeiter eingestellt hat und denkt, dass dies ausreicht – das ist beispielsweise das Problem der Tischler –, dazu bringen, dass er trotzdem noch bereit ist, einen Jugendlichen einzustellen, wenn man ihm hilft. Diese Hilfen bestehen beispielsweise darin, dass dort, wo theoretisches Wissen fehlt, ein Angebot unterbreitet wird, damit der Handwerksmeister oder der kleine Betrieb sich nicht darum kümmern müssen. Diese großen Reden, die wir halten

(Kramer, CDU: Ja!)

und die sich auf alles Mögliche beziehen, aber niemals auf eine konkrete Lösung, die wir vor Ort angehen müssen, werden uns scheitern lassen.

(Beifall der SPD)

Meine Erfahrung und meine Betroffenheit aus diesen sechs Jahren sagen mir, es mag sein, dass vieles, was ich zum Thema Ausbildung gesagt habe, für Herrn Böhr abgeschmackt ist. Herr Böhr, aber was Sie gesagt haben, zeigt ganz einfach, dass Sie keine Ahnung haben.

(Beifall der SPD –
Heiterkeit bei der CDU –
Lelle, CDU: Die Augen zumachen,
und es ist alles wunderbar!)

Ich mache nun seit über 20 Jahren Politik innerhalb der IHK im Zusammenhang mit Ausbildung. Ich kenne also all diese kleinen und großen Problemchen. Ich kann auch verstehen, dass sich der Ministerpräsident darüber ärgert – wir ärgern uns auch darüber –, dass man in einen Betrieb kommt und einer, dem es gerade gefällt oder der gerade den politischen Gegner vor der Brust hat, sagt einem: Junge, ich mache zunächst einmal gar nichts. Ich warte erst einmal ab, was nach dem 22. September passiert. – Das sind Einzelfälle, aber es gibt sie, Herr Jullien und Herr Böhr. Sie können sie nicht verschweigen.

(Zuruf des Abg. Böhr, CDU)

Solche Einzelfälle sind Herrn Ministerpräsident Beck wahrscheinlich auch vor die Brust gekommen. Das ist

zwar ein Einzelfall, ist aber ungehörig und wird dem Problem nicht gerecht.

(Jullien, CDU: Er hat aber generalisiert!
Er hat ohne Zweifel generalisiert! –
Dr. Weiland, CDU: Er ist ein Problemerkennner, aber kein Problemlöser!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben derzeit in manchen Regionen sehr große Schwierigkeiten damit, dass junge Leute zwar einen qualifizierten Ausbildungsberuf in der Region erlernen können, aber danach unter den Druck geraten, über weite Entfernungen eine berufsbildende Schule aufsuchen zu müssen. Wir müssten einmal versuchen, dagegen gemeinsam etwas zu tun.

(Dr. Weiland, CDU: Er ist ein Problemerkennner, aber kein Problemlöser!)

– Doch, wir lösen das Problem, Herr Dr. Weiland.

(Zurufe von der CDU: Wo?
Wo lösen Sie es?)

– An diesem runden Tisch.

(Glocke des Präsidenten –
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir lösen es im Kleinen, und es lässt sich auch nur im Kleinen lösen.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist doch lächerlich!)

Ich gehe einmal davon aus, Sie sind doch genau wie wir alle unterwegs und versuchen, junge Menschen, die man Ihnen zeigt, in Ausbildung zu bringen. Das ist Hilfe!

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Großes Geschwätz, aber nichts dahinter!

(Beifall der SPD und der FDP –
Dr. Weiland, CDU: Ja, bei Ihnen!)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße weitere Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 der Realschule Kusel sowie Mitglieder des Kreisverbandes der Jungen Union Rhein-Lahn. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Böhr, Sie wollten heute über das Thema „Ausbildungsplätze“ sprechen und nicht über die allgemein-

politische Lage vor der Bundestagswahl und wer wen wählen soll.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Weiland, Böhr, Licht und Jullien, CDU)

Wenn man eine inhaltliche Diskussion führen will, muss man auch Fakten nennen und sich auf das Thema beziehen. Das haben Sie heute nicht getan.

Herr Schwarz hat Vorschläge angesprochen, wie man helfen kann. Wir sind der Meinung, man muss diese Dinge natürlich auch politisch umsetzen. Herr Böhr, Sie kennen die Probleme vor Ort bezüglich der Ausbildung genau. Von den Betrieben wird oft die schlechte schulische Vorbereitung beklagt. Wenn wir so etwas hören und über Ganztagschulen diskutieren oder darüber, wie wir die Schule verbessern können, hören wir doch von der CDU keine guten oder keine besseren Konzepte, sondern wir hören immer nur, damit sind wir nicht einverstanden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Schwarz, SPD: So ist es!)

Wenn ich sehe, wie schwach die CDU gestern eine allgemeinpolitische Diskussion über die Wirtschaft geführt hat, wäre ich an Ihrer Stelle heute morgen lieber ruhig gewesen, anstatt einen Generalangriff zu führen; denn Fakten haben Sie keine genannt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Bessere Ideen – darum geht es schließlich in der Politik im Ideenwettbewerb – haben Sie auch nicht vorgelegt.

(Zurufe von der CDU: Oh, doch!)

Das ist momentan das Problem.

(Jullien, CDU: Wo sind denn Ihre Ideen?)

Wir wissen, dass sich im Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren eine Änderung vollzogen hat. In Rheinland-Pfalz bildet die Industrie nicht mehr so aus wie früher. Herr Creutzmann, Sie können nachher die Zahlen für die BASF noch einmal bestätigen. Es sind weit über 1.000 Ausbildungsplätze weggefallen. Nun wird über Dritte versucht, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Um der Ausbildungsplatzabgabe zu entkommen, über die wir einmal ernsthaft diskutiert haben, hat die BASF freiwillige Maßnahmen ergriffen und freiwillige Zahlungen geleistet. Dadurch wurden auch einige Ausbildungsplätze geschaffen.

Aber über 1.000 Ausbildungsplätze, die weggefallen sind, wurden eben nicht mehr neu geschaffen. Sie können auch nicht einfach so neu geschaffen werden.

Sie sagen zu Recht, das Handwerk ist die tragende Säule in der Schaffung von Ausbildungsplätzen. Aber dann muss auch die CDU anerkennen, dass gerade die

rotgrüne Bundesregierung das Handwerk in den letzten Jahren in einem bedeutenden Umfang steuerlich entlastet hat. Das haben Sie früher nicht geschafft.

(Staatsminister Mittler: Ja, sicher! – Zurufe von der CDU – Jullien, CDU: Wo leben Sie denn? – Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU – Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie es früher nicht geschafft haben und auch jetzt keine Konzepte haben, wie Ausbildungsplätze zu schaffen sind, wäre es doch ehrlich, darüber zu diskutieren, wie wir den regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarkt neu beleben können.

Herr Weiner, eine Region wie beispielsweise Pirmasens ist absolut wichtig. Wir wollen nicht nur in großstädtischen Zentren ausbilden, sondern wir wollen die Leute da abholen, wo sie sind. Wir brauchen für die Jugendlichen gerade in den Regionen im ländlichen Raum auch Ausbildungsplätze. Das wollen wir. Dies wollen wir zum Beispiel auch in der Enquete-Kommission „Arbeit“ besprechen, die in nächster Zeit tagen soll. Wir müssen grundlegend fachlich und politisch neu besprechen, wie wir Arbeitsplätze in die Region bringen können.

(Jullien, CDU: Herr Dr. Braun, über 4 Millionen Arbeitslose! Das sagt mehr als genug!)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Ihre Fraktion muss sich erst einmal darüber klar werden, wen sie in die Enquete-Kommission schicken will, damit wir endlich mit der Arbeit beginnen können. Sie sind im Moment zu einer sachlichen Diskussion nicht bereit.

(Jullien, CDU: Sehen Sie sich doch einmal die Statistik der Arbeitslosen an!)

– Herr Jullien und Herr Böhr, ich will hoffen, dass wir nach der Bundestagswahl, wenn Sie die Schaulveranstaltungen aufgeben, ernsthaft über den regionalen Arbeitsmarkt und darüber reden können, wie die Ausbildungsplätze geschaffen und Berufsschulen in den Regionen gestärkt werden können.

(Anheuser, CDU: Lassen Sie Taten folgen!)

Es muss auch darüber geredet werden, wie ein zweiter Ausbildungsmarkt gestärkt werden kann. Diesen muss es geben. Sie sagen immer, man soll zweite Märkte aufgeben, aber wir brauchen den zweiten Ausbildungsmarkt. Wir müssen überlegen, wie wir ihn so stärken können, dass die Leute für den ersten Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Das ist unsere Aufgabe für die Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Böhr sitzt draußen. Ich wollte ihn auf seinen Redebeitrag ansprechen. Herr Dr. Böhr, man muss fairerweise sagen, dass leider die in den letzten Jahren erfolgten Konkurse, die es auch gibt, Ausbildungsplatzangebote reduziert haben. Es ist in der Tat so, dass sich jedes Unternehmen bei den Kosten, die pro Ausbildungsplatz entstehen, in wirtschaftlich schwierigen Situationen überlegt, ob es ausbildet oder nicht.

Herr Dr. Braun, Ausbildung ist auch eine Frage der Zukunft. Gerade den jungen Menschen, die uns heute zuhören, muss man sagen, das wird sich in zwei oder drei Jahren dramatisch drehen. Wir haben jetzt noch eine Art Engpasssituation, dass wir fast so viele Nachfragen nach Ausbildungsplätzen wie Angebote haben. Meine Damen und Herren, in Zukunft wird es die Perspektive für die jungen Menschen, die uns heute zuhören, sein, dass sie wieder mehr Chancen haben werden, da sich die demographische Entwicklung anders darstellen wird.

(Dr. Gölter, CDU: Das geht doch nicht!)

– Haben Sie ein Problem, Herr Dr. Gölter?

(Dr. Gölter, CDU: Kein Problem, aber Entschuldigung, es wird sehr schwierig, wenn wir je nach Gegenstand des Antrags einen Dialog mit den anwesenden Zuschauern führen! Aber das ist Sache des Präsidenten, darauf hinzuweisen!)

– Ich darf doch in meinem Redebeitrag darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Dr. Gölter, dass wir in ein oder zwei Jahren eine dramatische Veränderung der demographischen Entwicklung haben werden, ob Ihnen das passt oder nicht. Wir werden mehr Angebote als Nachfragen im Ausbildungsbereich haben. Deswegen mein Hinweis, dass auszubildende Betriebe oder Betriebe generell klug beraten sind, heute schon an morgen zu denken. Die Arbeitskräfte, die wir brauchen, werden die Zukunftsressource des Landes sein.

Wir wissen natürlich, dass Unternehmen leider immer nur sehr kurzfristig in ihren Planungen denken. Wir halten das für einen strategischen Fehler. Es wäre richtiger zu sagen, wir bilden heute aus, weil dies die Arbeitskräfte der Zukunft sind. Diese werden wir dringend brauchen, wenn wir weiter am Markt bestehen wollen.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir ein sehr unterschiedliches strukturelles Gefälle bei den Ausbildungsplatzangeboten haben. Wir haben Regionen in diesem Land, in denen Ausbildungsbetriebe händeringend nach Auszubildenden suchen. Wir haben strukturschwache Regionen, in denen das nicht der Fall ist.

Herr Weiner, es wurde vorhin gesagt, gerade im Pirmasenser Raum haben wir trotz der strukturellen Defizite hohe Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt. Dies hat sich natürlich sicherlich auch auf dem Ausbildungsmarkt niedergeschlagen.

Ich will hier einmal besonders betonen, wir haben auch Berufsgruppen, bei denen wir händeringend Auszubildende suchen. Das ist auch ein strukturelles Defizit. Bei den Bäckern haben wir für 200 Ausbildungsstellen 60 Bewerberinnen und Bewerber, bei den Fleischerinnen und Fleischern 131 Ausbildungsstellen und nur 26 Bewerberinnen und Bewerber. Bei den Köchen und Köchinnen sind es 283 Ausbildungsstellen und nur 116 Bewerberinnen und Bewerber. Bei den Fachverkäufern haben wir 296 Ausbildungsstellen und nur 112 Bewerberinnen und Bewerber. Bei den Hotelfachleuten haben wir 202 Ausbildungsstellen und nur 75 Bewerberinnen und Bewerber. Wenn ich dies addiere, komme ich bei 1.112 Angeboten an Lehrstellen nur auf 389 Bewerberinnen und Bewerber. Das muss man in diesem Hause auch einmal sagen. Das ist auch unser Problem, wenn wir seriös über die Ausbildungsplatzsituation diskutieren.

Herr Kollege Wiechmann, Sie können kein Unternehmen zwingen auszubilden. Sie können es moralisch am Portepée fassen und sagen: Ihr müsst für junge Menschen etwas tun. – Das haben die öffentlichen Verwaltungen gemacht, indem sie über den Bedarf hinaus ausgebildet haben. Das hat auch die Industrie gemacht.

Herr Kollege Dr. Braun, man sollte das Modell der Ausbildungsplatzinitiative Pfalz GmbH, das Sie angesprochen haben, nicht so kleinreden. Dort wurde nur ein Zuschuss von 10.000 DM gegeben, wenn über dem Durchschnitt der letzten drei Jahre ausgebildet wurde. Dadurch entstanden mehr als 300 zusätzliche Ausbildungsplätze pro Jahr.

Die Ausbildungsplatzinitiative Pfalz GmbH hat auch etwas für die schwächeren jungen Menschen getan, indem sie mit der CJM in Maxau und mit dem Ministerium in Rheinland-Pfalz weitere Ausbildungsplätze angeboten hat. Das heißt, ich gehe davon aus und bin sehr zuversichtlich, dass die Wirtschaft etwas machen wird. Herr Dr. Böhr, vorhin habe ich in meinem Beitrag auch zum Ausdruck bringen wollen, deswegen habe ich die Zeitung der Handwerkskammer zitiert, die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist nach wie vor bereit, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Ausbildungsplätze bereitzustellen.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage noch einmal, ohne Frage ist es auch ein konjunkturelles Problem. Man muss nicht auseinander liegen, um das hier zu sagen.

Ich bin aber nur an das Rednerpult gekommen, um auf eines aufmerksam zu machen: In der Zeit von 1994 bis 2001 verzeichnen wir in Rheinland-Pfalz ein Plus an Ausbildungsstellen von 17,1 %, während der Bundesdurchschnitt bei 8 % liegt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Man sieht, wir liegen mehr als das Doppelte über den Zahlen des Bundes. Das hat unterschiedliche Ursachen. Es hat auch die Ursache, dass unser Bundesland sehr stark mittelständisch strukturiert ist. Der Mittelstand stellt das Gros der Ausbildungsplätze zur Verfügung. Er ist auch in der Wirtschaft robuster, weil er nicht die Möglichkeit hat, von jetzt auf gleich den Standort Deutschland zu verlassen.

Deshalb möchte ich mich noch einmal herzlich bei denen bedanken, die dies machen. Die Wirtschaft hat eine ganze Zeit lang über den Bedarf hinaus auch für den Staat ausgebildet.

(Böhr, CDU: So ist es!)

Das muss man auch einmal sagen dürfen. Die Wirtschaft kommt im Großen und Ganzen ihrer Verantwortung nach. Es gibt immer Ausreißer, das ist keine Frage; das ist wie im richtigen Leben. Man muss aber diesen Punkt auch einmal erwähnen, deswegen bin ich so züversichtlich, dass wir am Ende ein einigermaßen günstiges Ergebnis bekommen, einmal abgesehen von den unterschiedlichen strukturellen und regionalen Entwicklungen. Bedingt durch die Akteure, die dort mitmachen, werden wir ein gutes Ergebnis erzielen. Ich meine alle diejenigen, die sich bemühen, dass wir ein Ausbildungsplatzverhältnis hinbekommen, das sich sehen lassen kann.

Meine Damen und Herren, ich betone noch einmal, das Wichtigste, was wir dort tun müssen, ist, dass wir dafür sorgen, dass wir innerhalb des Rahmens, der sicherlich auch anders sein kann, etwas machen. Es hat keinen Sinn, dass wir große Reden halten. Über den Rahmen wird übrigens nicht in diesem Landtag entschieden. Das müssen wir auch einmal konstatieren. Wir müssen versuchen, eine Situation hinzubekommen, in der wir die jungen Menschen nicht aus der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weiner das Wort.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schwarz und Herr Creutzmann haben die Entwicklung in Pirmasens angesprochen, wobei wir heute nicht über einzelne Regionen diskutieren, sondern über die Gesamtsituation des Lehrstellenmarkts im Land.

(Hartloff, SPD: So drückt man sich vor seiner Verantwortung!)

– Nein, nein.

Ich mache dennoch einige Bemerkungen vorweg zur Lage in Pirmasens. Sie haben dankenswerterweise die Zahlen dazu gesagt. Wir haben in Pirmasens immer noch zweistellige Arbeitslosenzahlen, auch wenn eine gewisse positive Entwicklung zu erkennen ist.

(Schwarz, SPD: Sie erinnern sich noch an die Vergangenheit!)

Auch wenn wir der Landesregierung dankbar sind, dass sie die Region Pirmasens in der letzten Zeit bei Konversionsbemühungen sehr unterstützt – das will ich gern sagen; Herr Minister, dafür meinen herzlichen Dank aus der Region –,

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

finden aber jedes Jahr im Arbeitsamt Pirmasens Krisensitzungen statt, bei denen es darum geht, dass die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze pro 100 Lehrstellensuchender immer unter 100 liegt. Das heißt, wir haben weniger Ausbildungsplätze als Lehrstellenbewerber. Man muss sagen, da ist ein großer Nachholbedarf. Es gibt Regionen des Landes, in denen es positiver läuft. Das ist im Norden. Es gibt aber weite Teile des Landes, in denen es nach wie vor sehr schwach läuft.

Ich sage jetzt noch ein paar Sätze dazu. Das Thema geht mir persönlich sehr nahe. Das muss ich zugeben. Vielleicht war ich bei meinem ersten Redebeitrag vorhin etwas erregt. Das gebe ich gern zu. Ich bin seit mehr als 15 Jahren selbst IHK-geprüfter Ausbilder und habe eine kleine Firma mit vier Beschäftigten. Es waren schon mehr Beschäftigte. Herr Creutzmann, jedes Jahr, wenn die Entscheidung getroffen werden muss, ob wir einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen können, macht man es sich nicht leicht. Ich sage ganz offen, wenn man in dieser Situation ist und in einem guten Jahr einen oder sogar zwei Ausbildungsplätze anbieten kann, dann geht es der Firma gut, und man fühlt sich wesentlich besser, als wenn man in einem schlechten Jahr der Kammer bzw. dem Arbeitsamt gegenüber sagen muss, wir können nicht ausbilden. Das ist eine sehr schwierige Entscheidung, die sich jeder Ausbilder, jede Firma jedes Jahr stellen muss.

Wenn ein Ausbildungsverhältnis auf drei Jahre geschlossen wird, dann übernimmt eine Firma, ein mittelständischer oder kleiner Betrieb Verantwortung für die eingestellten Jugendlichen auf zwei bzw. drei Jahre. Ich will auch nicht verhehlen, dass ein Auszubildender im dritten Lehrjahr eine echte Hilfe für die Firma ist, wenn er

in einer Firma angelernt und ausgebildet worden ist. Es gibt manchen, der gut zupacken kann und gut mitarbeitet. Aber gerade im ersten Lehrjahr kostet ein Auszubildender nicht nur Geld, sondern auch viel Zeit.

Wenn ein Unternehmen in einem schwierigen Markt steckt und eine schwierige Wettbewerbssituation hat, die Aufträge wegbrechen, wie das die Umsatzzahlen im Einzelhandel belegen, dann ist heute eine schwierige Situation. Das erklärt auch, weshalb viele Firmen, denen jetzt die Aufträge wegbrechen, auf der Kostenseite bei den Ausbildungsverträgen vorsichtiger sind. Ich will das nicht schönreden. Im Gegenteil, es ist eine schlimme Situation in der sich vielen Firmen befinden. Ich habe es gerade dargelegt. Es tut den Firmen selbst weh, wenn sie keine Stellen anbieten können.

Herr Kollege Creutzmann kommt gerade nicht aus den 98 % der mittelständischen Betriebe. Er kommt aus den 2 % der Großindustrie. Dort ist die Lage ein bisschen anders. Die Großindustrie bildet leider viel zu wenig aus. Die Stütze der Ausbildung ist nach wie vor der Mittelstand.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen kommt es darauf an, die steuerlichen Rahmenbedingungen und Arbeitsmarktbedingungen für den Mittelstand zu verbessern. Bei der Steuerreform haben wir eine Schiefelage. In der ersten Stufe hatten wir eine Entlastung der Großfirmen und noch keine Entlastung der mittleren und kleinen Firmen. Es ist ein völlig falsches Signal, dass jetzt die Entlastung für die Mittleren und Kleinen verschoben werden soll.

(Staatsminister Mittler: Das ist alles falsch!)

Das sind völlig falsche Signale für die Wirtschaft, die jetzt in einer sensiblen Zeit, in der es um Ausbildungsplätze geht, gegeben werden.

(Glocke des Präsidenten –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Deswegen kann man das nicht verschweigen. Es hat leider negative Auswirkungen auf die Lehrstellensituation in Rheinland-Pfalz, was in Berlin beschlossen wird.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Schwarz.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Weiner, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren letzten Beitrag, der noch einmal deutlich gemacht hat, dass die Problemlage, über die wir diskutieren, eine

ganz andere ist, als Sie es zu Beginn Ihrer Rede bei der Eröffnung der Aktuellen Stunde vorgetragen haben.

(Dr. Gölter, CDU: Das sind doch zwei Seiten einer Medaille!)

– Verehrter Herr Dr. Gölter, nein das sind nicht zwei Seiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Wir stehen in einer massiven Verantwortung. Da gehört es sich nicht – – –

(Dr. Gölter, CDU: Das entscheidet immer ihr!)

– Nein, das entscheiden wir nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

– Herr Dr. Gölter, wir zwei kennen uns so lange, dass Sie wissen, dass es bei dem Thema darum geht, seine Betroffenheit einzubringen und nicht schaumschlägerisch obendrüber zu gehen. Herr Weiner hat bewiesen, dass er seine Betroffenheit einbringen kann. Er hat deutlich gemacht, wie betroffen er mit dieser Ausbildung ist.

(Dr. Gölter, CDU: Zwei Seiten einer Medaille!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden fast jedes Jahr in diesem Haus über die Ausbildungssituation. Wir reden immer darüber, in welchen Schwierigkeiten die mittelständischen Betriebe und das Handwerk immer sind. Wir machen auch Vorschläge. Unser Problem ist nur, dass wir nicht bereit sind anzuerkennen, dass Ausbildung Geld kostet. Wir erinnern uns noch an die Diskussion über den Vorschlag der Gewerkschaften, durch eine Ausbildungsplatzabgabe am Ausbildungsmarkt Möglichkeiten zu schaffen. Die Mehrheit in diesem Hause war damals der Meinung, wenn das duale System funktionieren soll, wird es auch beweisen, dass es aus eigener Kraft seinen eigenen Nachwuchs für die Zukunft ausbilden kann. Ich bin Gewerkschafter. Wir waren nicht der Meinung, dass das ein Weg wäre, der uns helfen würde.

Aber die jetzige Diskussion, wenn man sagt, das kostet zu viel, es bricht alles weg, bringt selbst in Handwerksbetrieben plötzlich die Diskussion wieder auf: Wenn ich schon ausbilde, dann will ich dafür Geld haben. – Warten Sie nächstes Jahr ab. Sie werden es erleben, die Diskussion um die Sicherung des dualen Systems – Herr Minister Bauckhage hat darauf hingewiesen – wird erneut losbrechen.

Ich bitte darum, an der Stelle Hilfestellung zu gewähren, an der es möglich ist. Das Land gewährt alle Hilfestellungen. Es hilft nicht, darauf zu verweisen, dass die Steuerreform vorgezogen wird. Es hilft nichts, dass der Mittelstand belastet ist. Man muss sagen: Wenn du Probleme bei der Ausbildung hast, dann geben wir, das Land, dir jede Möglichkeit der Unterstützung, sowohl

finanziell als auch ideell. – Warum sagen Sie das nicht den Leuten, wenn Sie mit Ihnen konfrontiert werden und sie Probleme haben? Nein, Sie reden von der großen Welt und nicht davon, dass das Land eine Menge begleitende Programme hat, die durchaus so weit helfen, dass ausgebildet werden kann.

(Beifall der SPD)

Herr Weiner, Sie haben von Krisensitzungen bei den Arbeitsverwaltungen gesprochen. Nach 1998 kennen Sie die Aktion „Runder Tisch“. Sie kennen auch „Jump“. Das ist angesprochen worden. „Jump“ beinhaltet nämlich genau das, dass die Arbeitsverwaltungen im Frühjahr und im Herbst eine Ausbildungskonferenz machen, bei der alle an den Tisch kommen sollen, um darüber zu reden, was an Möglichkeiten noch geschaffen werden muss, damit Ausbildungsplätze und auch schulische Plätze entsprechend bereitgestellt werden können. Das sind keine Krisensitzungen, sondern das sind Sitzungen, die eine Region nutzen sollte. Sie sollte hingehen und sagen: Wir wollen mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben, dies machen.

Ich möchte die Zahlen von 1998 bis 2001 nicht wiederholen. Herr Weiner, wenn Sie sich die angesehen haben, werden Sie feststellen, dass das Land Rheinland-Pfalz eine ganz massive Steigerung im Bereich der Ausbildungsplätze vollbracht hat.

In Rheinland-Pfalz ist noch ganz wichtig, dass es vier neue technologische Berufe gibt. Wir in Rheinland-Pfalz waren die Ersten. Von den Kammern muss man die IHK in Koblenz natürlich ganz besonders loben, die offensiv in dieses Geschäft mit den Betrieben hineingegangen ist, mit den Betrieben Rahmenbedingungen geschaffen hat, damit diese neuen Berufe ausgebildet werden können.

Natürlich müssen wir allen, die jetzt einen Ausbildungsplatz bereit gestellt haben, sehr herzlich danken. Es ist sicher vermessen, wenn man glaubt, denen nachzusagen, Sie würden sich verweigern. Sie verweigern sich nicht. Sie geben sich alle Mühe. Von Herrn Creutzmann ist darauf hingewiesen worden. Sie wissen, dass Ausbildung Zukunft ist.

(Jullien, CDU: Sagen Sie das dem Ministerpräsidenten!)

– Der Ministerpräsident weiß das auch. Der Ministerpräsident gibt sich sehr viel Mühe am ovalen Tisch, um das auch zu machen. Nur, wissen Sie, es mögen nur Ihre Parteifreunde sein, die so argumentieren, wenn man zu ihnen kommt, Herr Jullien. Die große Mehrheit argumentiert nicht so. Aber ich ärgere mich über solche Argumente. Das kann man vielleicht denken, aber das muss man öffentlich auch nicht begründen.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Abgeordneter Knut Wiechmann. – Nils heißt er.

(Mertes, SPD: Aber Knut würde auch zu ihm passen!)

– Das ist auch ein schöner Name.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident Grimm, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lelle, CDU: Er weiß den Namen!)

Weil sich die Diskussion schon so entwickelt, dass wir in der letzten Runde jetzt auch verschiedene Argumente und verschiedene Möglichkeiten ausgetauscht haben, finde ich das gut und würde gern auch noch einmal auf einiges, was wir schon im Haushalt vorgeschlagen haben, gleich eingehen.

Meine Damen und Herren, im März dieses Jahres haben wir in Auswertung der Antwort des Wirtschaftsministers auf meine Anfrage feststellen müssen, dass erstmals seit 1993 die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wieder gesunken ist.

Meine Damen und Herren, wenn das nicht allein schon für sich dramatisch wäre, dann ist es noch dramatischer, wenn man sich anschaut, dass dies vor dem Hintergrund der noch bis mindestens 2007 steigenden Schulabgängerzahlen geschehen ist.

Meine Damen und Herren, im Juli – also sechs Wochen vor Beginn der beruflichen Ausbildung für das Ausbildungsjahr 2002/2003 – war dann auch überdeutlich, was sich eigentlich schon seit Monaten aus den Zahlen der Geschäftsstatistik des Landesarbeitsamts Rheinland-Pfalz/Saarland vorhersehen ließ. Die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage hat sich immer stärker erhöht. Gab es im April noch 1.562 Bewerberinnen mehr als unbesetzte Ausbildungsstellen, dann sind es jetzt im August 2.447 gewesen. Das Angebot an Ausbildungsplätzen reicht also bei weitem nicht aus, um für alle Bewerberinnen und Bewerber einen Ausbildungsplatz gewährleisten zu können.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal betonen, das liegt nun wirklich nicht daran, dass die jungen Menschen zu wählerisch seien, sondern es fehlen schlicht und ergreifend so viele Ausbildungsplatzangebote in Rheinland-Pfalz wie schon seit Jahren nicht mehr.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch die wirtschaftsfördernden und betriebsunterstützenden Programme und Maßnahmen der Landesregierung haben jetzt bereits erkennbar nicht ausgereicht, um in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen.

Herr Wirtschaftsminister, bereits im vergangenen Jahr ist es so gewesen, dass die berufsbildenden Schulen mehr als 7.500 Ausbildungsplatzsuchende aufgenommen haben, die im Endeffekt, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, wieder zurück in die Schulen gegangen sind. Das heißt, nach Handel, Industrie und dem Handwerk, weit vor den öffentlichen Verwaltungen und den freien Berufen übernehmen damit das Bildungssystem und hier natürlich insbesondere auch die berufsbildenden Schulen einen immer stärker wachsenden Anteil an der beruflichen Ausbildung.

Meine Damen und Herren, unsere Haushaltsanträge zum aktuellen Doppelhaushalt gehen genau in diese Richtung. Wenn die Wirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, dann muss es eben so sein, dass die öffentliche Hand in die Bresche springt. Herr Kollege Creutzmann, ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich, über die Kostenverteilung in diesem dualen System muss dann auch wieder neu geredet werden. Aus dieser Verantwortung sollten wir die Wirtschaft auch nicht entlassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ganz kurz: Wir haben bei den Haushaltsberatungen zu Beginn dieses Jahres folgerichtig insgesamt 8 Millionen Euro für die Stärkung der berufsbildenden Schulen und insbesondere für ein Programm, das wir „Vollständige Anerkennung beruflicher Ausbildung an berufsbildenden Schulen“ genannt haben, gefordert. Damit – davon bin ich fest überzeugt – wären die berufsbildenden Schulen jetzt in der Lage, dort, wo das betriebliche Ausbildungsplatzangebot erkennbar nicht ausreicht, selbst und natürlich auch mit anderen Trägern, mit den Kammern zusammen, vollständige und anerkannte Berufsausbildungen zu organisieren und durchzuführen. Wir können die jungen Menschen, die jetzt immer noch einen Ausbildungsplatz suchen, nicht allein lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Wirtschaft ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss das Land in Zusammenarbeit mit dem Bund, mit den Arbeitsverwaltungen, mit den Kammern den jungen Menschen eine Perspektive bieten.

(Glocke des Präsidenten)

Dafür treten wir ein.

Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wiechmann, wir halten es für den

völlig falschen Weg – das kann ich Ihnen sagen –, dass Sie immer nach dem Staat rufen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ihr Weg ist auch nicht erfolgreich!)

Dann sind Sie konsequent oder drohen mit der Ausbildungsplatzabgabe den Unternehmen, die nicht genügend ausbilden. Wir halten dies für den völlig falschen Weg. Sie haben eine Frage gestellt. Warum beantworten Sie sie nicht? Sie haben nämlich die Frage gestellt: Warum sind die Ausbildungsplatzangebote gesunken? – Sie sind zwar nicht so dramatisch gesunken – das zeigt die Statistik; ich habe sie hier –, wie Sie es dargestellt haben, aber dass sie gesunken sind, bestreitet niemand, meine Damen und Herren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber die Zahl der Bewerber ist gestiegen,
Herr Creutzmann! Es sind immer zwei
Zahlen, die man gegeneinander
rechnen muss!)

– Ja, Frau Kollegin Thomas. Die Frage ist doch relativ einfach zu beantworten. In einer sich verschlechternden Wirtschaftslage überlegt natürlich jedes Unternehmen, wo es Kosten sparen kann. Dann ist natürlich der Ausbildungsbereich auch ein Faktor. Das ist doch ganz klar.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Jetzt hören Sie doch auch einmal zu, Frau Kollegin. Der Herr Minister hat vorhin gesagt, wir haben in den alten Bundesländern im Schnitt eine Ausbildungsvergütung von 582 Euro. Herr Kollege Dr. Braun hat vorhin diese Ausbildungsplatzinitiative Pfalz GmbH angesprochen. Dort haben wir mehr Nachfragen, als wir befriedigen können. Dann ist es natürlich auch interessant, wenn ich 10.000 Mark oder 3.300 Euro bekomme – man muss allerdings sagen für drei Jahre –, dann ist das ein Anreiz der Kostenentlastung. Das muss man schlicht und einfach sagen. Gerade in wirtschaftlich schlechter gehenden Betrieben und auch in Berufen, die nicht so attraktiv sind, ist dieser Zuschuss natürlich interessant.

Das Zweite, was man sehen muss, ist, – Herr Kollege Wiechmann, das können Sie nicht verleugnen; das wird immer so sein – wir haben regionale Unterschiede. Da liegt doch das Problem, was der Herr Minister vorhin in seinem Redebeitrag auch gesagt hat, dass wir von Durchschnittszahlen reden.

(Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Davon redet ja auch kein Mensch!)

Nun können Sie in diesem Fall nur zwei Dinge tun. Sie können sagen, dort in den schlechteren Regionen muss der Staat einspringen, wenn Sie das wollen.

(Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja genau!)

– Frau Kollegin Grütmacher, das ist natürlich nicht unproblematisch. Dann müssten Sie in der Tat – das ist das, was der Kollege eben gesagt hat – das ganze

System einmal überlegen. Es gehört auch ein Stück Mobilität dazu, wenn man einen Ausbildungsplatz erhalten möchte.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, nein!)

Es ist immer schön, wenn man aus dem wahren Leben reden kann. Ich habe in meiner Abteilung eine Auszubildende, die aus dem Saarland, aus Bad Homburg, kommt.

(Zuruf aus dem Hause)

– Das ist schade. Sie muss nämlich morgens früh aufstehen und hat natürlich nicht die Lebensqualität, die jemand hat, der unmittelbar mit der Straßenbahn morgens zum Ausbildungsplatz fahren kann.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Sie sehen aber, dass es offensichtlich im Saargebiet, in der Region Westpfalz, wo Herr Weiner herkommt, nicht genügend Ausbildungsplätze gibt.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– In der Region Westpfalz einschließlich des Saarlands. Herr Kollege Mertes, danke für den Hinweis. Dort gibt es auch junge Menschen, die mobil sind und sagen: Ich will einen hervorragenden Ausbildungsplatz haben. – Die junge Dame hat mir noch erklärt, sie will anschließend noch ein Studium absolvieren. Diese regionalen Ungleichgewichte wird es immer geben, und wir müssen dies bei unserer Diskussion berücksichtigen. Diese können wir auch nicht abschaffen. Aber dennoch müssen wir uns auch einmal bei denen bedanken, die ausbilden und die über Bedarf ausbilden. Das sind noch sehr viele Unternehmen. Wir hoffen und gehen auch davon aus und sind zuversichtlich, dass wir es schaffen werden, fast allen – das wird nicht bei allen der Fall sein; da gibt es auch persönliche und menschliche Probleme: keinen Berufsabschluss, keinen Hauptschulabschluss; das sind auch die Probleme, über die man reden muss – Ausbildungswilligen auch einen Ausbildungsplatz in Rheinland-Pfalz anbieten zu können.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schliesse die Aussprache.

Ich begrüße weitere Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler aus Idar-Oberstein und Linz am Rhein sowie Mitglieder des Seniorenvereins Hornbach. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

„Die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Rheinland-Pfalz im Sommer 2002“ auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 14/1353 –

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Frau Abgeordnete Huth-Haage.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor allem ein rheinland-pfälzischer Wirtschaftsbetrieb, in seiner Branche vor gar nicht allzu langer Zeit ein großer, in wirtschaftlichen Kategorien ein Mittelständler mit einem Umsatz von ca. 50 Millionen Euro im letzten Geschäftsjahr, macht derzeit bundesweit von sich reden.

Wir begrüßen es, dass dem Landesvater die Schadensbegrenzung für den FCK einen runden Tisch wert ist. Aber während die Landesregierung bei der schönsten Nebensache der Welt stets in erster Reihe präsent ist, fehlt es dort, wo es nicht um Spiele, sondern um Arbeit geht, vielfach an Engagement gleicher Intensität.

(Beifall der CDU)

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Viele Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion empfinden ebenso wie ich große Sympathie für den FCK. Wir erwarten jedoch die gleiche Aufmerksamkeit und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Kernproblemen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, und diese liegen im Mittelstand.

(Beifall bei der CDU)

Im ersten Quartal dieses Jahres erzielte gerade einmal die Hälfte der Handwerksbetriebe einen Auslastungsgrad von über 70 %. Die Auftragslage des verarbeitenden Gewerbes sinkt weiter. Die Betriebe verzeichnen 2,6 % weniger Aufträge als im Vorjahr. Die Inlandsnachfrage ging gar um 9,2 % zurück.

Meine Damen und Herren, die Zeichen stehen auf Sturm. Erstmals seit vier Jahren hat der Mittelstand in 2001 mehr Stellen gestrichen als geschaffen. Mit knapp 21 Firmengründungen je 1.000 Einwohner in 2001 belegen wir im Bundesvergleich gerade einmal den 14. Tabellenplatz. Dieses schwache Gründungsgeschehen wiegt umso schwerer, da der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz in höchstem Maß von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt wird.

Die Steuerreform, für die auch die SPD in unserem Land verantwortlich zeichnet, hat den Mittelstand gegenüber den großen Kapitalgesellschaften klar benachteiligt.

(Beifall der CDU)

Jeder Mittelständler wird Ihnen zudem bestätigen, dass Steuerprüfungen sich über viele Monate erstrecken und viele Mitarbeiter binden. Weitere bürokratische Hemm-

nisse, beispielsweise die Veränderung beim Betriebsverfassungsgesetz, das Scheinselbstständigengesetz, die Abschaffung der 630-DM-Jobs, der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, um nur einige zu nennen, haben nicht nur die bürokratischen Hemmnisse erhöht, sondern es schlägt auch alles auf der Kostenseite zu Buche.

Damit der Motor trotzdem rundläuft, braucht es ein Schmiermittel. Für die kleinen und mittleren Unternehmen ist das der Kredit. Ein Großteil des deutschen Mittelstands hat eine Eigenkapitalquote von unter 10 % der Bilanzsumme. Für Investitionen aus eigener Kraft bleibt da kein Spielraum. „Basel“ mag ein Rettungsboot für den FCK sein. Für den Mittelstand kommt der Begriff „Basel“ allein oder in Kombination mit Rating einer Hiobsbotschaft gleich.

(Beifall der CDU)

Mit „Basel II“ steigt nicht nur der bürokratische Aufwand. Das Kapital ist jetzt von den kleinen Unternehmen noch teurer zu beschaffen.

Meine Damen und Herren, ganz kritisch ist die Situation im Einzelhandel. Vielleicht haben Sie diese Woche in der „FAZ“ die Meldung gelesen, dass im Einzelhandel 30.000 Stellen gestrichen werden. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Einzelhändlern aus dem Textil- und Schuhbereich, dass es zum Teil fehlt. Die Unternehmen bekommen von ihren Banken keine 10.000 Euro. Sie sind nicht in der Lage, Herbst-/Winterkollektionen einzukaufen, geschweige denn Vororder für das nächste Frühjahr zu treffen.

Meine Damen und Herren, all das schlägt auf das verarbeitende Gewerbe zurück.

(Beifall der CDU)

Ein weiterer Punkt betrifft das Gewährleistungsrecht. Durch die Schuldrechtsreform wird die Position der Verbraucher gestärkt. Das ist positiv. Aber auch das geht vor allem zulasten des Gewinns, der wichtigsten Quelle des Eigenkapitals kleiner Unternehmen, und das benötigen diese dringend, um auch konjunkturelle Durststrecken wie momentan zu überstehen.

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt eine immer schlechtere Zahlungsmoral, nicht nur bei privaten Auftraggebern.

Bund und Land wollen den Mittelstand fördern. Das versprechen die Regierenden gern. Aber bis Bund, Länder und Gemeinden ihre Rechnungen bezahlen, vergehen oft viele Monate.

Vielen Betrieben droht zwischenzeitlich das Aus. So erleben wir derzeit auch eine unvergleichliche Insolvenzwellen. Alle 15 Minuten – so lange dauert die Pause im Fußball – geht einem Betrieb die Luft aus. Allein in Rheinland-Pfalz stieg die Zahl der Insolvenzen von 2000 auf 2001 um rund 18 %, wobei wir wohlgemerkt im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits auf einem hohen Niveau aufsitzen.

Die verheerende Situation des Mittelstands lässt sich nicht allein durch internationale Zusammenhänge erklären. Sie fußt auf einem strukturellen Reformdefizit, das diese Landesregierung mit zu verantworten hat.

(Beifall der CDU)

Wir fordern Sie daher auf, Reformen mutig anzugehen. Auch wenn einzelne Maßnahmen die Zustimmung der Wirtschaft finden, sind die Vorschläge der Hartz-Kommission insgesamt nicht weitgehend genug und viel zu bürokratisch.

Die fußballerische Wahrheit liegt nach Otto Rehalgele bekanntlich auf dem Rasen. Die Wahrheit, mit der sich Bundes- und Landesregierung in puncto Mittelstandspolitik konfrontiert sehen müssen, lautet, der Mittelstand ist derzeit von hoher Frustration und Skepsis geprägt. Die Mehrheit setzt auf einen Wechsel in der Politik.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Frank Puchtler.

Abg. Puchtler, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es war nicht nur eine Fußballaufgabe, die Kurt Beck im Hinblick auf den FCK geleistet hat, wenn man daran denkt, was an dem FCK hängt: eine ganze Region, das Thema regionale Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Von daher empfinde ich es als eine großartige Leistung, nicht nur als Sportfan, dass sich unser Ministerpräsident diesen Dingen angenommen hat.

Ich möchte es auch noch um eines ergänzen: Er ist nicht nur da, wenn es um die Dinge beim FCK geht. Ich weiß es aus eigenen Beispielen. Ich bin oft genug bei der Investitions- und Strukturbank, wenn es um Anträge auf Landesbürgschaften geht, wenn es darum geht, für kleine und mittlere Betriebe Stützungs- und Sicherungsmaßnahmen zu bekommen. Auch das ist die Wahrheit, und dies möchte ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen.

(Beifall der SPD und bei der FDP –
Jullien, CDU: Wo ist er denn jetzt? –
Zurufe aus dem Hause –
Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns schon auf den Schwerpunkt der Debatte konzentrieren. Es geht um die Situation der Wirtschaft, um Arbeitsplätze und vor allem auch um die konjunkturelle Situation.

Es wurde heute Vormittag schon viel von Signalen gesprochen. Ich möchte einmal ein paar positive Signale erwähnen, die unbestritten vorhanden sind.

Wir haben eine gewisse konjunkturelle Erholung. Wir haben eine Erhöhung der privaten Konsumausgaben im zweiten Quartal 2002. Das Verbrauchervertrauen stabilisiert sich, und – das ist entscheidend – wir haben eine Belebung des privaten Konsums; denn da kommt die Grundlage für Nachfrage und Kaufkraft her.

Das ist die Situation, wie sie sich heute darstellt. Wir sind auf einem Weg der Besserung.

Das Ganze möchte ich noch belegen mit einer Stärke, die sich für unser Land ausdrückt, wenn wir es bundesweit betrachten: Der Überschuss in der Leistungsbilanz betrug im ersten Halbjahr 2002 22,1 Milliarden Euro. Das ist sicher ein Ausdruck der Stärke der Wirtschaft in unserer Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben schon viel über das Thema der Arbeitslosenzahl gesprochen. Es wird immer gesagt, die Arbeitslosenzahl liegt bei 4 Millionen. Das stimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber wo kommen wir her. Wenn wir schon an die Verantwortung herangehen, wo waren wir 1998? Ich möchte die Zahl nicht wiederholen.

(Jullien, CDU: Wenn es uns nicht gelingt, unter 3,5 Millionen – – –)

– In der Spitze bei 4,8 Millionen. Das wissen Sie genau so gut wie ich.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Dann schauen wir uns die Entwicklung der Zahlen im Land an: 1998 8,5 %, 2002 7,1 %.

(Unruhe im Hause)

Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich.

(Beifall der SPD und bei der FDP – Dr. Weiland, CDU: Ja, genau!)

Man sollte dem eine zweite Zahl gegenüberstellen. Wir haben seit 1998 einen Anstieg der Erwerbstätigenzahl von über 1 Million. Das sind entscheidende Fakten. Das wird immer unterschlagen.

Wenn wir an die Ursachen herangehen, möchte ich auch noch einmal zwei Zahlen nennen – es wurde viel über Mittelstand, Arbeitskosten usw. gesprochen –, und zwar die Entwicklung der Sozialversicherungsquote.

(Dr. Weiland, CDU: 250.000 mehr als im Vorjahr!)

Im Jahr 1982 lag die Sozialversicherungsquote, also die Belastung der Arbeitnehmer durch Abzüge, bei 34 %. Im Jahr 1998 lag sie bei 42 %. Darin liegt der Grund der

Wahrheit für die Situation am Arbeitsmarkt. Wir haben die Quote bis zum Jahr 2001 auf 41 % reduziert.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der CDU: Wahlkampf!)

Meine Damen und Herren, wichtig ist die Situationsanalyse. Genauso wichtig ist aber auch der Blick nach vorn. Deshalb ist es wichtig, dass wir neue Wege gehen.

(Vizepräsident Dr. Schmidt übernimmt den Vorsitz)

So sind zum Beispiel die Vorschläge der Hartz-Kommission neue Wege und neue Ideen, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Nehmen wir einmal das Beispiel des Mittelstands. Ich war vor kurzem bei einem mittelständischen Betrieb. Dort wurde ich auf die Situation angesprochen. Wenn ein Mittelständler, beispielsweise ein Fensterbauer, einen großen Auftrag übernimmt, dann kann er nicht Leute langfristig einstellen, aber er kann Leute auf Zeit einstellen. Deshalb ist das Beispiel der Personalserviceagenturen ein guter und wichtiger Ansatz. Das sind Dinge, die in Rheinland-Pfalz bereits hervorragend laufen, die die Hartz-Kommission – ich nenne nur die Jobcenter – übernommen hat.

Entscheidend ist – das wird vor allen Dingen den Menschen gerecht –, dass wir das Problem auf dem Arbeitsmarkt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und gesamtgesellschaftliches Problem erkennen. Lösen werden wir die Thematik nur durch ein Mosaik von vielen Bausteinen und Projekten. Entscheidend ist, dass das Ganze im gesellschaftlichen Konsens aller Kräfte geschehen muss.

Ich füge hinzu: Die betriebswirtschaftliche Zahl ist wichtig. Es muss laufen, damit sich die Räder im Unternehmen drehen. Aufgabe der Politik ist es auch, die Menschen mitzunehmen und den Menschen Zukunftsperspektiven aufzubauen. Dabei ist das Land sehr erfolgreich, insbesondere mit seiner Förderpolitik.

(Glocke des Präsidenten)

Ich hatte vorhin bereits das Beispiel der Investitions- und Strukturbank erwähnt. Im Jahr 2001 wurden mit Bürgerschaftsprogrammen 5.000 Arbeitsplätze geschaffen. Ich möchte kurz einige weitere Stichworte nennen.

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Herr Puchtler, ich weise Sie darauf hin, dass Ihre Redezeit leider abgelaufen ist.

Abg. Puchtler, SPD:

Eine kurze Bemerkung noch.

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Puchtler, SPD:

Dann danke ich Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Jullien, CDU: Und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende! – Heiterkeit der CDU)

Abg. Puchtler, SPD:

– Wir haben vorhin von Ihren flapsigen Bemerkungen und anderen Dingen gesprochen. Wenn Sie schon das Thema auf die Tagesordnung setzen, dann sollten Sie es auch mit der notwendigen Ernsthaftigkeit betreiben und sehen, dass wir neue Wege gehen müssen, um mit dem Blick nach vorn aus der Problematik herauszukommen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD – Jullien, CDU: Trotzdem schönes Wochenende!)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie wollten die Lage auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft besprechen. Wenn wir zu einem Urteil kommen wollen, dann müssen wir feststellen, dass die Lage der deutschen Wirtschaft garantiert nicht befriedigend ist. Daran gibt es nichts zu deuteln. Natürlich ist der Arbeitsmarkt nicht so, dass wir sagen könnten – ich meine, das kann weder eine Partei im Landtag noch im Bundestag sagen –, dass man damit zufrieden sein kann, wenn es 4 Millionen Arbeitslose in Deutschland gibt.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich dachte, dass Sie die Aktuelle Stunde beantragt haben, um Vorschläge zu machen, über die man reden könnte, um die Situation zu verbessern. Davon haben wir leider aber nichts gehört. Deshalb ist es schwierig, darüber zu diskutieren. Es ist schwierig, mit Ihnen darüber zu diskutieren, wenn Sie keine Vorschläge machen. Deswegen will ich mich auf die Vorschläge beziehen, die Sie gestern gebracht haben.

(Schwarz, SPD: Nein!)

Die Vorschläge, die Sie gestern gebracht haben, die angeblich in die Zukunft weisen sollen, sind untauglich. Deswegen müssen wir jetzt darüber reden, welche Vorschläge wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Deutschland unterbreiten können. Eines ist klar: Die Exportwirtschaft in Deutschland funktioniert. Die Exporte steigen weiter. Es fehlt zum Teil an der Binnennachfrage. Gibt es aber

einen Arbeitskampf, Forderungen von Gewerkschaften, dass mehr Geld in die Lohntüten kommen soll, damit mehr Konsum stattfinden kann, dann hören wir von der CDU und den Wirtschaftsverbänden immer nur, das sei Gift für die Wirtschaft und werde nicht befürwortet. Verdienen könnten wir in der Wirtschaft durchaus auch mit Export und der Exportförderung. Wir brauchen aber eine Binnennachfrage, und dafür benötigen wir ein Ansteigen der Löhne. Das ist der erste Punkt, den Sie von vornherein immer ausschließen.

Punkt 2: Es gab Entlastungen bei der Steuer, und es sind weitere vorgesehen, die natürlich durch die Flutkatastrophe um ein Jahr verschoben worden sind. Das ist genau die Medizin, die unsere Wirtschaft, die unsere Binnennachfrage braucht. Sie braucht Entlastungen bei der Steuer. Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt, aber auch der Eingangssteuersatz. Beim Konsum geht es hauptsächlich darum, den Eingangssteuersatz weiter zu senken. Das hat diese rotgrüne Bundesregierung getan. Das ist das Rezept zur Ankurbelung der Konjunktur, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben insgesamt in der Weltwirtschaft zurzeit eine Konjunkturdelle. Wir haben in den USA kein stärkeres Wachstum als in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind leider im Moment weltweit nahezu beim Nullwachstum angelangt. Dann können wir in Deutschland in der Politik bestimmt nicht allein die Konjunktur ankurbeln. Wir brauchen Programme für den Arbeitsmarkt, die bereits vorgelegt worden sind. Darüber kann man nun diskutieren. Dann müssen Sie Stellung dazu nehmen und eventuell bessere Programme vorschlagen.

Wenn die Partei, die bisher als Spaßpartei durch die Lande gezogen ist und jetzt wieder ernsthaft diskutieren will,

(Creutzmann, FDP: Ihnen vergeht der Spaß noch!)

immer sagt, dass die Steuern runter müssten, egal welche Flutkatastrophe es gibt und in welcher Wirtschaftslage sich Deutschland befindet – das soll sich dann auch noch selbst finanzieren in der jetzigen Lage – und wenn das ihr einziger Vorschlag ist, dann ist sie weiterhin auf einem Spaßniveau. Dann kann niemand diese Diskussionsbeiträge ernst nehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Wir haben zu unseren Vorschlägen anscheinend keine ernsthaften Diskussionspartner.

In dem gestrigen CDU-Antrag wird darauf hingewiesen, dass der Anspruch auf Teilzeit, den die rotgrüne Bundesregierung eingeführt hat, wieder abgeschafft werden soll. Das würde Arbeitsplätze im Bereich von 100.000 bringen, argumentieren Sie. Ich frage mich, woher Sie diese Argumentation haben. Teilzeit bringt Arbeitsplätze, gerade wenn Partner, Ehepartner oder Lebensgemeinschaftspartner beide arbeiten wollen. Es ist doch wichtig, dass wir einen Anspruch auf Teilzeit haben.

Sie wollen den Anspruch auf Teilzeit wieder abschaffen und behaupten, dadurch könnten mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Das stimmt nicht. Das sind ideologische Vorschläge, aber keine Vorschläge, die wir in eine ernsthafte Diskussion mit einbeziehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema zur Senkung der Lohnnebenkosten und der Sozialkosten: Wir haben Vorschläge gemacht und stehen dazu als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die ökologische Steuerreform die Lohnnebenkosten senkt und den Kostenfaktor Arbeit entlastet.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist wichtig für die Zukunft. Sie machen keine Vorschläge, wie Sie die Lohnnebenkosten senken wollen. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir die besten Vorschläge gemacht haben, die wir auch weiterhin umsetzen können.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Das Wort hat Herr Kollege Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Polemik des Herrn Kollegen Braun – Herr Kollege Kuhn hat gesagt: „Bleib cool!“ – fällt es schon schwer. Ich hoffe, dass Ihnen am 22. September der Spaß durch das Votum der Wählerinnen und Wähler vergeht.

Ich will Ihnen nur ein Zitat Ihrer Polemik entgegenhalten, uns falle nichts anderes ein, als die Steuern zu senken: In Wahrheit triumphieren bei allen Reden über Solidarität mit den Flutopfern nur die ganz normalen Ressor- und Partikularinteressen. Der Metrorapid – Investitionsvolumen in Höhe von 3,2 Millionen Euro – muss rollen, mag auch Sachsen im Schlamm versinken. Der Ausbau der Autobahn von Nürnberg nach München – Gesamtkosten in den nächsten fünf Jahren in Höhe von fast 5 Milliarden Euro – muss im Eiltempo laufen, auch wenn dringend Geld für Dresden gebraucht wird.

Herr Kollege Braun, das ist die Antwort auf Ihre Polemik. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass diese enormen Aufbauleistungen auch ohne Steuererhöhungen möglich sind. Sie haben mich gereizt, und deshalb bleibe ich dabei. Daran wird sich nichts ändern; denn wir haben einen ganz klaren Kurs.

Frau Kollegin, der Vergleich mit „Basel“ war sehr schön, aber ansonsten haben Sie auch nichts Neues vorgetragen. Das haben wir bereits gestern gehört. Es handelt sich bei der CDU immer wieder um eine Wiederholung.

Wir wissen, dass sich die Arbeitslosenquote leider auch in Rheinland-Pfalz erhöht hat. Die FDP-Fraktion bedauert das. Notwendig sind jetzt Reformen auf dem Arbeitsmarkt, um auch in unserem Land neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Vorschläge der Hartz-Kommission haben deutlich gemacht, welche Reformschritte auf dem Arbeitsmarkt notwendig sind. Allerdings – das wissen alle in diesem hohen Hause – sind die Hartzvorschläge nur auf die Verküstungen in unserer Wirtschaft und Gesellschaft zurückzuführen. Sie schaffen allein noch keine neuen Arbeitsplätze. Dazu ist es dringend erforderlich, dass wieder mehr Wirtschaftswachstum in Deutschland erreicht wird.

Da der Mittelstand der Beschäftigungsmotor in unserem Land ist, müssen die Reformen dort vor allem ansetzen. In Rheinland-Pfalz sind über 80 % aller Arbeitnehmer in Unternehmen von bis zu 500 Mitarbeitern beschäftigt. Rund 43 % der gesamten deutschen Wertschöpfung und ungefähr 45 % aller Investitionen werden vom Mittelstand geleistet.

Der IHK-Präsident Heinz-Michael Schmitz von der IHK Koblenz hat vor einigen Tagen auf einer Podiumsdiskussion in Mainz auf die Benachteiligung des Mittelstands hingewiesen und die Forderung aufgestellt, dass wir in Deutschland – dies gilt natürlich auch für Rheinland-Pfalz – mehr Freiheit für den Mittelstand benötigen.

(Jullien, CDU: Ja, genau!)

– Herr Kollege, mehr Freiheit für den Mittelstand ist das Gebot der Stunde und nicht weiter eine Einengung durch Regularien und Vorschriften, wie sie die GRÜNEN hauptsächlich fordern.

Auf eine aktuelle Umfrage haben über 1000 kleine und mittlere Unternehmen geantwortet und ein eindeutiges Votum abgegeben. Sie fordern eine Reform des Arbeitsmarkts – das fordert Hartz auch –, eine Reform des Steuerrechts sowie eine Verbesserung der Bildung und Ausbildung.

Dringend notwendig sind die Wiedereinführung der 630-DM- oder jetzt 350-Euro-Jobs in der früheren Form – das ist wichtig –, die Abschaffung der Regelungen zur Scheinselbständigkeit, aber auch eine Beseitigung des überregulierten Arbeitsrechts sowie der riesigen Bürokratie.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin Thomas, was wir brauchen, ist Mut zu Reformen und eine Kraftanstrengung – das betone ich – aller politischen Parteien in diesem Land, um Strukturveränderungen zu erreichen.

Die FDP-Fraktion weiß, dass die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts in Deutschland in diesem Sommer 2002 nicht gut ist. Dabei kann aber Rheinland-Pfalz keine Insel der Glückseligen sein, obwohl wir in diesem Land unsere Hausaufgaben gemacht haben. Die dritt- oder viertniedrigste Arbeitslosenquote – das schwankt

immer –, viele Unternehmensneugründungen und die erfolgreiche Konversion vieler militärisch genutzter Gelände sind zu nennen. Denken wir nur an die Erfolgsstory des Flughafens Hahn, der fast 2.000 neue Beschäftigungsverhältnisse hat entstehen lassen und – Frau Kollegin Thomas, ich betone das immer wieder –, der gegen den erbitterten Widerstand der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im rheinland-pfälzischen Landtag durchgesetzt wurde. Sonst hätten wir jetzt 2.000 Menschen weniger in Beschäftigung.

Wie sie alle wissen, möchte die FDP-Fraktion die nächste Stufe der Steuerreform – ich habe das betont – nicht außer Kraft setzen. Viele Volkswirte befürchten, dass die Verschiebung auch nur um ein Jahr starke Auswirkungen sowohl auf den privaten Konsum – Herr Kollege Dr. Braun, da haben Sie recht, dort hätte die Absenkung des Eingangsteuersatzes sehr viel mehr getan, da stimmen wir völlig überein –

(Glocke des Präsidenten)

als auch auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen haben könnte.

Meine Damen und Herren, die Lage ist zwar nicht so gut – das räumen wir unvoreingenommen ein –, aber wir haben in Rheinland-Pfalz unsere Hausaufgaben gemacht und mehr Arbeitsplätze geschaffen, als das woanders der Fall ist.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gestern schon einmal die Situation aufgrund eines Antrags der CDU-Fraktion diskutiert. Ich will jetzt auch nicht mehr bewerten, wo der Antrag her kam. Das ist alles sehr müßig. Deshalb will ich mich auf einige Sätze beschränken, die unser Bundesland betreffen; denn es wird nicht mehr lange dauern, bis entschieden ist, welche Politik künftig in Berlin gemacht wird. Das werden wir nicht entscheiden, sondern das wird dort entschieden. Frau Kollegin Huth-Haage, deshalb muss man auch sehen, dass die Einflussmöglichkeiten eines Landesparlaments gering sind. Man muss abwarten, welcher Rahmen demnächst in Berlin gesetzt wird.

(Böhr, CDU: Aber die Steuerreform trägt doch Ihre Handschrift, Herr Minister!)

– Herr Kollege Böhr, weil Sie das so schön sagen, komme ich darauf direkt zu sprechen. Sie haben mir dazu jetzt die Vorlage gegeben. Dazu wollte ich eigent-

lich heute nichts mehr sagen, weil ich das gestern schon getan habe.

Wir haben eine gemeinsame Regierung von CDU und FDP in der Legislaturperiode von 1994 bis 1998 gebildet. Da musste Theo Waigel in der Endphase von uns getrieben werden, eine Steuerreform vorzunehmen.

(Beifall der FDP –
Jullien, CDU: Wer hat blockiert?)

– Ich bin noch nicht fertig. Sie können sich darauf verlassen, dass ich mich daran sehr gut erinnere. Er musste auf jeden Fall mehr als zum Jagen getragen werden, weil er vorher keine Steuerreform wollte. Das muss man auch sagen. Gerade in diesen Fragen muss man ehrlich und redlich sein. Man muss wissen, dass wir erreicht hatten, den Solidarzuschlag zu halbieren. Wegen einer anderen Kleinigkeit wurde er sofort wieder auf das alte Niveau gebracht. Das ist nicht durch Otto Solms, sondern eindeutig durch Theo Waigel geschehen. Die Solidarzuschlagsgeschichte muss man auch einmal erwähnen dürfen.

Dann muss man auch einmal erwähnen dürfen, dass danach die Steuerreform im Bundesrat von Oskar Lafontaine blockiert wurde. Die gleiche Blockade hatten Frau Merkel und Herr Merz bei dieser Steuerreform vor. Dann haben wir, diese Landesregierung, die mittelstandsfreundliche Komponente hineingebracht nach dem System „Politik ist die Kunst des Möglichen“. Mehr war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie haben bei dem Spiel nicht mehr mitgespielt. Sie wurden nicht gefragt. Das steht außer Frage, Frau Thomas.

Lassen Sie mich aber noch einige Sätze zu Rheinland-Pfalz sagen, weil natürlich die konjunkturelle Entwicklung eine der Voraussetzungen für eine gute Wirtschaftsentwicklung ist. Natürlich brauchen wir Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Das ist doch keine Frage. Das ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit.

(Beifall bei der FDP)

Nun etwas zu Rheinland-Pfalz: Man muss zunächst einmal sehen, dass wir beim Arbeitsmarkt – Herr Kollege Creutzmann hat das schon gesagt – an viertgünstigster Stelle aller Bundesländer liegen. Das hat übrigens auch etwas mit unserer mittelständischen Struktur zu tun.

Meine Damen und Herren, wir liegen bei der Arbeitslosigkeit um 0,8 Prozentpunkte niedriger als der Durchschnitt der gesamten alten Bundesländer. Das ist nun einmal so. Wir haben eine hohe Exportquote, und bei der Arbeitsproduktivität, das heißt, bei dem im Land erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen, liegen wir im vorderen Mittelfeld. Das muss einmal gesagt werden dürfen.

Darüber hinaus muss sich auch unser Wirtschaftswachstum nicht verstecken. So hat Rheinland-Pfalz im

Jahr 2001 einen Zuwachs von mageren 0,4 % aufzuweisen. Wir liegen damit aber gut im Bundesdurchschnitt. Wir befinden uns nicht auf einer Insel der Glückseligen und können nicht sagen, wir leben nicht in dieser Republik, wir leben nicht in diesem Europa, wir leben nicht auf dieser Welt. Herr Dr. Gölter, darüber müssen wir beide nicht diskutieren. Wir stehen also im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ gut da.

Verglichen beispielsweise mit dem im Norden angrenzenden Nachbarland Nordrhein-Westfalen ist die Wachstumsrate in Rheinland-Pfalz im Jahr 2001 exakt doppelt so hoch ausgefallen. Die weltweite Verschlechterung der konjunkturellen Lage seit Mitte des vergangenen Jahres hat etwas mit dem Konsum zu tun. Das muss man in aller Klarheit einmal sagen dürfen. Meine Damen und Herren, die Konsum- und Kaufzurückhaltung hat natürlich seine Ursache im 11. September des vergangenen Jahres. Das ist doch keine Frage. Die Menschen werden etwas vorsichtiger und gehen nicht sofort in den Konsum.

(Schreiner, CDU: Jetzt ist es der 11. September!)

– Herr Schreiner, das ist so. Es macht aber vielleicht keinen Sinn, sich mit Ihnen anzulegen. Das ist aber so. Das hat natürlich etwas damit zu tun.

Klar ist auch, dass wir bei der gesamten Tarifgestaltung – das muss man auch sagen, das betrifft jetzt nicht die Politik – auch Investitionskraft benötigen. Wir benötigen nicht nur Konsumkraft, sondern auch die Investitionskraft der Unternehmen muss gestärkt werden. Eine wichtige Voraussetzung ist also, dass sich die Eigenkapitaldecke verbessert.

Noch ein Wort zu Ihnen, Frau Huth-Haage: Das hat mich doch etwas gestört. Wir liegen bei den Neuerrichtungen und Betriebsgründungen, die die Gewerbestatistik vorgibt, im Januar bei einem Minus von 0,7 %. Das muss man einräumen. Beim Bund waren es 2,0 %. In Hessen waren es 5,8 % und im Saarland 7 %. Auch da steht Rheinland-Pfalz nicht schlecht da. Wir haben jährlich – deshalb kann ich Ihre Zahlen nicht interpretieren, die so aus der Luft gegriffen waren – immer noch Neuerrichtungen in einem Umfang von um die 30.000. Die Zahl ist etwas zurückgegangen, aber sie liegt immer noch um die 30.000.

(Jullien, CDU: Gewerbeanmeldungen!)

– Natürlich, man muss eine Statistik nehmen. Wenn man immer nur die Statistik nimmt, die einem gerade passt, hat man keine objektiven Zahlen, meine Damen und Herren. Das ist so.

(Jullien, CDU: Die Zahlen sind doch nicht aussagekräftig!)

Ich will aber noch einen Satz zur Selbstständigenquote sagen: Sie ist in Deutschland insgesamt zu gering. In Rheinland-Pfalz liegen wir aber über dem Bundesdurchschnitt. Also kann die Politik in diesem Bundesland nicht so falsch sein.

(Beifall der FDP und der SPD)

Eines will ich noch zum Abschluss sagen: Wichtig und entscheidend ist, dass wir die Marktkräfte stützen und freisetzen. Sie reden zwar ständig von Markt, aber Sie meinen keinen Markt, sondern Sie meinen einen gesteuerten Markt, wie er Ihnen passt. Das gilt für Sie für den Ausbildungsmarkt. Das gilt für Sie bei diesem Markt. Aber genau das brauchen wir nicht.

Meine Damen und Herren, im Übrigen wird – ich sage das noch einmal – am 22. September entschieden, wie die Rahmenbedingungen in Zukunft gesetzt werden.

Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Frau Staatsministerin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Gern ergänze ich die Ausführungen meines Kollegen aus Sicht der Arbeitsmarktpolitik und möchte deshalb als Erstes noch einmal konstatieren, was er schon gesagt hat. Ich denke, das ist eine wichtige Botschaft. Wir wären natürlich in Rheinland-Pfalz gern noch besser, weil jeder Arbeitslose ein Arbeitsloser zu viel ist.

Dennoch kann man durchaus sagen, dass in Rheinland-Pfalz die Lage auf dem Arbeitsmarkt stabil ist. Mit dem vierten Platz im Bundesvergleich können wir uns durchaus sehen lassen. Das heißt nicht, dass wir unsere Bemühungen und Anstrengungen nicht fortsetzen werden.

Ich komme zum zweiten Punkt. Die Arbeitslosenquote lag Ende Juli 2002 bei ca. 7,1 %. Gern möchte ich in diesem Haus auch einmal erwähnen, dass Ende Mai 2002 zugleich 0,9 % mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Das heißt, es gab einen erheblichen Zuwachs in diesem Bereich. Das ist eine positive Entwicklung, die maßgeblich im Dienstleistungssektor vorangeschritten ist. Darüber freuen wir uns. Natürlich hat das auch mit den Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz zu tun.

Als Drittes möchte ich ganz kurz auf den Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Verantwortung meines Hauses, eingehen und ein Beispiel dafür nehmen, was den Mittelstand besonders betrifft. Wir machen seit langer Zeit betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik. Das bedeutet, wir unterstützen kleine und mittlere Betriebe darin, konkrete Hilfestellungen zu geben, wenn es um betriebliche Qualifizierung, um Strukturanpassungen und Ähnliches geht. Ich nenne als Beispiel die Pfalzwerke Speyer, die TEC-TRO in Saarburg sowie viele betriebliche Qualifizierungen in insgesamt rund 70 Klein- und Mittelbetrieben im Land mit mehreren hundert Teilnehmern und Teilnehmerinnen.

Auch dieser Beitrag ist eine Unterstützung des Mittelstands. Dies zeigt eindeutig, dass die Landesregierung auf allen Ebenen den Mittelstand unterstützt, weil wir wissen, dass die meisten Arbeitsplätze in diesem Bereich entstehen und wir es deshalb als sinnvoll erachten, auf allen Ebenen unsere Politik danach auszurichten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Abschließend noch ein kleines Wort zum Thema „Hartz“. Ich möchte auf die Ausführungen der Frau Abgeordneten Huth-Haage zurückkommen, die Zeit aber keinesfalls überschreiten. Was ist das Neue an der Hartz-Kommission? Seit vielen Jahren streiten und diskutieren wir über dieselben Punkte. Die Arbeitslosigkeit hat 1998 ihren Höchststand erreicht. Wir wissen seit langem, was an Maßnahmen erforderlich ist, aber keiner hat die Kraft aufgebracht, die Interessengegensätze zu überwinden und gemeinsam an einem Ziel, nämlich dem Abbau der Arbeitslosigkeit, zu arbeiten und zu kämpfen.

Ich denke, die Hartz-Kommission hat uns das vorge-macht. Sie hat es geschafft, die Interessengegensätze zu überwinden und das gemeinsame Ziel in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist eine Perspektive auch für den Arbeitsmarkt in der Zukunft. Wir müssen nur die Kraft aufbringen, dementsprechend die Umsetzung anzugehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Kollegen Gölter das Wort.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Böhr hat es gesagt. Frau Ministerin Dreyer, es bleibt dabei. Die Hartz-Kommission ist natürlich ein einzigartiges und glänzendes Dokument des Nichtstuns dieser Bundesregierung. Sie wissen auch, dass es so ist.

(Beifall der CDU)

Man kann wirklich über einiges reden, aber eines schlägt doch dem Fass den Boden aus, nämlich dass 2 Millionen Arbeitslose von der Arbeitsverwaltung angestellt werden und die 2 Millionen die Zahl der Arbeitslosen reduziert. Das ist der tollste Vorschlag, den ich in meinem langen politischen Leben je zur Kenntnis nehmen durfte.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Natürlich ist es so.

Meine Damen und Herren, eine Bemerkung in Richtung Landesregierung: Ich habe es schon mehrfach gesagt.

Das hat mit dem 22. September wirklich nichts zu tun. Nehmen Sie mir das ab.

(Heiterkeit bei der SPD)

– Es gibt auch Sozialdemokraten, die mir das abnehmen. Das weiß ich.

Das Land stagniert. Es verliert an Fahrt und Attraktivität. Meine Bitte und Aufforderung an die Landesregierung ist, dass wenigstens nach dem 22. September endlich einmal eine einigermaßen vorurteilsfreie Diskussion in diesem Hause und auch in der Landesregierung über die Position und die Perspektive des Landes möglich ist, weil diese vorurteilsfreie Diskussion seit Jahren nicht geführt wird.

Das hängt zum Teil mit der Struktur der Landesregierung zusammen. Ich habe dafür Verständnis. Die FDP sieht es natürlich nicht gern, dass sich die SPD mit ihrem Garten beschäftigt. Deshalb gibt es nur gelegentlich Ansätze für eine wirklich kritische Diskussion. Natürlich ist bei uns nicht alles schlecht. Das weiß ich auch.

Meine Damen und Herren, auch wenn es immer wieder gesagt werden muss: Unsere glänzende Position bezüglich der Arbeitsmarktstatistik in den 70er- und 80er-Jahren hängt damit zusammen, dass jeden Morgen 20 % aller im Land wohnenden gewerblichen Arbeitnehmer das Land verlassen. Das ist nicht schrecklich. Es ist aber trotzdem ein Beweis dafür, dass es uns nicht gelingt, mehr Menschen im Land zu halten. Schauen Sie sich die Zahlen an. Der Pendlerüberschuss wächst. Das sind qualifizierte Leute.

(Glocke des Präsidenten)

Der Finanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen sind ein Beweis dafür. Hier bekommen wir mehr. Wir haben an Position verloren. Wir haben Platz 13 in der Steuerkraft. Wir haben – bereinigt – bei Neugründungen den Platz 14. Wir haben wirklich Anlass zum Nachdenken.

Herr Präsident, gestatten Sie noch eine Anmerkung. Alle Sachverständigen stimmen immer mehr darüber ein, auch gestern Herr Rürup. Dieser hat wirklich ein enges Verhältnis zur Bundesregierung. Die Entregulierung und die Deregulierung des Arbeitsmarkts ist der erste Weg. Wenn uns – egal, wie die Wahl ausgeht – nach dem 22. September nicht mehr gelingt als in den letzten Jahren, werden wir diese Diskussion mit den gleichen Vorzeichen und den gleichen bedrückenden Perspektiven noch Jahre zu führen haben.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zunächst zu den 20 %. Ich glaube, wir

sind stolz darauf, dass diese 20 % zu uns kommen, weil sie hervorragende Lebensqualität erwarten können, um gern an ihren Arbeitsplatz zu gehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Man sollte dies nicht schlechtreden.

Zwei Bemerkungen zu „Hartz“. Es gibt auch bei mir das eine oder andere, wo ich sagen könnte, das gefällt mir nicht. „Hartz“ ist ein Gesamtkonzept. Wer nach dem 22. September oder jetzt versucht, dieses Papier als Steinbruch zu benutzen, um sich das Beste herauszupicken, muss wiederum Schiffbruch erleiden.

Verehrter Herr Dr. Gölter, es wird nur im Konsens gehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Es trifft nicht zu, was Sie gesagt haben. „Hartz“ will nicht 2 Millionen in diese Beschäftigungsgesellschaft bringen. „Hartz“ will bis zum Jahr 2005 2 Millionen mehr in Arbeit haben. Das ist das Konzept von „Hartz“. Er will auch – das haben Sie zuletzt angesprochen; das hat auch Herr Rürup gestern betont – eine Entkrampfung des Arbeitsmarkts. Das wird in vielen Fällen eine Menge Schmerzen machen. Diese Schmerzen sind nur erträglich, wenn es uns gelingt, das gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Lassen Sie uns dabei bleiben, dass es notwendig ist, Reformen auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Gehen Sie mit; denn in dieser Hartz-Kommission waren auch Leute, die durchaus Verständnis für Ihre Position haben, die Sie vortragen. Trotzdem haben sie eingesehen, dass es nur geht, wenn wir uns gemeinsam auf den Weg machen.

Ich halte sehr viel davon, wenn Sie deutlich machen, dass Sie mit dem 22. September nichts am Hut haben.

(Dr. Gölter, CDU: Nein, das habe ich so nicht gesagt!)

Als Sie den Abgang gemacht haben, haben Sie den 22. September ganz besonders herausgestellt.

Herr Dr. Gölter, ich glaube, dass die Debatten, die wir führen, dazu beitragen, dass der 22. September ein Beweis dafür sein muss und wird, dass die Konzepte stimmen und die derzeit amtierende Bundesregierung weitermachen wird.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Gölter, Sie sollten sich einmal angewöhnen, hinsichtlich der Statistiken auch ein bisschen den

Verstand mit hineinzubringen. Wenn Sie die Steuerkraft anziehen, müssen Sie wissen, dass diese Zahl überhaupt nichts mehr aussagt, weil über Gewinnabführungsverträge und Strukturveränderungen dieses Aufkommen für das Land Rheinland-Pfalz überhaupt nichts besagt. Wenn ein großes Unternehmen keine Steuern mehr bezahlt, schlägt sich das nieder. Das hat mit der Wirtschaftskraft dieses Landes überhaupt nichts zu tun. Das will ich Ihnen einmal sagen.

Ich komme dann zu den Auspendlern. Sind wir doch froh, dass die Menschen hierher kommen, hier leben wollen, aber die Mobilität besitzen – es sind auch sehr viele Selbstständige dabei –, in anderen Bundesländern zu arbeiten, aber hier – das müssten Sie auch begrüßen –, weil die Einkommenssteuerverteilung für die Kommunen gilt, die Kommunen mit Ihrem Einkommen beglücken. Herr Kollege Gölter, ich würde mir wünschen, wir könnten diesen Anteil auf 30 % oder 40 % erhöhen. Die rheinland-pfälzischen Kommunen würden aufblühen. Herr Kollege Schnabel müsste nicht immer jammern, dass alles so schlecht ist. Das ist doch die Konsequenz.

Nun will ich noch einen Grund sagen. Das kann man alles seriös abhandeln. Wir haben natürlich einen Nachteil in Rheinland-Pfalz, weil die neuen Bundesländer – das will ich gar nicht beklagen – steuerlich immer noch begünstigt werden. Jetzt ist es notwendiger denn je, aber das erschwert natürlich dieser Landesregierung, spektakuläre Ansiedlungen nach Rheinland-Pfalz mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu schaffen, weil sie hier natürlich nicht mithalten kann.

Wir haben in Rheinland-Pfalz, was an Landespolitik zu machen ist, unsere Hausaufgaben gemacht. Wir besitzen beispielsweise mit der Investitions- und Strukturbank ein ausgezeichnetes Instrument für Unternehmensneugründungen.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Herr Kollege Braun, damit Sie wieder etwas zu schimpfen haben, es ist völlig kontraproduktiv, wenn Ihre Fraktion in der Presseerklärung mitteilt, sie wolle die Förderung für Neugründungen – Sie nennen das Subventionen; 42 Millionen – aus dem Wirtschaftsministerium herausstreichen. Ich kann Ihnen nur sagen, jeder weiß, dass Neugründungen – dies wird in jedem Bundesland gemacht – ohne Förderungen durch den Staat schwerlich gerade bei Jungunternehmern machbar sind. Sie wissen, jede Neugründung schafft im Schnitt drei bis vier Arbeitsplätze.

(Glocke des Präsidenten)

Deswegen ist diese Strukturpolitik, die diese Landesregierung betreibt, richtig. Fazit: Was Rheinland-Pfalz für diesen Arbeitsmarkt hat tun können – das war das Thema –, haben wir getan. Die Rahmenbedingungen müssen natürlich verändert werden. Das ist aber kein Thema für dieses Haus. Das muss der Wähler am 22. September entscheiden.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es bleibt die Frage zu beantworten: Was kann Rheinland-Pfalz vielleicht doch zusätzlich machen, und welche Ideen kann man zusätzlich einbringen, um Arbeitsplätze zu schaffen, Herr Creutzmann? Sie werden sich nicht wundern, dass ich auch auf unser bekanntes Thema zurückkomme. Im Mittelstand können wir Arbeitsplätze schaffen, indem wir beispielsweise den Klimaschutz fördern. Wenn wir neue Ideen haben und umsetzen wollen, dann können wir nicht nur sagen, wir brauchen Förderung egal für welche Existenzgründungen – ich will keine Lenkung des Staates haben –, sondern dann brauchen wir auch neue Ideen, was wir sinnvoll machen können, was wir auch für die Volkswirtschaft Sinnvolles tun können.

Es geht nicht allein darum, dass es neue Existenzgründungen gibt. Wir wollen auch volkswirtschaftlich gut dastehen, um etwas einsparen zu können. Im Konkurrenzkampf zu anderen Volkswirtschaften als Exportnation müssen wir Vorteile erringen. Wir brauchen technologische Vorteile. Die haben wir in einer Spitzentechnologie wie die erneuerbaren Energien.

Wir brauchen aber auch die Vorteile, die in unserem Land selbst umsetzbar sind. Da ist die Sanierung des Gebäudebestandes ein wichtiger Punkt. Die rotgrüne Regierung hat anders als andere Regierungen vorher entsprechende Fördertöpfe aufgemacht. Jetzt können Sie sagen, das sind schon wieder staatliche Förderungen, und es gehen schon wieder Gelder hinein. Das sind Marktanzieheprogramme. Damit schaffen wir Arbeitsplätze auch in dem Bereich, in dem es Ausbildungsplätze gibt. Es geht uns nicht allein um die Produktion. Es geht uns um die sinnvolle Verknüpfung von sinnvoller Produktion und Arbeitsplätzen, also auch um sozialen Frieden und vor allem mit einer ökologischen und nachhaltigen Wirtschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese nachhaltige Wirtschaft zu fördern, das ist eine der Zukunftsaufgaben auch für Rheinland-Pfalz. Wir haben im Land Rheinland-Pfalz im Gebäudebestand – ich kann das jetzt nicht genau beziffern – mehrere Milliarden Euro an Investitionsvolumen, wenn wir allein nur die Wärmedämmung umsetzen würden, wenn wir in die Gebäudesanierung gehen würden und nicht allein in den Neubau. Wenn wir das fördern, was sinnvoll ist, alten Bestand zu erhalten, dann haben wir in Rheinland-Pfalz auch eine Chance, das Handwerk entsprechend zu fördern. Dafür muss es finanzielle Förderung von der Landesregierung geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Satz noch zu den Bekenntnissen des Wirtschaftsministers Bauckhage. Wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – vielleicht können Sie, Herr

Creutzmann, sich das auch einmal merken – wollen keine Staatswirtschaft. Da diskutieren Sie, ich weiß nicht welche Diskussion, die Sie früher vielleicht in der eigenen Partei geführt haben. Es wäre uns recht, wenn wir nicht lenkend eingreifen müssten. Wir wollen, dass es Ausbildungsplätze gibt, beispielsweise in der Wirtschaft. Es wäre keiner böse, wenn die freie Wirtschaft so viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen würde, dass der Staat nicht eingreifen müsste.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn die freie Wirtschaft das aber nicht kann, muss der Staat, die Gemeinschaft, helfen. Diese Hilfe bieten wir immer an. Diese Hilfe wollen wir auch in Zukunft leisten. Das hat nichts mit Lenkung zu tun. Das hat mit Sozialpolitik und mit Hilfe zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Staatsminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur eine knappe Anmerkung zu Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Gölder machen, was die Steuerkraft angeht.

Was Sie sagen, trifft nicht zu. Wir liegen, was die Steuerkraft angeht, nicht an 13. Stelle, sondern wir liegen, auf die alten Länder bezogen, an fünfter Stelle im Wettbewerb mit Schleswig-Holstein. Was alle Länder angeht, unter Einbeziehung der Stadtstaaten, liegen wir an siebter bzw. an achter Stelle.

Ich bin gern bereit, Ihnen auch die Unterlagen dazu nicht nur zur Verfügung zu stellen, sondern sie auch gemeinsam mit Ihnen zu erörtern. Ich sage das nicht nur aus Freundlichkeit, um Sie vor falscher Argumentation zu schützen, sondern auch zu dem Zweck und insbesondere zu dem Zweck, dass nicht falsche Argumente durch Wiederholung Nachahmer und neue Botschafter finden und sich irgendwann verselbstständigen und man sie dann ins Land hinausträgt.

Alles könnte noch viel besser sein – ohne Zweifel. Das gilt nicht nur für die Steuerkraft, sondern das gilt auch für viele sonstige Bereiche. Nur muss es auch nicht sein, dass man das eigene Land schlechter redet, als es tatsächlich ist. Wie gesagt, das ist ein Angebot.

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Besprechung des ersten Themas.

Ich rufe nun das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

**„World Summit 2002 in Johannesburg,
zehn Jahre nach Rio: nachhaltige
Entwicklung in Rheinland-Pfalz?“**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/1361 –

Für die Antrag stellende Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, es schließt sich eigentlich gut an das an, was mein Kollege Bernhard Braun bei der abschließenden Diskussion des ersten Teils der Aktuellen Stunde gesagt hat: Es gibt für uns zwei aktuelle Anlässe, kritisch nachzufragen, wo wir in Rheinland-Pfalz auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen. Wir wollen Rheinland-Pfalz nicht irgendwie entwickeln, sondern wir wollen uns in diesem Land der zentralen Herausforderung stellen, nämlich eine nachhaltige Entwicklung zu betreiben, die im ökologischen Sinn zukunftsfähig ist, die sozial und generationengerecht ist und die dabei auch ökonomische Aspekte berücksichtigt.

Zwei Anlässe: Über einen haben wir gestern gesprochen, nämlich die Unwetterhäufung, die katastrophalen Folgen in Sachsen, aber auch in China und in Rußland; das ist kein nationales, sondern ein internationales Problem, das deutlich macht, wie notwendig es ist, sich verstärkt im Klimaschutz zu engagieren, und zum anderen der aktuell stattfindende Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, der seit dem 26. August tagt.

Meine Damen und Herren, von diesem Gipfel erwarten wir nicht nur eine Bestandsaufnahme, was seit Rio in zehn Jahren an nachhaltiger Entwicklung für unsere Erde erreicht wurde, sondern wir sind der Meinung, dass dieser Gipfel auch die Gelegenheit bietet, der globalen Umweltpolitik und dem gesamten Politikfeld „Nachhaltigkeit“ neue Impulse zu geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will dabei anmerken, dass die Zähigkeit internationaler Verhandlungen die Politik nicht entmutigen darf.

Ich erinnere nur daran, wie lang es gedauert hat, das Kyoto-Protokoll auf den Weg zu bringen; es ist noch nicht überall ratifiziert. Die Blockadehaltung der USA beim Kyoto-Protokoll oder auch jetzt ihre selbst gewählte Isolation mit den Positionen, mit denen sie nach Johannesburg gehen, darf kein Anlass sein oder dazu führen, zu resignieren oder in diesen Anstrengungen zu ermüden.

Viel mehr muss gerade das Ansporn sein, mit Ausdauer und vor allem mit politischem Nachdruck dieses Ziel zu verfolgen.

Das gilt für die internationale Ebene, das gilt für die nationale Ebene, und das gilt natürlich auch für unser Land, dass wir in Johannesburg, in Berlin, aber auch in Mainz, in Rheinland-Pfalz für den Erhalt natürlicher Ressourcen kämpfen, dass wir international die Bemühungen um Zugang und sichere Versorgung zu Trinkwasser oder Strategien zur Armutsminderung verfolgen, um nur drei zentrale Themen von Johannesburg zu nennen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür müssen wir weltweite Strukturen schaffen. Wir brauchen – ich sage einmal, auch als Gegengewicht zur WTO – Organisationen zur WTO, Organisationen auf internationaler Ebene, eine schlagkräftige Weltumweltorganisation. Wir müssen aber auch die Hausaufgaben in diesem Land machen.

Im Gegensatz zur rotgrünen Bundesregierung, die im April ein Nachhaltigkeitskonzept vorgelegt hat, eine Nachhaltigkeitsstrategie für das 21. Jahrhundert fehlt eine solche durchdachte und vor allen Dingen nachvollziehbare und überprüfbare Strategie in diesem Land noch völlig.

Wir müssen diese Lücke schließen, weil es nicht ausreicht, sich im Agenda-21-Prozess vonseiten der Landesregierung auf der einen Seite auf das Engagement vieler engagierter Bürger und Bürgerinnen in den Kommunen zu berufen und sich auf der anderen Seite auf die Zuständigkeit der internationalen Vereinbarungen oder auf die Bemühungen auf Bundesebene zurückzuziehen, sondern wir brauchen ein solches Konzept in Rheinland-Pfalz.

Es fehlt ein Leitbild, und es fehlt eine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz auf Landesebene.

(Frau Grüntmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist wohl wahr!)

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht von ungefähr, dass das, was vor einem Jahr von den Regierungsfractionen so laut verkündet wurde, dass es nämlich einen Agenda-21-Bericht der Landesregierung gibt, von keinem Menschen mehr angesprochen wurde, als dieser Bericht vorlag.

Weder die Landesregierung noch die regierungstragenden Fraktionen haben darüber gesprochen; denn sie haben zu Recht verschämt diesen Bericht in die Schublade gelegt und es nicht mehr zum Thema gemacht. Sie mussten nämlich feststellen, dass es ihnen nicht nur nicht gelungen ist, eine Bestandsaufnahme über die verschiedenen Bemühungen in der Landespolitik in Richtung nachhaltige Entwicklung zu Ende zu führen,

(Glocke des Präsidenten)

sondern sie haben es vor allen Dingen nicht geschafft, Ziele und Instrumente zu benennen, eine solche Richtung für die Landesregierung, für die Kooperationspart-

ner und für diejenigen, die in den Kommunen vehement für diese Ziele streiten würden, vorzugeben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Stretz das Wort.

Abg. Stretz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung heißt diese bisher größte Konferenz der Vereinten Nationen, die derzeit in Johannesburg stattfindet.

Vor zehn Jahren gelang in Rio de Janeiro so etwas wie der erste Brückenschlag zwischen Nord und Süd, und der Begriff der Nachhaltigkeit war in aller Munde.

Die hoch gestellten Erwartungen von Rio de Janeiro sind heute nüchterner Aufbauarbeit gewichen, wie ich meine. Nachhaltigkeit ist aber nun einmal kein Zustand, Nachhaltigkeit ist ein Prozess, den wir alle am Laufen halten müssen.

Worum geht es in Johannesburg? Frau Kollegin Thomas, wir gehen oft davon aus, wir reden über ein Fachthema, bei dem wir alle gut drauf sind, was dann in Ordnung ist.

Wenn man mit den Menschen redet, wird man jedoch gefragt: Um was geht es dort eigentlich, und warum treffen die sich dort? – Deshalb erlaube ich mir einmal, den einen oder anderen Punkt konkret anzusprechen.

Es geht um wirtschaftliche, umweltpolitische und um soziale Leitlinien für die Zukunft. Lassen Sie mich eine Hand voll Themen erwähnen.

Ich will zum einen die Armut ansprechen. 1,2 Milliarden Menschen müssen mit weniger oder knapp einem Euro am Tag leben. Für uns in der zivilisierten Gesellschaft ist das unvorstellbar. Die Hälfte der Weltbevölkerung kommt gerade einmal auf 2 Euro pro Tag.

Knapp ein Fünftel der Einwohner der Entwicklungsländer bekommt nicht genügend Essen. Ein Fünftel von ihnen sind Analphabeten. Über 300 Millionen Kinder in diesen Ländern werden nicht beschult.

Die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird größer, trotz der Bemühungen der letzten zehn Jahre.

Man kann keinen globalen Frieden erwarten, wenn sich die Schere zwischen armen und reichen Ländern weiter öffnet; so kann man Klaus Töpfer zitieren.

Diese Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen soll, wenn die Erklärungen abgeschlossen sind, bis zum

Jahr 2015 etwa halbiert werden. Das sind immer noch viel zu viele. Ich glaube, wenn man sich diese Zahl vor Augen führt, dann merkt man die Dramatik, die darin liegt.

Ich will einen weiteren Bereich ansprechen, das Wasser. 18 % der Weltbevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem, ordentlichen Wasser. Der Zugang zu sanitären Einrichtungen fehlt bei fast 40 %.

Über 2 Millionen Menschen in Entwicklungsländern – überwiegend sind es Kinder – sterben jährlich durch Krankheiten, die durch eben diesen Mangel verursacht werden. Auch das wissen wir mittlerweile: Die Gefahr, dass in Zukunft Kriege um dieses Gut „Wasser“ geführt werden, wird immer größer.

Ein weiterer Bereich ist die Energie. Rund 2,5 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu einer modernen Energieversorgung. Der Energieverbrauch steigt aber weiter und würde sich – wenn man die Zahlen der letzten Jahre betrachtet – bis 2055 etwa verdreifachen gegenüber heute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Energieverbrauch wird steigen müssen. Das ist überhaupt keine Frage; denn wir wollen den Menschen in der dritten Welt, in den Entwicklungsländern Chancen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zugestehen. Da kann man nicht sagen, ihr könnt euch zwar entwickeln, aber ohne Energie.

(Beifall der SPD)

Um aber nun eine exorbitante Steigerung von Treibhausgasemissionen zu verhindern, brauchen wir – gestern hatten wir auch über dieses Thema geredet – einen wesentlich höheren Anteil erneuerbarer Energien. Dort denkt man für die nächsten acht bis zehn Jahre an etwa 15 % Gesamtanteil.

Lassen Sie mich noch etwas zur Umwelt und Artenvielfalt sagen. Über 11.000 Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben aktuell bedroht, und über 800 Arten sind bereits unwiederbringlich ausgestorben.

In den Entwicklungsländern werden mehr als 90 % des Abwassers und 70 % der Industrieabfälle ungeklärt in die Meere geleitet. Der Meeresspiegel ist in den letzten 100 Jahren um zehn bis zwanzig Zentimeter gestiegen und jährlich – so sagen Experten – sind etwa 46 Millionen Menschen weltweit von Überflutungen aufgrund der Zunahme von Stürmen betroffen. Hierzu hatten wir gestern ebenfalls eine ausführliche Debatte.

Über das, worüber wir gestern geredet haben, das aktuelle Hochwasser und über die Jahrhundertflut in Deutschland – man muss natürlich auch die verheerenden Überschwemmungen in Asien nennen –, besteht einfach die Chance, dass diese aktuelle Debatte so etwas wie ein politischer Katalysator auch für Johannesburg werden kann und werden muss.

(Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Für Rheinland-Pfalz!)

Agenda 21 war nach Rio de Janeiro ein Startsignal. Anfänglich sehr zaghaft, heute fast schon selbstverständlich.

Deshalb ist es vielleicht gar nicht mehr so spektakulär. Deshalb muss man immer wieder in den Bereichen, in denen wir Möglichkeiten haben, darauf hinweisen, meine ich.

Ich werde nachher noch etwas zu den kommunalen Aktivitäten sagen.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Stärkung des Umweltbewusstseins bleibt eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, der sich die CDU auch in Rheinland-Pfalz stellt. Dabei sehen wir im echten Sinn einer nachhaltigen Entwicklung Umweltschutz nicht isoliert, sondern in einer Einheit mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Frau Thomas, ich kann das nur unterstreichen, was Sie und auch Ihr Kollege, Herr Dr. Braun, in der Debatte, die wir über die Wirtschaftspolitik vorhin geführt hatten, am Schluss gesagt haben; denn diese Verknüpfung brauchen wir. Herr Stretz, Sie haben gesagt, dass Sie in der zweiten Runde noch einmal darauf eingehen werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dabei auch den rheinland-pfälzischen Bezug herstellen würden.

Einer der Organisatoren des Gipfels in Johannesburg sagte in diesen Tagen: „Rio lieferte den Schaltplan zu einer nachhaltigen Entwicklung. Was wir noch brauchen, ist ein Wegeplan.“ Bei dem gesamten Strauß von Themen, der dort behandelt wird, sind Stichworte wie beispielsweise „Lokale Agenda“, die gebraucht worden sind, eine gute Plattform.

(Unruhe im Hause)

Wir sehen aber im Land Rheinland-Pfalz, dass wir häufig mit zu wenig Bürgerbeteiligung und zu oft mit zu wenig Bürgerinteresse diese Debatten führen.

Die Opposition in diesem Landtag mahnt seit einiger Zeit ein Zukunftsprogramm „Energie Rheinland-Pfalz“ an. Frau Ministerin, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie dies in den letzten Tagen selbst aufgegriffen haben und fordern, dass wir uns einem Energiekonzept Rheinland-Pfalz widmen sollen. Es macht Sinn, wenn wir die Diskussion heruntergebrochen auf unser Land führen.

Das Ziel, das in der EU festgelegt wurde, ist es, die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 von 6 % auf

12 % zu steigern. Dazu bedarf es zunächst einer großen Anstrengung. Wenn man sich die Zahlen vor Augen führt, wissen wir, in welcher Ausgangslage wir uns in Rheinland-Pfalz zurzeit befinden.

Es ist schon bemerkenswert, dass die sozialdemokratischen Debattenredner höhere Beiträge und Ziele nennen, als dies die GRÜNEN im Landtag getan haben. Bisher fehlt aber in der Tat ein konkreter Umsetzungsplan, den wir auch heute noch einmal fordern.

(Beifall bei der CDU –
Schmitt, CDU: So ist das!)

Meine Damen und Herren, dazu gehört zum einen eine breite Energiepotenzialanalyse für alle im Land vorhandenen Energieformen, dazu gehört ein Szenario der Machbarkeit der Umsetzung, und dazu gehört die verstärkte Nutzung auch von Energieeinsparung. Ich denke, dass wir in vielen dieser Bereiche deckungsgleich sind. Ich hoffe nur, dass es uns gelingt, in der Entwicklung dieses Ziels einen Konsens zu erreichen.

Wir als Opposition sind dazu bereit. Wir haben dies des Öfteren angemahnt. Aber letztendlich bedarf es einer konkreten Planung, damit man auch über den Weg streiten kann, aber die Ziele in Rheinland-Pfalz exakt erkennbar gemacht werden, damit man die Gemeinsamkeiten im Land wesentlich stärker forcieren kann, als dies zurzeit der Fall ist.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ziel von Rio ist bei weitem noch nicht erreicht. Aber ich denke – darüber gibt es mit Sicherheit keinen Dissens in diesem Hause –, wir sind auf dem richtigen Weg dazu.

Aber wir können dieses Ziel nicht im Alleingang erreichen. Dazu bedarf es einer internationalen und globalen Anstrengung. Daher ist es nicht überraschend, dass uns die GRÜNEN ihre Ideologie in ihrer zum Teil realitätsfremden Überspitzung dargeboten haben, Frau Thomas. Es ist auch nicht überraschend, dass die GRÜNEN erreichte Leistungen ebenso verschweigen wie ein umsetzbares politisches Konzept.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben Sie aber aufgeschrieben,
bevor Sie uns zugehört haben!)

Rio plus, die Weltstaatengemeinschaft, verhandelt mit 50.000 Teilnehmenden über fünf Weltthemen: Gesundheit, Energie, Wasser, Landwirtschaft und biologische Vielfalt.

Meine Damen und Herren, wie sieht der Erfüllungsgrad zehn Jahre nach Rio aus?

Global liegt der CO₂-Ausstoß heute 9 % über dem Wert des Jahres 1990, obwohl der wirtschaftliche Zusammenbruch des Ostblocks in der Bilanz entlastend wirkte. Deutschland produziert 18 % weniger, die USA 18 % mehr CO₂ als 1990.

Die Industriestaaten haben sich 1997 in Kyoto verpflichtet, den Treibgasausstoß im Durchschnitt um 5,2 % zu senken. Die Hoffnung, Kyoto noch bei der Johannesburg-Konferenz umsetzen zu können, hat sich vor allem wegen der amerikanischen Haltung nicht erfüllt. 22,5 Milliarden Tonnen CO₂ weltweit jedes Jahr, 64 % davon aus zehn Ländern. Mit dem Handel von CO₂-Lizenzen zwischen Unternehmen und Ländern soll ein weiterer Versuch zur Erreichung der Reduktionspflichten unternommen werden.

Die FDP will das Instrument „Emissionshandel“ nicht von vornherein pauschal ablehnen. Allerdings wollen wir deutlich machen, dass an dem bisherigen Entwurf einer EU-Regelung zum Emissionshandel noch sehr viel getan werden muss. Vor allem muss die gewaltige Einsparleistung der deutschen Industrie genannt werden. Im Rahmen der so genannten Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Industrie gegenüber der Bundesregierung zur Klimavorsorge wurden von einzubringenden 21 % CO₂ durch die Industrie schon 18,7 % freiwillig eingespart.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion kritisiert die Bundesregierung, weil sie erst im April 2002 ihre Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt hat. Die einzige Leistung des Papiers ist, dass sich die Bundesregierung künftig alle zwei Jahre an 21 Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftskriterien messen lassen will. Sie hat es aber nicht vermocht, langfristige Klimaschutzziele und absolute Werte zur Ressourcenschonung zu etablieren. Meine Damen und Herren, dies wären aber Daten gewesen, mit denen auch auf Länderebene zielgerichtet hätte gearbeitet werden können.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Kapitel 28 der Rio-Erklärung 1992 über die Lokale Agenda besagt, dass die Mehrzahl der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme und ihre Lösungen auf der lokalen Ebene angegangen werden müssen. Lokale Ebene bedeutet für uns Länder und Gemeinden.

Meine Damen und Herren, der Generalsekretär der Internationalen Umweltagentur der Kommunen hat Rheinland-Pfalz bescheinigt, dass es europäische Modellregion für nachhaltige Entwicklung sei. Frau Thomas, das sollten Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Dies ist ein erfreuliches Ergebnis rheinland-pfälzischer Umweltpolitik. Es ist nicht so, wie Sie es dargestellt

haben, in Rheinland-Pfalz bestünden unwahrscheinlich hohe Defizite.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Johannesburg stehen die Themen „weltweite Armutsbekämpfung“, „Bevölkerungsentwicklung“, „Recht auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Entwicklungsländern“, „Reduzierung des Analphabetismus“ oder aber auch die Frage der Beteiligung von Frauen an diesen Prozessen, die in dieser Debatte viel zu wenig berücksichtigt wird, mehr denn je im Mittelpunkt der Diskussion. Man hat erkannt, dass die Umwelt ohne die Lösung dieser Fragen im weltweiten Maßstab keine Chance hat. Deswegen findet in Johannesburg der bisher größte und wichtigste Weltgipfel für Umwelt und für Entwicklung statt.

Die Situation hat sich seit Rio noch einmal verschärft: Die Weltbevölkerung ist um 1 Milliarde Menschen auf mittlerweile 6,2 Milliarden Menschen angestiegen. Dies ist eine zusätzliche Herausforderung. Über 1 Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Das Fehlen einer ausreichenden hygienischen Trinkwasserversorgung ist heute noch die weltweit häufigste Krankheits- und Todesursache, insbesondere bei Kindern.

1,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu einer gesicherten Energieversorgung. Das sind Daten und Fakten. Diese Themen stehen auf der Tagesordnung der Agenda, natürlich auch die Verantwortung des Nordens und die Verantwortung der entwickelten und hochentwickelten Nationen; denn auch hier liegen folgende Zahlen zugrunde: 80 % des Ressourcenverbrauchs weltweit werden von 20 % der Bevölkerung dieser Erde verbraucht.

Um die Verantwortung, die wir selbst haben, zu unterstreichen, sollte man sich einmal die Zahlen des Energieverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung ansehen. In Deutschland haben wir pro Kopf das Zehnfache an Energieverbrauch im Vergleich zu Indien. Es ist aber auch richtig, die Vereinigten Staaten haben noch einmal das Doppelte an Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu Deutschland. Deswegen sage ich an dieser Stelle, es ist ein absolut falsches Signal, dass Präsident Bush diese Konferenz meidet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Umso wichtiger ist aber, dass die Europäische Union und auch die Bundesregierung mit klaren Botschaften und mit konkreten Hilfen in Johannesburg vertreten sind. Auf europäischer Seite gibt es ein Plus von 22 Milliarden

an Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2006. Es gibt auch die klare Botschaft und den Schwerpunkt jetzt in den Verhandlungen, weltweit bis 2015 den Anteil erneuerbarer Energien auf 15 % anzuheben. Ich denke, das ist wichtig.

Nicht zuletzt gestern in der Debatte über Hochwasser und bei den Diskussionen über die Hochwasserereignisse an Elbe und Donau haben wir gemerkt, dass diese Fragen Einfluss auf unseren Alltag haben.

Meine Damen und Herren, es ist nicht richtig, was teilweise gesagt worden ist. Wir haben uns sehr wohl den Herausforderungen auch in der Vergangenheit gestellt und müssen diese auch in Zukunft in unserer Landespolitik machen. Ich will dies noch einmal mit fünf Punkten unterstreichen, wie wir diesen Herausforderungen durch unser verantwortliches Handeln gerecht werden wollen:

Ich nenne als ersten Punkt den Begriff der Nachhaltigkeit, der hier schon häufig gefallen ist und weltweit in Rio de Janeiro etabliert worden ist. Nachhaltigkeit ist Handlungsgrundlage dieser Landesregierung. Er ist auch Handlungsgrundlage für die Koalition, wie es in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben worden ist. Nachhaltigkeit ist auch Handlungsgrundlage für die Arbeit aller Ressorts der Landesregierung.

Wir haben im letzten Jahr ein Agenda-21-Programm vorgelegt. Wir sind in der Fortschreibung und werden im nächsten Frühjahr fristgerecht nach zwei Jahren diese Fortschreibung dem Parlament vorlegen.

Frau Thomas, es ist nicht richtig, dass wir uns ausruhen. Wir ruhen uns nicht auf den Erfolgen der Kommunen aus, sondern wir unterstützen die Kommunen bei ihren lokalen Agenda-21-Aktivitäten. Allein in den letzten drei Jahren sind 1,5 Millionen Euro direkt in diese Projekte geflossen. Natürlich gilt der Erfolg denen vor Ort. Ich bin aber auch stolz darauf und gebe dies an die Akteure in den Kreisen, Städten und Gemeinden weiter, dass wir ob dieses Engagements in diesem Land ausgezeichnet worden sind.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir brauchen für die Zukunft Indikatoren, um auch wirklich überprüfen zu können, wo und wie wir unseren Weg gegebenenfalls anders ausrichten müssen und wo wir stehen. Deswegen habe ich gerade zur Begleitung einer solchen Diskussion in der Landesregierung einen Auftrag an Professor Dr. von Hauff, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Kaiserslautern, erteilt, uns in diesem Prozess zu begleiten.

Ein wesentlicher Punkt ist die nachhaltige Energiepolitik. Auch hier stellen wir uns dem Anspruch der Klimaverträglichkeit. Wir haben heute in Rheinland-Pfalz einen Anteil von 7 % erneuerbarer Energien am Stromverbrauch. Das lässt sich auch im bundesweiten Durchschnitt hervorragend sehen. Wir setzen auf Zukunftstechnologien, weil sie Schlüsseltechnologien zum Erfolg sind. Hier schließt sich natürlich der Anspruch an, dass ökologische Notwendigkeiten zu ökonomischem Fortschritt führen. Wir wissen heute, dass die höchsten Energieeffizienztechnologien nicht nur die Technologien

sind, die wir weltweit brauchen, um diese Herausforderungen bewältigen zu können, sie sind auch für unser Land wirtschaftlich wichtig, weil sie weltweit zu einem Exportschlager werden. Deswegen ist dies nicht eine Entwicklung, die gegen die Ökonomie ist, sondern eine Entwicklung, die mit der Ökonomie läuft.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Dr. Braun, Sie haben bei der vorhergehenden Debatte einen Punkt angesprochen. Ich unterstreiche, wir fördern nachhaltiges Wachstum bei kleinen und mittelständischen Unternehmen durch diese Technologiepolitik. Wir fördern auch Know-how in unseren Kooperationsverträgen zum Beispiel mit der Handwerkskammer, was die Umsetzung solcher Technologien in der Praxis betrifft. Ich denke, hier sind wir auf dem richtigen Weg, da dies letztendlich Wertschöpfung in unserem Land bedeutet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Natürlich gehört die Unterstützung eines Kompetenznetzwerks „Brennstoffzelle“ dazu oder auch die Förderung der Geothermie in der Vorderpfalz, weil wir uns davon viel versprechen. Dies unterstreicht, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Herr Licht, ich möchte noch ein Wort an Sie richten. Sie haben gemeint, Sie könnten sich mit großen Forderungen präsentieren und mit einem Finger auf uns zeigen, als hätten wir die Hausaufgaben nicht gemacht. Wenn ich Mitglied der CDU wäre

(Zurufe von der CDU: Bitte nicht!)

und einen Kanzlerkandidaten präsentieren würde, der erst bei der Hochwasserkatastrophe gemerkt hat, dass er weder personell noch programmatisch umweltpolitisch etwas anzubieten hat, dann muss man aufpassen, wenn man mit einem Finger auf jemanden zeigt, dass nicht vier Finger auf einen zurückzeigen.

(Beifall bei SPD und FDP –
Anheuser, CDU: Wir haben gerade
auf Sie gewartet! Seien Sie einmal
ganz schön ruhig! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Als vierter Punkt ist das Thema „Umweltpädagogik“ zu nennen. Gerade Kinder sind in unserem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung eine der wichtigsten Adressen und Zielgruppen. Wenn wir mit dem Ganztagschulprojekt, das so erfolgreich angelaufen ist, jetzt auch Freiräume für Umweltpädagogik und ökologische Projekte in den unterrichtsergänzenden Angeboten haben, so ist dies sehr zu begrüßen. Ich habe mit der Kollegin Doris Ahnen eine Kooperationsvereinbarung für das Engagement unserer Förster vor Ort, was Umweltpädagogik und Waldpädagogik betrifft, getroffen. Dies zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und uns dieser Frage stellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich möchte gern noch einen letzten Punkt ansprechen. In Johannesburg wird zurzeit das Thema der Partnerschaftsinitiativen zwischen den hochindustrialisierten und hochentwickelten Ländern und den Schwellenländern und Entwicklungsländern diskutiert. Wir haben in Rheinland-Pfalz eine hervorragende Partnerschaft. Ich meine die Partnerschaft mit Ruanda, die, weil sie eine Partnerschaft der Menschen und eine Partnerschaft von unten ist, beispielhaft und vorbildhaft für das sein könnte, was wir jetzt zurzeit in Johannesburg diskutieren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich bin sehr stolz darauf. Herr Kollege Zuber hat anlässlich des 20-jährigen Partnerschaftsjubiläums eine beeindruckende Bilanz vorgestellt. Die Tatsache, dass sich über 200 Schulen an solchen Partnerschaftsprojekten beteiligt haben, unterstreicht, wie breit die Partnerschaft getragen ist.

Das letzte Projekt, das vor zwei Wochen in einer Vereinbarung noch einmal unterstrichen worden ist, zeigt, dass wir die Herausforderungen in Ruanda, was die Energieversorgung betrifft, hervorragend begleiten. Ich meine den Partnerschaftsvertrag zwischen der Fachhochschule Trier und dem ruandischen Institut für Forschung und Technologie, um das Ziel der ruandischen Regierung zu unterstützen, in wenigen Jahren die Energie- und insbesondere die Stromversorgung durch erneuerbare Energien auszubauen und auszulegen. Wenn wir heute von der Forderung nach Energiepartnerschaften in Johannesburg lesen, so unterstreicht dies, wir haben unseren Partnerschaftsvertrag mit Ruanda bereits unterzeichnet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, es ist vollkommen klar, das alles ist nicht genug angesichts der weltweiten und manchmal auch regionalen Themen. Nachhaltigkeit ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Ich stimme allen zu, es ist richtig, wir müssen möglichst alle, möglichst viele Menschen beteiligen, und wir müssen Vorbild in der Diskussion im Parlament und zwischen Parlament und Regierung sein. Es geht um wesentlich mehr als nur um die Fragen, die ich angesprochen habe.

Der Gipfel muss auch ein Erfolg mit ganz konkreten Umsetzungszielen werden. Die letzten Informationen und Meldungen sind nicht die schlechtesten dafür, dass es nicht ein Gipfel der Deklarationen wird, sondern auch ein Gipfel der konkreten Vereinbarungen. Es geht darum zu wissen, dass in Zukunft die sozialen und ökologischen Probleme mit zu den wichtigsten Ursachen von regionalen und weltweiten Konflikten gehören werden. Diese werden nicht spurlos an unserem Land vorbeigehen. Aus diesem Grund stimme ich Klaus Töpfer ausdrücklich zu, Umweltpolitik global verstanden heißt heute im besten Sinne des Wortes Friedenspolitik. Darum geht es uns.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Frau Thomas hat sich zu Wort gemeldet. Die Frau Ministerin hat um zwei Minuten überzogen. Sie hätten theoretisch noch vier Minuten Zeit.

(Zuruf von der CDU: Haben!
Kein Konjunktiv!)

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, ich bin überzeugt davon, dass Sie von der Idee und dem Prozess der Nachhaltigkeit überzeugt und durchdrungen sind. Ich kann Ihnen nur viel Durchsetzungskraft innerhalb des Kabinetts wünschen.

Als wir vor einem Jahr eine ähnliche Diskussion geführt haben, war es so, dass es Ihre Vorgängerin weit von sich gewiesen hat, als wir quantifizierte und qualifizierte Ziele eingefordert haben. Das geschah mit Unterstützung der Regierungsfractionen. Sie hat immer auf diesen vorgelegten Bericht verwiesen, den Sie heute eher etwas verschämt kommentiert haben.

Herr Stretz und Herr Hohn, Sie haben das gemacht, was ich vorher kritisiert habe. Herr Stretz, Sie haben nach Johannesburg verwiesen. Herr Hohn hat auf die Erfolge in den Kommunen verwiesen. Wir wissen, dass das Land die Kommunen beim Agenda-Prozess unterstützt hat. Wir haben das damals angeregt und mit gefördert. Wir haben Sie in diesem Punkt immer unterstützt.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir nicht nur auf Bundesebene und auf kommunaler Ebene aktiv sein können, sondern dass wir das in jeder einzelnen Maßnahme tun können. Herr Hohn, es ist nicht so, dass in dem Nachhaltigkeitspapier der Bundesregierung keine Ziele vorgegeben sind. Das ist überhaupt nicht so. Sie sollten einmal hineinschauen. Bei dem wichtigen Thema „Flächenverbrauch“ sollten Sie in dem Bericht der Landesregierung schauen, was dazu vermerkt ist. Im Themenbereich „Verkehrsplanung“ ist das keine Silbe wert. Wir wissen jedoch, dass der Verkehrsbereich und der Siedlungsbereich die Hauptmotoren beim Flächenverbrauch sind, den wir unbedingt reduzieren müssen. Im Nachhaltigkeitspapier der Bundesregierung ist genau das festgelegt, dass man nämlich mittelfristig, also bis zum Jahre 2050, den täglichen Flächenverbrauch auf ein Fünftel der bisherigen Fläche reduzieren will. Da sehen Sie das vorgelegte Tempo. Bringen Sie das einmal mit dem überein, was von Ihrer Landesregierung und Ihrer Fraktion permanent an Verkehrspolitik produziert wird und produziert werden soll und was sie dort an Flächen verbrauchen werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist so, dass wir diese quantifizierbaren Ziele brauchen. Wir brauchen daneben und ergänzend Kooperationen, weil es die Politik nicht allein bewerkstelligen wird. Wir brauchen Kooperationspartner in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, bis hin zu den Schulen. In diesem Punkt gebe ich der Ministerin Recht.

Herr Licht, ich sage jetzt noch ein Wort zur CDU. Sie haben sich auf Herrn Töpfer bezogen. Wenn Sie Herrn Töpfer zitieren, sollten Sie auch zitieren, dass er in der gesamten „Johannesburg“-Diskussion und in der Diskussion um die Klimaschutzpolitik in Deutschland sagt: Wir brauchen eine Ökosteuer dringender denn je.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat diese Diskussion in Johannesburg mit auf die Tagesordnung gesetzt. Er ist jemand, der genau begründet: Die eingeführte Ökosteuer gehört weiterentwickelt. Das sind Vorhaben, die wir in den nächsten vier Jahren haben. Wir haben dazu eine Position und ein Profil. – Aber Ihr Kandidat entdeckt Umweltpolitik erst als Thema in der Katastrophe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der CDU)

Ich kann Ihnen sagen, das ist eine Katastrophe für Ihre Politik und eine Katastrophe für Ihren Vertreter in den UN-Gremien, der eine solche Nachfolge nicht verdient hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich begrüße Mitglieder der Jungen Union Mainz-Mitte. Meine Damen und Herren, seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Stretz.

Abg. Stretz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch etwas zur Bevölkerungsentwicklung sagen. Die Zahl wird in den nächsten Jahren steigen.

(Böhr, CDU: Welche?)

Wir wissen aber auch, dass Sie dramatisch genau in den Bereichen der Entwicklungsländer steigen wird und in den Industriestaaten zurückgehen wird. Wir werden es machen und nicht umhin kommen, in kurzer Zeit diese Diskussion über die Prognose der Entwicklung der Bevölkerung gerade bei uns in Deutschland führen zu müssen. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass es gerade in den Bereichen, in denen es jetzt schon Probleme gibt, einen Riesenzuwachs in der Bevölkerung geben und sie auf der anderen Seite herunter gehen wird, dann wird es einem doch hoffentlich endlich klar, wie wichtig es ist, hier Handlungen zu fordern und etwas zu tun. Weltweit haben fast 6.500 Kommunen begonnen, langfristige Aktionspläne für die nachhaltige Entwicklung des eigenen Lebensumfelds aufzustellen. Frau Thomas, Sie

werden gleich fragen, was wir in unserem Land machen. Das geht Hand in Hand. Das ist das Wichtige.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie sehen, dass es nicht Hand
in Hand geht!)

Man kann keinen Schnitt machen und sagen, die Kommunen machen etwas, aber ihr macht gar nichts oder zu wenig. Ich glaube, wir in Rheinland-Pfalz können stolz darauf sein, dass etwa 200 kommunale Gebietskörperschaften mit der lokalen Agenda 21 beschäftigt sind. Alle kreisfreien Städte und Landkreise sind dabei.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mittlerweile kommt bereits jede 10 Agenda in der Bundesrepublik aus unserem Bundesland. Ich meine, darauf können wir ruhig stolz sein.

Ich komme jetzt zu ein paar Projekten und Aussagen, die Sie angemahnt haben, weil sie angeblich oder in Teilbereichen nicht wissen, was die Landesregierung und die sie tragenden Parteien alles schon gemacht haben. Ich zähle ein paar auf. Ich könnte eine ganz Latte aufzählen. Ich möchte aber nur ein paar erwähnen: Es gibt Initiativen und Projekte im Rahmen der Kooperationsvereinbarung CO₂-Minderungskampagne mit den Handwerkskammern, Netzwerk „Brennstoffzelle“, Ökoeffizienz im Handwerk, Ökoeffizienzprojekte mit der BASF, Ökocheck in Sportvereinen, Referenzregion für geothermische Strom- und Wärmeerzeugung – darauf hat auch vorhin die Ministerin hingewiesen –, nachwachsender Rohstoff Holz. Projekte vor Ort mit Kammern und Hochschulen sind auch zu nennen.

Es gibt Initiativen und Projekte im Rahmen der lokalen Agenda. Die Landeszentrale für Umweltaufklärung fungiert als Koordinator für die lokale Agenda. Aktuell sind diese 200 Kommunen daran beteiligt, die ich erwähnt habe. Sie werden in dem Rahmen und Umfang finanziell unterstützt, wie es eben die Frau Ministerin schon erwähnt hat, und so weiter und so fort. Es passiert eine ganze Menge.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist das Problem, und so
weiter und so fort!)

Sie wollen es einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist schade. Ich glaube, dass wir uns alle einig in der Forderung sind, dass die Nachhaltigkeit in vielen Bereichen deutlich wird.

Lassen Sie mich eine ganz persönliche Befürchtung äußern. Besteht nicht die Gefahr einer Beliebigkeit, wenn man plötzlich alles, was in der Welt passiert, unter dem Begriff einer Nachhaltigkeit sehen will?

(Beifall bei der FDP)

Wir hatten die große Chance. Vielleicht war es dort auch ein bisschen eingeengt. Angefangen hat alles mit dem Blick auf die Umwelt und auf die Entwicklung in der Umwelt. Mittlerweile haben wir viele Bereiche dazuge-

nommen. Ich sehe ein kleines bisschen die Gefahr, dass das Verständnis der Menschen über die Wichtigkeit einer Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern nachlässt, weil so viele Bereiche dazugepackt werden und man es nicht greifen kann und man weniger sieht, was in den Bereichen passiert.

Da kann ich wieder Klaus Töpfer zitieren. Es tut mir Leid, es fällt mir niemand anderes ein, den man aus den Reihen der CDU noch zitieren könnte. Ich glaube, man kann ihn auch ruhigen Gewissens zitieren, weil er gut ist.

(Glocke des Präsidenten)

Klaus Töpfer hat im Vorfeld der Konferenz in Johannesburg gesagt, das sei der entscheidende Moment, den Planeten auf den Kurs zur nachhaltigen Entwicklung zu bringen. Vielleicht war das fast eine Beschwörung von ihm.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass in dieser Debatte so oft der Name Töpfer fällt, ist durchaus ein positives Zeichen, das allen sichtbar macht, dass dieses Thema in dieser Union nicht neu geweckt werden muss.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Mertes, SPD: Der würde heute bei
Ihnen ausgeschlossen werden!)

Meine Damen und Herren, was Töpfer auch aus diesem Land viel auf den Weg gebracht hat, findet offensichtlich noch nach wie vor große Zustimmung.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hätte er nur noch einen Einfluss auf Sie!)

Meine Damen und Herren, dass eine ehemalige Bundesumweltministerin heute Parteivorsitzende der Union ist, darf man an dieser Stelle auch einmal erwähnen.

(Beifall bei der CDU)

Sie bringt mit Sicherheit aus ihrer Zeit und aus ihren Taten aus ihrer Zeit eine Menge in das, was sie jetzt verkörpert, mit.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da sind Sie leider weit zurückgefallen!)

Mehr Kompetenz können Sie als Partei überhaupt noch nicht vorweisen. Das können Sie doch gar nicht, wenn Sie das schon an Personen ausmachen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es war eigentlich eine Debatte, bei der ich in der ersten Runde ungeheuer viele Gemeinsamkeiten feststellen konnte. Warum können wir es nicht dabei lassen? Frau Ministerin, ich habe überhaupt nicht verstanden, dass Sie gerade in dieser Form hier eine Aggressivität hineinbrachten und mir vorwerfen, wo denn die Kompetenz beim Hochwasser sei.

(Mertes, SPD: Och, Aggressivität! –
Kramer, CDU: Ja!)

Frau Ministerin, ich habe im Auftrag des Landtags anderthalb Jahre die Kommission hier geleitet und in diesen anderthalb Jahren Enquete-Kommission viel dazu gelernt. Ich habe auch manches selbst an Meinung über Bord geworfen und vieles dazugelernt. Lesen Sie den Bericht einmal nach. Dann werden Sie feststellen, wieviel Kompetenz in diesen Reihen der Union insgesamt vorhanden ist;

(Beifall bei der CDU –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nur nicht bei Herrn Stoiber!)

denn dort gab es sehr viele gemeinsame Erklärungen. Wenn Sie in der Energiefrage – bringen wir es doch noch einmal auf den Punkt – das, was Sie beim Stichwort „Erneuerbare Energien“ für Rheinland-Pfalz gefordert haben, doch in diesen Tagen selbst schreiben – Sie können jetzt auch widerrufen, dass man Sie jetzt völlig falsch zitiert hat –, das Land brauche nach Ihren Worten ein Energiekonzept, bedeutet also, es gibt doch keines, oder habe ich das völlig falsch verstanden? Das ist das, was die Kollegin Thomas und ich in diesem Plenum mehrfach angesprochen haben.

Herr Kollege Stretz, das heißt doch nicht, dass wir sagen, dass es da noch gar nichts gibt. Sie haben einige Punkte genannt. Da sind wir d'accord der Meinung, dass es in dieser Richtung weiterentwickelt werden muss. Nur machen Sie es bis jetzt konzeptionslos nach Ihren eigenen Aussagen. Sie fordern ein Energiekonzept für Rheinland-Pfalz. Dass das richtig ist, ist auch zu unterstreichen; denn wie wollen Sie denn die Ziele erreichen, wenn Sie konzeptionslos vorgehen? 12 % nennen Sie in der Zeitung. Auch die Aussage 15 % ist hier in diesen Tagen gefallen. Wie wollen Sie denn diese Ziele erreichen, wenn Sie die Menschen im Land nicht mitnehmen? Das können Sie nicht allein. Da müssen Sie in der Tat die Wirtschaft mitnehmen. Sie müssen die Menschen in diesem Land auch dafür begeistern. Sie müssen Anreize schaffen. Es ist ein ganzer Strauß notwendig, um diese Ziele zu erreichen. Allein schaffen Sie das nicht.

Wenn Sie dann Ziele beschreiben und in einem Konzept vorlegen, dann können wir auch gern darüber streiten, ob die einzelnen Konzepte der richtige Weg sind. Das ist auch Aufgabe eines Parlaments, über Wege unterschiedlicher Art dann doch vielleicht gemeinsam zum Ziel zu kommen; denn wir haben ein gemeinsames Ziel. Daran orientiert sollten wir arbeiten, und nicht in der Form, wie Sie es hier machen. Das war Ihrer Arbeit eigentlich auch nicht würdig.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende des zweiten Teils der Aktuellen Stunde.

Die Fraktionen haben sich dahin gehend geeinigt, dass Punkt 21 „**Reform der Vereinsbesteuerung**“, Punkt 23 „**Arbeit und Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen (AdR) im Zeitraum März 2000 bis Februar 2002 mit Ausblick auf die dritte Mandatsperiode**“ und Punkt 25 „**Schaffung einer Leitstelle für Integration und Zuwanderungsfragen**“ von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt werden. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann haben wir das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 24** der Tagesordnung auf:

**Für eine lebendige europäische Verfassung
– Ziele des Konvents zur Zukunft
der Europäischen Union aus
rheinland-pfälzischer Sicht –
Antrag der Fraktionen der SPD,
CDU und FDP
– Drucksache 14/1356 –**

dazu:

**Die europäische Integration durch eine Verfassung
für Europa vorantreiben: Für eine demokratische,
solidarische und handlungsfähige
Europäische Union
Antrag (Alternativantrag) der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/1368 –**

Es wird vorgeschlagen beide Anträge an den Ausschuss für Europafragen zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch; dann ist das so beschlossen.

Wir hatten uns heute Morgen darüber verständigt, heute das stellvertretende Mitglied des Ausschusses der Regionen für den verbleibenden Zeitraum bis Februar 2006 zu wählen. Dazu rufe ich auf:

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landes
Rheinland-Pfalz in den Ausschuss der Regionen
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 14/1369 –**

Vorgeschlagen wird Herr Dr. Dieter Schiffmann für diese Stellvertretung im Ausschuss der Regionen. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist gegen diesen Vorschlag? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Vorschlag, Herrn Dr. Dieter Schiffmann als stellvertretendes Mitglied für den Ausschuss der Regionen zu berufen, mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

**Weinmarktförderung in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Abgeordneten
Christine Baumann, Friederike Ebli, Petra Elsner,
Monika Fink, Jochen Hartloff, Gerd Itzek,
Joachim Mertes, Anne Spurzem, Heike Raab
und Hiltrun Siegrist (SPD) und der
Antwort der Landesregierung
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksachen 14/1022/1152/1340 –**

Von den Fraktionen wird vorgeschlagen, diesen Antrag ohne Aussprache an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

(Zuruf aus dem Hause)

– Langsam? Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann wird dieser Antrag an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau überwiesen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass der rheinland-pfälzische Landtag, die Landesregierung und eine Initiative rheinland-pfälzischer Künstler – voran die Künstlergruppe um den Mainzer Pianisten Andreas Arneke –, eine Benefizveranstaltung zugunsten der Opfer der Flutkatastrophe am Dienstag, dem 10. September 2002 um 20:00 Uhr in diesem Hause durchführen. Dazu lade ich ganz herzlich ein und bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei unseren Künstlerinnen und Künstlern, die ihr Engagement für diese so wichtige Aktion zur Verfügung stellen. Herzliche Einladung dazu!

Wir sind dann am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich lade ein zur nächsten Sitzung am Mittwoch, den 25. September 2002.

Danke schön.

E n d e d e r S i t z u n g: 13:29 Uhr.